

HAMBURG/DEN 9. JUNI 1922

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 200 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFLEITUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VII. JAHRGANG

NR. 23

Staats- und Wirtschaftskalender

31. Mai

Die Reparationskommission beantwortet die deutsche Note vom 29. Mai dahin, daß die dort angebotenen Sicherheiten, vorbehaltlich genauer Prüfung, für ausreichend erachtet werden. Die Bestimmungen des teilweisen Zahlungsaufschubs für die deutschen Reparationsleistungen im laufenden Jahr treten nunmehr in Kraft, sie sind jederzeit widerrufbar, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht einhält.

Die internationale Anleihekommision tagt in Paris.

Der Deutsche Reichstag nimmt das deutsch-dänische Abkommen an und lehnt gegen die Stimmen der Rechten und der Kommunisten das Mißtrauensvotum ab.

In Oberschlesien sind ernste Unruhen ausgebrochen.

Das deutsch-italienische Wirtschaftsabkommen wird für neun Monate verlängert.

Lloyd George spricht vor dem Unterhaus in versöhnlichem Sinne über Deutschlands Zahlungswilligkeit und über die Notwendigkeit, die internationale Verschuldung zu regulieren.

Die Vereinigten Staaten lehnen die Beteiligung an der Haager Konferenz ab.

Verhandlungen zwischen Rußland und China beginnen in Moskau.

Das finnische Kabinett ist zurückgetreten.

Der schwedische Reichstag lehnt einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Valutadumpings ab. — Dollar: 277.— M.

1. Juni.

Die Anleihekommision vertagt sich bis zum 7. Juni. Dazu berichtet der „Temps“, daß sich erhebliche Schwierigkeiten bei den Beratungen herausgestellt hätten, andere Blätter sprechen, weniger pessimistisch, von Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Kommission und der Reparationskommission, wie auch von der ablehnenden Haltung Frankreichs gegenüber den Bemühungen, die Forderungen an Deutschland herabzusetzen.

Poincaré erhält nach einer großen Debatte über die Außenpolitik, bei der er im bekannten Sinne gegen Deutschland gesprochen hat, mit großer Mehrheit ein Vertrauensvotum.

Beratungen über einen englisch-polnischen Handelsvertrag beginnen in London.

Der schwedische Reichstag lehnt einen Regierungsentwurf über einen Handelsvertrag mit Rußland ab.

Die Regierung in Washington erklärt sich zu Verhandlungen mit englischen und französischen Vertretern über die Kriegsschulden bereit.

Die deutsche Regierung beantragt in Washington Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag.

Die deutschen und polnischen Gewerkschaften in Oberschlesien erklären sich gemeinsam gegen den Terror. Über Gleiwitz, Hindenburg und Rybnik wird der Belagerungszustand verhängt.

Im Gebiet von Deutsch-Südwestafrika ist ein Eingeborenenaufstand ausgebrochen. — Dollar: 272.50 M.

2. Juni

Die Kämpfe in Irland haben größere Ausdehnung gewonnen. Die irische Regierung nimmt ein Ultimatum Englands an und erklärt sich damit zu Verhandlungen bereit.

Ein finnisches Kabinett unter Cajander wird gebildet.

Fasziistenunruhen mit dem Mittelpunkt in Bologna erstrecken sich auf ganz Norditalien. — Dollar: 271.75 M.

3. Juni

Aus der in Vorbereitung befindlichen Note der Reparationskommission wird bekannt, daß die Anleihekommision in Kürze nach Berlin kommen und dort weiter verhandeln wird.

Die Ratifikationsurkunden des oberschlesischen Abkommens werden zwischen Deutschland und Polen ausgetauscht.

Die spanische Regierung hat die Wiedereinführung von Valutazuschlägen angeordnet. Daraufhin hat die deutsche Abordnung die Aussetzung dieser Bestimmung für die Dauer der Wirtschaftsverhandlungen gefordert.

Das englisch-italienische Abkommen ist fertiggestellt.

Frankreich fordert als Bedingung seiner Teilnahme an der Haager Konferenz, daß Rußland das Memorandum vom 11. Mai zurückzieht.

Das polnische Parlament nimmt den Gesetzentwurf über das Tabaksmopol an. — Das polnische Kabinett tritt zurück.

Der Gesundheitszustand Lenins hat sich erheblich verschlechtert.

5. Juni

Britische Truppen greifen in Irland gegen die Aufständigen ein.

Im Gebiet von Koblenz wird über den 1. Juli hinaus eine Besatzung von 2—3000 Mann zurückbleiben.

Die Unruhen in Oberschlesien dauern mit Schießereien um Beuthen an.

Das Staatsdepartement zu Washington erklärt dem bisherigen Botschafter der Kerenski-Regierung, daß er nicht mehr als Vertreter Rußlands angesehen werden könne.

Auf den Oberbürgermeister Scheidemann wird bei Kassel ein Blausäureattentat verübt.

6. Juni

Die Reparationskommission berät inoffiziell. Die Feststellung über die Gültigkeit des Moratoriums, die heute getroffen werden sollte, wird für unbestimmte Zeit verschoben. Nach Pariser Meldungen deutet das auf eine Verschlechterung der Aussichten für das Zustandekommen einer Anleihe hin.

Die Lage in Oberschlesien ist ruhiger geworden. Der Personenverkehr auf der Strecke Kattowitz-Gleiwitz ruht.

Nach Meldungen aus Kairo hat Frankreich mit dem Herrscher von Nefid einen Vertrag über Ausdehnung der französischen Interessensphäre und gegenseitige militärische Hilfe bei Angriffen abgeschlossen.

Nach Meldungen aus Buenos Aires ist in Paraguay eine Revolution ausgebrochen. — Dollar: 287.50 M.

Probleme des deutschen Maschinenbaus I

Das Abflauen der Konjunktur und der Rückgang der Auslandsgeschäfte haben die einzelnen Zweige der Maschinenindustrie nicht gleichmäßig betroffen. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden der Waggon- und Lokomotivbau, doch ist auch auf diesem Gebiet die Lage der Fabriken recht verschieden. Ganz allgemein ist vom Maschinenbau zu sagen, daß einzelne Werke noch auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen sind und auch einer weiter sinkenden Konjunktur mit Zuversicht entgegensetzen können, während andere minder leistungsfähige weit schlechter daran sind. In dieser Situation ist die deutsche Maschinenindustrie mit gesteigerter Energie bemüht, alle die von ihr noch gar nicht oder doch nicht erschöpfend ausgenutzten Hilfsmittel heranzuziehen und gegen die einer günstigen Entwicklung im Wege stehenden Schwierigkeiten anzukämpfen. Diese Schwierigkeiten liegen vor allem auf dem Gebiet der Preisstellung und der Lieferbedingungen.

Die Maschinenindustrie nimmt hier eine Doppelstellung ein. Als weiterverarbeitende Industrie ist sie auf den Bezug von Rohstoffen und Halbfabrikaten angewiesen. Dieselben Probleme, die an sie herantreten, was das Verhältnis zu ihren Lieferanten anbetrifft, sind von ihr den eigenen Abnehmern gegenüber abermals zu lösen. Deshalb muß sie besonders vorsichtig sein; sie gerät sonst leicht in eine Zwickmühle. Was ihren Lieferanten recht ist, muß schon ihren Kunden billig sein und umgekehrt; anders geht es kaum.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, die Stellungnahme der Maschinenindustrie zum Eisenwirtschaftsbund und dessen unlängst an dieser Stelle besprochenen Höchstpreispolitik (vgl. „W.-D.“ Nr. 17 und Nr. 22) zu verfolgen. In dem jetzt herausgekommenen Geschäftsbericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten wird betont, daß der Eisenwirtschaftsbund eine möglichst ruhige Entwicklung der Verhältnisse auf dem Eisenmarkt stark unterstützt habe, die insbesondere für die mit langen Lieferfristen arbeitende Maschinenindustrie von größter Bedeutung sei. Auch habe der Bund durch die Möglichkeit eingehender Aussprachen zwischen Eisenerzeugern und -verarbeitern über die auftauchenden Klagen die Entfremdung und Gegensätzlichkeit dieser großen Wirtschaftsgruppen gemildert. Dieses relativ günstige Urteil weicht von der im allgemeinen bei der Industrie herrschenden Auffassung vom Eisenwirtschaftsbund erheblich ab.

Bemerkenswert ist ferner, daß die Maschinenindustrie die Höchstpreise für die ihr zu liefernden Erzeugnisse nicht durchaus bekämpft, sondern daß im Gegenteil starke Sympathien für solche Höchstpreise vorhanden sind. Das erklärt sich leicht aus dem Verbraucherinteresse der Werke. Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten hat im Oktober 1921 eine Umfrage unter seinen Mitgliedern veranlaßt über ihre Stellungnahme zu Höchstpreisen für den Eisenwirtschaftsbund. Nicht weniger als die Hälfte der antwortenden Vereinsfirmen sprach sich für, die andere Hälfte gegen Höchstpreise aus. Daraufhin sahen die Vertreter des Vereins im Eisenwirtschaftsbund davon ab, für Höchstpreise zu stimmen. Dabei sprach auch die Überlegung mit, daß Höchstpreise, die in kurzen Abständen geändert werden, gleichbedeutend sind mit gleitenden Preisen und großer Unsicherheit in der Kalkulation.

Über die Erfahrungen, welche die Maschinenindustrie nun mit der bisherigen, nicht an Höchstpreise gebundenen Politik des Eisenwirtschaftsbundes gemacht hat, enthält der erwähnte Geschäftsbericht folgende Aufschlüsse: Wenn die Erzeuger auch bei Neuabschlüssen sich im allgemeinen an die Richtpreise und

Linien hielten, so wurde doch besonders darüber Klage geführt, daß entweder alte Abschlüsse einfach gestrichen oder für sie höhere Preise als die vereinbarten verlangt wurden. Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten hat dagegen sowohl durch den Bund der Eisenverbraucher als auch durch seine Vertreter in dem engeren Arbeitsausschuß beim Eisenwirtschaftsbund, ferner durch unmittelbare Vorstellungen beim Stahlbund, den Walzwerken, den Händlern und den Händlerverbänden mit mehr oder weniger Erfolg immer wieder für die Auslieferung fester Abschlüsse gekämpft. Es zeigte sich, daß in einigen eisenverbrauchenden Industrien infolge der Enttäuschung über nicht genügende Innehaltung der Richtlinien eine gewisse Neigung für die Wiedereinführung von Höchstpreisen aufkam. Es überwog aber doch die Meinung, daß zunächst noch versucht werden sollte, die neue Form der freiwilligen Regelung weiter auszubauen und Sicherungen für ihre Durchführung zu schaffen. Die Forderung gleitender Preise durch zahlreiche Werke der eisenerzeugenden Industrie sowie durch Händler wurde vom Verein deutscher Maschinenbauanstalten durch schriftliche Vorstellungen und durch Verhandlungen mit den zuständigen Erzeugerverbänden solange als möglich bekämpft. Der Stahlbund sowie der Roheisenverband und der Verband deutscher Eisengießereien hatten auf Anfrage grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß an Festpreisen festgehalten werden solle. Jedoch bedeuteten gleichzeitig gefaßte Beschlüsse der Gießereiverbände ziemlich unverhüllt den Übergang zu Gleitpreisen. Wenn ferner von verschiedenen Verbänden erklärt wurde, daß nur zu Festpreisen abgeschlossen werden dürfe, aber für unerledigt gebliebene Aufträge die im Liefermonat gültigen Preise berechnet werden sollten, so konnte das kaum mehr eine ernsthafte Empfehlung der Einhaltung fester Preise bedeuten. Die Stahlgießereien, die bei Beginn des Marksturzes noch entschieden für Festpreise eintraten, gingen später zu Gleitpreisen über, früher noch die Tempergießereien.

Diese Preis- und Lieferpolitik der Maschinenfabriken mit Rohstoff versorgenden Unternehmungen zwang den Maschinenbau seinerseits mehr und mehr zu einem entsprechenden Vorgehen seinen Kunden gegenüber. Grundsätzlich hat die Maschinenindustrie immer wieder betont, daß der Abschluß von Lieferverträgen zu festen Preisen das Erstrebenswerte bildet. Ende November 1921 aber sah sich der Verein deutscher Maschinenbauanstalten gezwungen, auszusprechen, daß nicht mehr an Festpreisen festgehalten werden könne. Ein dahingehender Beschluß wurde von einer außerordentlichen Mitgliederversammlung einstimmig angenommen. Hinsichtlich der Gleitpreise wurde den Mitgliedern vom Verein kein einheitliches Verfahren vorgeschlagen, sondern er beschränkte sich im Hinblick auf die Vielgestaltigkeit der einzelnen Zweige des Maschinenbaus darauf, den Fachverbänden Richtlinien zu empfehlen. Aus der Erfüllung der von den Maschinenfabriken im Jahre 1921 zu festen Preisen übernommenen Lieferungen sind den Werken mit Rücksicht auf die fortschreitende allgemeine Preissteigerung und die Politik der Rohstoffindustrie immer größere Schwierigkeiten und Gefahren erwachsen. Die Werke versuchen, sich mit ihren Abnehmern über Änderung der alten Verträge göttlich zu einigen.

Die so in immer größerem Umfange eintretende Entwertung alter Verträge bedeutet eine höchst bedenkliche Entwicklung. Der Markt für Eisen und Eisenfabrikate wird dadurch aufs empfindlichste gestört; es gibt bald überhaupt keine festen Grundlagen mehr, selbst für auf ganz kurze Sicht abgeschlossene Geschäfte. Die Unsicherheit wird allgemein und

wirkt lähmend. Es sollte deshalb doch an dem Brauch festgehalten werden, daß jeder Kontrahent beim Abschluß von Verträgen sich über sein Risiko klar sein und dieses bis auf die letzten Konsequenzen auf sich nehmen muß. Er hat die Folgen zu tragen, wenn er sich verkalkuliert, und es geht nicht an, den Schaden nachträglich auf den Vertragspartner abzuwälzen. Wenn die Nichtachtung alter Verträge unter Begründung mit der Geldentwertung allgemein wird, so sind Verträge nicht mehr als ein wertloses Stück Papier, und die Anarchie ist da. Nur in ganz seltenen Ausnahmefällen darf ein Rücktritt von alten Verträgen statthaft sein und die Entschuldigung höherer Gewalt gelten. Es ist gut, daß die Öffentlichkeit durch die von der Firma Otto Wolff vorgenommenen Streichungen von Schwarzblechabschlüssen in dieser Frage alarmiert und im Zusammenhang damit auch die Bedenklichkeit der in jüngster Zeit geübten Rechtsprechung des Reichsgerichts in helle Beleuchtung gerückt worden ist. Die Hauptsache ist eine gründliche, weitsichtige und gewissenhafte Kalkulation, die alle Möglichkeiten der kommenden Entwicklung berücksichtigt und sich von vornherein sichert. Daran fehlt es heute vor allem.

Auf der Tagung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten in Köln im Mai 1922 einigte man sich über den Wort-

laut einheitlicher Lieferbedingungen für den ganzen Maschinenbau. Durch diese von vornherein feststehenden Bedingungen sollen Auseinandersetzungen zwischen Maschinenfabriken und Abnehmerfirmen auf ein Minimum beschränkt werden. Mit Rücksicht auf die besonderen und verschiedenartigen rechtlichen und praktischen Verhältnisse in den einzelnen Auslandsstaaten wird auch an der Aufstellung von Lieferbedingungen für das Ausland gearbeitet.

Die allgemeinen Lieferbedingungen gelten auf Grund von besonderen Vereinbarungen auch für die Elektrotechnik. Auch mit der chemischen Industrie sind Verhandlungen geführt worden, um sie zum Beitritt zu den gemeinsamen Lieferbedingungen von Maschinenbau und Elektrotechnik zu bewegen. Es ist ein Mantelabkommen für alle drei Industriezweige geplant. Die zu der Interessengemeinschaft der chemischen Industrie zusammengeschlossenen Werke hatten es bisher grundsätzlich abgelehnt, die Lieferbedingungen des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten anzuerkennen. Vielmehr hatten sie die Erteilung von Aufträgen davon abhängig gemacht, daß die liefernden Werke ihrerseits die von der Interessengemeinschaft aufgestellten Lieferbedingungen anerkannten.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Die Neuregelung der Brotgetreidewirtschaft

Während der letzten Reichstagsverhandlungen ist bekannt geworden, daß die Beibehaltung der öffentlichen Brotgetreidewirtschaft für das nächste Erntejahr vorgesehen ist. Dabei hat der Minister darauf hingewiesen, daß die starke landwirtschaftliche Opposition gegen die Umlage auf das Wort eingeschworen und umso unbegründeter sei, als sich ja der Reichsausschuß der Landwirtschaft dafür eingesetzt hat, daß von der Landwirtschaft selbst eine ausreichende Brotgetreidereserve sichergestellt werden würde. Vielleicht ist es zu bedauern, daß die Reichsregierung von diesem Angebot, die Brotgetreidewirtschaft durch landwirtschaftliche Selbstverwaltung zu führen, keinen Gebrauch gemacht und es vorgezogen hat, sie wie im Vorjahr in eigener Regie — durch die Reichsgetreidestelle — zu führen.

Der Zweck der öffentlichen Bewirtschaftung ist nicht so sehr die Niedrighaltung wie die Herstellung einer Stabilität des Getreidepreises. Nach den Erfahrungen, die man im laufenden Erntejahr nach der teilweisen Freigabe der Brotgetreidewirtschaft gemacht hat, ist zu erwarten, daß auch bei völliger Freigabe der Getreidepreis sich eng an den Weltmarktpreis anschließen und dessen Eigenbewegung wie die Veränderungen durch das Schwanken der Wechselkurse mitmachen wird. Die Argumentation, daß bisher die Verengerung des Marktes durch Abzug der Umlagerungen die Preissteigerung auf dem freien Markt bis zur Höhe der Weltmarktpreise veranlaßt habe, während bei völliger Handelsfreiheit der Preis sicher niedriger geblieben wäre, erscheint reichlich willkürlich. Von der Gesamternte an Brotgetreide in Höhe von 9,73 Mill. t hat die Umlage allerdings mehr als ein Viertel der Angebotseite, nämlich 2,5 Mill. t, entzogen. Aber solange überhaupt ein Einfuhrbedarf besteht, wird, nach den ganz fundamentalsten Einsichten der Wirtschaftslehre, der Preis jener letzten, zur Deckung des Bedarfs noch erforderlichen Menge bestimmend für den Preis auch der ganzen Inlandsernte sein. Ist das einmal erkannt, so wird der ganze Streit um Wucherpreise, Gestehungskosten und ungerechtfertigte Gewinne des Handels mit einem Schlag hinfällig, in dem sich eine naive Laienökonomik und ein Demagogentum gemeinsam um die Wette ergangen haben. Überhaupt ist der Errechnung von Gestehungskosten in der Landwirtschaft, han-

dele es sich nun um Unkosten der vergangenen Ernte oder um die bis zur neuen Ernte notwendigen Aufwendungen, einigermaßen müßig. Das Ganze eines jeden landwirtschaftlichen Betriebes bildet, mit gleichsam organischer Verflechtung der einzelnen Betriebszweige ineinander, eine Rechnungseinheit, und jeder Versuch, die Bilanz eines einzelnen Betriebszweiges zu ziehen, muß notwendigerweise unvollkommen bleiben. Jede Veränderung in der Ausdehnung ändert im neuen Verhältnis die rechnerischen Grundlagen; die Wirkungen aus vorhergehenden und auf nachfolgende Jahre sind niemals auch nur annähernd zu erfassen.

Über die Nachteile, die — bei wechselndem Kursstand — in nahezu täglichen Schwankungen des Brotpreises, damit in der Beeinflussung des ganzen Preis- und Lohnniveaus und der sozialen Verhältnisse liegen, braucht kaum ein Wort verloren zu werden. Somit erscheint eine Preisstabilisierung dringend erwünscht. Darunter kann allerdings nicht das starre Festhalten an dem einmal festgesetzten Getreide- und Brotpreis während der Dauer eines ganzen Jahres verstanden werden, wie es — für den Getreidepreis — beim bisherigen Umlageverfahren, sehr zur Erbitterung der Landwirte, durchgeführt worden ist, während die Brotpreise, entsprechend der Verteuerung des Auslandsgetreides und der übrigen Verarbeitungskosten, mehrfach erhöht worden sind. — Im neuen Gesetzentwurf ist die Möglichkeit vorgesehen, für die zweite Hälfte der Umlagemenge einen höheren Preis zu gewähren. Es ist vielleicht vorteilhaft, das Verfahren noch beweglicher auszugestalten, um bei fortschreitender Teuerung der Landwirtschaft einen Preis zu zahlen, der auch die Unkosten der neuen Ernte einigermaßen deckt. Die erste Preisfestsetzung soll, wie im Vorjahre, einen „angemessenen“ Preis garantieren. Allerdings erfolgt sie nach dem Gesetzentwurf diesmal durch das Ernährungsministerium allein, nach Anhörung je eines Ausschusses des Reichstags und des Reichsrates, während im Vorjahr diese Ausschüsse bestimmend mitgewirkt haben. Der Zweck dieser Abänderung ist nicht recht ersichtlich.

Solange die Preise für Umlagegetreide unter dem Preis für freies Getreide bleiben, was vermutlich für längere Zeit der Fall sein wird, kann durchaus von einer Sondersteuer ge-

sprochen werden, die die Landwirtschaft trifft. Ein anderer Weg, den Brotpreis stabil und niedrig zu erhalten, wäre nur auf der Grundlage möglich, daß die verwaltende Reichsstelle langfristige Lieferungsverträge für ihren gesamten Bedarf abschließt — sei es mit einzelnen Landwirten und deren Organisationen, sei es mit einer Gesamtorganisation, die sich zur Beschaffung der erforderlichen Menge verpflichtet. In keinem Fall ist die Gewähr gegeben, daß der Landwirt einen Preis erhält, der einer etwa fortschreitenden allgemeinen Verteuerung entspricht. Tritt aber der Staat nur auf dem freien Markt als Käufer auf, so treibt er die Preise schon dadurch in die Höhe und er ist weiterhin gezwungen, für Brot Verbilligungszuschüsse zu gewähren, wenigstens für die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung. Die Mittel hierfür sind freilich kaum aufzubringen und auch die Finanzkontrolle der Entente untersagt ein solches Vorgehen. — So erscheint nur der eine Weg, eben jene „Sondersteuer“ auf die Landwirtschaft, überhaupt gangbar. Man kann wohl über die „Gerechtigkeit“ einer solchen Sondersteuer geteilter Meinung sein — die Notwendigkeit aber gebietet, daß eine Belastung, die einmal notwendig ist, auf die stärksten Schultern gelegt wird. Und in diesem Zusammenhang ist allerdings die Landwirtschaft besonders befähigt, die Last auf sich zu nehmen, zumal da eine solche nur dann vorliegt, wenn zwischen dem Preis für freies und dem Preis für Umlagegetreide, der den Herstellungskosten angemessen sein soll, eine fühlbare Spanne entsteht — mit anderen Worten, wenn die Preise für freies Getreide auf Grund der allgemeinen Marktlage mehr als ausreichend geworden sind.

Hier sei eine kleine Erinnerung gestattet: als in der Kriegszeit den Arbeitern der Kriegsindustrien bis dahin unerhört hohe Löhne gezahlt wurden, wurde in Kreisen, die den landwirtschaftlichen Interessenvertretungen mehr als nahe stehen, die Theorie vertreten, daß dadurch zusätzliche Kaufkraft, Inflation und Teuerung heraufgebracht würden. Die Parallele zwischen der damaligen „zusätzlichen Kaufkraft“ in der Industrie und der jetzigen in der Landwirtschaft mag immerhin angedeutet werden.

Sache der Gesetzgebung wird es nun sein, die Belastung tunlichst gleichmäßig auf die gesamte Landwirtschaft zu verteilen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der neue Gesetzentwurf die Möglichkeit vorsieht, die Umlage von der gesamten landwirtschaftlichen Fläche, nicht nur von dem mit Getreide bestellten Anteil, zu erheben. Bei der weitgehenden Gleichmäßigkeit in der Preisgestaltung für alle landwirtschaftlichen Produkte wird es danach auch jenen Betrieben nicht schwer fallen, ihr Umlagesoll zu beschaffen, die aus irgendwelchen Gründen den Getreideanbau in den letzten Jahren eingeschränkt haben, während andererseits eine einseitige Belastung des Brotfruchtbaus vermieden wird. Die Verteilung des Liefersolls auf die Länder erfolgt, wie im Vorjahre, nach dem Erntedurchschnitt von 1906 bis 1920. Bei der Unterverteilung auf und innerhalb der Kommunalverbände müssen die Länder die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen heranziehen. Die Belastung der einzelnen Betriebe fällt verschieden stark aus, weil von den ersten 5 ha landwirtschaftlicher Fläche keine Umlage eingefordert wird.

Die überaus heftige Opposition der Landwirtschaft gegen die Wiederholung der Umlage ist nicht allein aus der Ablehnung einer Sonderbelastung zu erklären: es hat sich vielmehr während der letzten Jahre, unterstützt und emporgetrieben durch eine vielfach grobschlächlige Agitation, eine weitgehende Abneigung gegen jedes obrigkeitliche Eingreifen und jeden staatlichen Zwang gebildet, die sich gleichsam zu einer neuen liberalistischen Ideologie in der Landwirtschaft verdichtet hat. Die Ablehnung einer Getreidepreisstabilisierung, welche letztere unter

normalen Umständen der Landwirtschaft stets als denkbar erwünscht erschienen ist, steht den Eiferern umso weniger zu Gesicht, als sie der ganzen politischen Einstellung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der dort stets geforderten Rückkehr zu „stabilen und gesunden Verhältnissen“, stracks zuwiderläuft. Wer an steigenden Preisen bei fortschreitender Verteuerung zu gewinnen wünscht, treibt nichts anderes als eine Baisespekulation in deutscher Währung. Und das tut ja heute die Landwirtschaft im großen Stil, solange sie ihre Mitwirkung an dem Versuch versagt, die Preissteigerung zu bremsen und anzuhalten. Dabei läßt sich mit Sicherheit voraussagen, daß eine etwa eintretende rückläufige Preisbewegung alsbald die Forderung nach Einfuhrzöllen und staatlichem Preisschutz auslösen wird, weil dann der „Ruin der Landwirtschaft“ vor der Tür steht!

Diese Gegnerschaft gegen das Umlageverfahren ist so weit gegangen, daß der in der Landwirtschaft allmächtige Landbund sich „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ dagegen einsetzt und u. a. seine Mitglieder — in erster Linie Gutsvorstände und Gemeindevorsteher — aufgefordert hat, die von der Regierung eingeforderten Unterlagen für die Getreidewirtschaft vorläufig nicht zu geben.

Noch ein Argument verdient aufs entschiedenste zurückgewiesen zu werden: das Hilfswerk der Landwirtschaft sei durch die Erneuerung einer Getreideumlage bedroht und illusorisch gemacht. Es handelt sich bei dem Hilfswerk, das seinen Namen herzlich zu Unrecht trägt, um nichts anderes als um einen Ausbau der wirtschaftlichen Verfahren — innerhalb der Landwirtschaft wie auch in deren Beziehungen zu Verkehr und Industrie, insbesondere der Düngemittelindustrie. Das erfordert erhöhte Investitionen, vermehrte Arbeit zumal organisatorischer Art, und bedingt erhöhtes Risiko. Finanzielle Opfer sollen und dürfen generell damit nicht verbunden sein, — denn sie widersprechen dem Grundgedanken: eben dem Ausbau der Wirtschaftlichkeit.

Das Programm des Hilfswerkes, nämlich: die Volksernährung auf Inlandserzeugung aufzubauen, wird alsbald Schimäre, wenn man es, anders als eben geschehen, dahin interpretiert, daß für einzelne Warengruppen (etwa Brotgetreide) die Inlandserzeugung bis zur vollen Höhe des Bedarfs gesteigert werden solle. Das kann nur auf Kosten der Wirtschaftlichkeit geschehen und bedingt einen relativ stärkeren Einfuhrbedarf bei anderen Warengruppen.

Das landwirtschaftliche Hilfswerk, richtig aufgefaßt, würde natürlich gerade dann besonders wichtig und dringlich werden, wenn die Landwirtschaft irgendwelche neue und stärkere Belastungen erführe. Ist die Umlage wirklich ein Opfer, so müßte es durch doppelt eifrige Tätigkeit auf diesem Gebiete wettgemacht werden.

In der letzten, auf die Reichstagsverhandlungen folgenden Zeit scheint die Opposition gegen die Umlage etwas abgeblasen worden zu sein. Jedenfalls sind durch die geschickten Ausführungen des Ernährungsministers der Opposition einige wichtige Argumente entzogen worden. Der Minister widersprach der Auffassung, daß in den vorjährigen Verhandlungen über das Umlagegesetz die Zusage einer völligen Freigabe der Wirtschaft für 1922 gemacht worden sei — das sei nur unter dem Vorbehalt geschehen, daß die Verhältnisse sich bessern würden. Er wies ferner darauf hin, daß die Landwirtschaft durch ihr Angebot, eine Brotgetreidereserve zu schaffen, die Notwendigkeit einer Regelung anerkannt habe, die der Umlage recht ähnlich sei. Endlich ist durch die eingehenden Erklärungen des Ministers über die Unkosten der Reichsgetreidestelle den seit Jahren ständig wiederholten Angriffen gegen die Kost-

spieligkeit der öffentlichen Verwaltung einigermaßen der Boden entzogen.

In den nächsten Wochen finden die entscheidenden Reichstagsverhandlungen über das neue Gesetz statt. Nach den letzten Abstimmungen über Anträge zur Ernährungswirtschaft erscheint eine Mehrheit für die Regierung recht wahrscheinlich.

Man darf dann wohl gespannt sein, wie die landwirtschaftlichen Organisationen sich zur gesetzlichen Tatsache stellen werden. Jedenfalls wird ihnen der Weg in keiner Richtung hin leicht werden, nachdem sie bei ihren Anhängern einen solch erbitterten Widerstand gegen die Wiederholung der Umlage entfacht haben.

Dr. Erwin Topf

Deutschland

Chronik der Volkswirtschaft

Zur Wirtschaftslage im Mai

War die Beurteilung der Wirtschaftslage im Monat April in der Hauptsache noch durch die Befürchtung charakterisiert, daß fortdauernde Preissteigerungen im Inland bei gleichzeitiger Höherbewertung der deutschen Mark im Ausland eine empfindliche Absatzkrise, im Außenhandel wie im Inland, heraufbringen würden, so hat die Entwicklung der Verhältnisse im vergangenen Monat diese Sorgen vorerst zurücktreten lassen. Gleichzeitig damit sind die Hoffnungen der vorwiegend als Warenverbraucher auftretenden Bevölkerungskreise auf Stillstand und teilweisen Rückgang der Preisbewegung zunächst wieder gescheitert.

Die Bewegung der Devisenkurse sei am Dollarstand dargestellt: Der Durchschnittskurs war 290,6 $\mathcal{M}$ gegen 291,0 im April und 284,2 im März (263 im November des Vorjahres). Vom 26. April an ist der Stand von 280, der mit diesem Tage, nach einer kurzen Höherbewertung der Mark, infolge des Rapallovertrages, wieder erreicht worden war, die untere Grenze gewesen, nur zum Monatsende, bei der günstigen Beurteilung der Anleihefrage, fiel der Dollar auf 271,50 $\mathcal{M}$. Gelegentlich nur (am 3., 20., 22. und 23. Mai) ist die Bewertung des Dollars höher als 300 gegangen, bei einem Höchststand von 313,75 am 22. d. M.

Selbst in den letzten Monatstagen, als die Aussichten für das Zustandekommen einer Auslandsanleihe recht günstig waren, hat demnach die Höherbewertung keine irgendwie besorgniserregende Ausdehnung gewonnen. Sonach bleibt die Aussicht bestehen, daß trotz Spekulation — oder gerade wegen des Gegenspiels von Hausse- und Baissepartei — eine eventuelle Besserung des Kursstandes sich nur schrittweise in die Wirklichkeit umsetzen wird. Allerdings scheinen für eine solche Besserung die Grundlagen weitgehend zu fehlen: bedeutet doch auch die Auslandsanleihe nach den bisherigen Mitteilungen keine endgültige Entlastung. Die seit November nahezu unverändert fortdauernde Markbaisse hat sich allmählich in den inländischen Preisverhältnissen recht weitgehend durchgesetzt, und es ist zu erwarten, daß sich das Korreolat der Höherbewertung, nämlich der Preisabbau auf dem inländischen Markt, nach solch langer Dauer, bei Lagerbeständen, die zu hohen Devisenkursen erworben sind, nur sehr schwer durchsetzen wird. Auch die Finanzlage des Reichs gibt zunächst kaum Anlaß zu der Erwartung, daß von hier aus eine Verminderung der Inflation ihren Anfang nimmt. Man darf wohl gespannt sein, wie die Bemühungen der deutschen Regierung, den Stand der schwebenden Schuld vom 31. März festzuhalten, sich auswirken werden. Wie wenig hier Grund zu irgendwelchem Optimismus vorhanden ist, zeigen folgende Angaben:

Reichsfinanzen (in Mill. $\mathcal{M}$):	Mai 1922	April 1922
Steuern, Gebühren, Zölle.....	13 475,3	11 349,3
Zunahme der schwebenden Schuld.....	8 311,5	8 999,5
Zunahme der fundierten Schuld.....	8,9	—
Einnahmen zusammen.....	21 786,7	20 344,7
Allgemeine Verwaltungsausgaben.....	22 866,6	20 282,6
Zinsendienst.....	1 246,4	2 199,0
Ausgaben zusammen.....	24 113,0	22 481,6
Ablieferung der Reichsbetriebe.....	2 317,5	2 136,4

Die schwebende Schuld des Reichs an diskontierten Reichsschatzanweisungen und -wechseln, die am 31. März 271 935,165 Mill. $\mathcal{M}$ betragen hatte, hat sich im Monat April um 8999,5 Mill., im Monat Mai um 8311,5 Mill. $\mathcal{M}$ auf 289 246,065 Mill. erhöht. Davon sind 271 Milliarden kurzfristige (bis zu 3 Monaten laufende) und 18 Milliarden langfristige (bis zu 13 Monaten laufende) Schatzanweisungen. Zur Beschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln für Reparationszwecke sind in den beiden letzten Monaten 17,180 Milliarden $\mathcal{M}$ aufgewandt worden.

Auf die Schwierigkeiten, die in der Verwendung der Außenhandelszahlen für die Begründung des Kursstandes liegen, ist hier schon mehrfach hingewiesen worden. Für die Zahlungsbilanz ist die Außenhandelsbilanz jetzt von durchaus sekundärer Bedeutung. Gegenüber den Reparationszahlungen im April/Mai in Höhe von 17,18 Milliarden steht ein Einfuhrüberschuß von 6,974 Milliarden im März/April und ein Ausführüberschuß von 4,234 Milliarden im Januar/Februar. Solange nun aber noch die Reparationsleistungen — die nicht aus den laufenden Erträgen der Wirtschaft allein, sondern aus einer Mobilisierung des „Kapitals“ genommen werden müssen — in solchem Umfang, völlig die Zahlungsbilanz beherrschend, fortbestehen, kann von einer wirklichen Besserung des Marktkurses durchaus nicht die Rede sein. Doch das sollte ja mittlerweile als allbekannt gelten.

Die Ergebnisse des Außenhandels im Berichtsmonat liegen natürlich noch nicht vor, aus den jüngst veröffentlichten Daten für April, die noch ausführlicher zu besprechen sind, seien hier die Hauptzahlen gegeben. Danach betrug die Einfuhr 28,889 Mill. dz (gegen den Vormonat mehr 10 v. H.), die Ausfuhr 21,760 Mill. dz (d. i. mehr 1,1 v. H.). Der Wert der Einfuhr stellte sich auf 28,429 Milliarden $\mathcal{M}$ (mehr 24 v. H.), der Wert der Ausfuhr auf 22,949 (mehr 3,1 v. H.). Die Passivität der Mengenbilanz mit 7,129 Mill. dz ist in den vergangenen zwölf Monaten, über die Angaben vorliegen, nur einmal (Oktober 10,3 Mill. dz), die Passivität der Zahlungsbilanz, mit 5,980 Milliarden, (bisher höchster Wert 4,163 Milliarden $\mathcal{M}$ im Oktober) noch nicht erreicht worden. Bei der Umrechnung in Auslandswährung würden sich allerdings ähnlich bedeutende Zahlen für einige Monate des letzten Jahres ergeben.

Es liegt nahe, die Entwicklung des Außenhandels als durchaus ungünstig hinzustellen. Aber auch der entgegengesetzte Standpunkt läßt sich sehr wohl vertreten. Danach ist die Vermehrung der Einfuhrmengen, die sich gegenüber den beiden Vormonaten fast gleichmäßig auf alle Warengruppen erstreckt, ein durchaus gesundes Zeichen dafür, daß die deutsche Wirtschaft rüstig an die Auffüllung ihrer Lager geht und im guten Beschäftigungszustand bleibt. Als günstig im Sinne einer gewissen Stabilität kann auch die relativ gleichmäßige Entwicklung der Ausfuhrmengen und -werte für die einzelnen Warengruppen während der letzten Monate angesehen werden.

Tatsächlich ist der Beschäftigungsstand in fast allen Industriezweigen recht gut. Auch hier liegen eingehende Übersichten erst für den Monat April vor. Nach den Zusammen-

stellungen des Reichsarbeitsblattes waren beschäftigt von 1,24 Mill. Arbeitnehmern, über die Berichte vorlagen, in Betrieben mit (in %):	gutem Geschäftsgang	befriedigendem Geschäftsgang	nicht befriedigendem Geschäftsgang
überhaupt.....	57 (März 55)	—	—
im Maschinenbau (257 000 Arbeiter)	77 (März 72)	—	23 (März 28)
in der Elektrizitäts-ind. (155 000 Arb.)	15 (März 17)	79 (März 80)	6 (März 3)
in der Textilindustr. (151 000 Arbeiter)	81 (März 76)	16 (März 20)	3 (März 4)
i. d. Nahrungsm.-Ind.	75 (März 49)	—	25 (März 51)
in der Glas- u. keramisch. Industrie.	90 (März 82)	6 (März 8)	4 (März 10)
in der Papier- und Vervielfältig.-Ind.	rund 95 (März 85)	—	rd. 5 (März 15)

Der Bedarf an Bauarbeitern hat etwas nachgelassen, doch wird von vielen Industriezweigen, auch vom Bergbau, über die Abwanderung der Arbeiter in das Baugewerbe geklagt. Im Monat April wurden 7486 Wohnbauten und 437 Fabrik- und sonstige Bauten neu in Angriff genommen, gegen 10 341 Neubauten im April 1921. Im März 1922 wurden 6271 Wohn- und 488 Fabrikbauten fertiggestellt. Der Arbeitsbedarf der Landwirtschaft dauert fort. Die Zahl der Vollerwerbslosen hat sich im Lauf des Vormonats von 116 502 auf 69 017 ermäßigt, die Zahl der mitunterstützten Familienangehörigen von 158 890 auf 88 340. Die Streiks in der süddeutschen Metallindustrie und im norddeutschen Holzgewerbe sind im Lauf des Mai nach z. T. längerer Dauer beendet worden. Bei den ersteren handelte es sich um die Umwandlung der 46-Stundenwoche in die 47- (und 48-) Stundenwoche. Eigentliche Lohnkämpfe haben keinen größeren Umfang angenommen, da die Notwendigkeit von weiteren Lohn erhöhungen angesichts der zunehmenden Teuerung allgemein anerkannt wird.

Von größerer Bedeutung für die Gestaltung der Konjunktur als der Auslandsmarkt ist, wenn wir nach den Verhältnissen der Vormonate schließen dürfen, die Entwicklung des Inlandsabsatzes gewesen. Die Zurückhaltung der Käufer, die im Vormonat zu verzeichnen war, hat einigermaßen nachgelassen. Zum Teil ist das auf fortdauernde Warenknappheit — so besonders bei Stahl- und Eisenwaren —, z. T. auf ein Ansteigen der Preise für die (ausländischen) Rohstoffe, so bei Textilien, zurückzuführen. Die Preisbewegung hat sich im allgemeinen, wenn auch langsamer als in den Vormonaten, fortgesetzt. Nach den Indexzahlen der „Frankfurter Zeitung“ ist der Großhandelsindex im Mai von 584 auf 606 angestiegen (Januar 1920 = 100, Januar 1922 = 317), d. i. um rund 3,8 v. H., während die monatliche Zunahme im Durchschnitt der 4 Vormonate noch 21 v. H. ausmachte, im April allein noch rund 8 v. H. Gegenüber dem Vorkriegsstand beträgt die Verteuerung bei Lebens- und Genußmitteln rund das 61fache, bei Textilien, Leder usw. das 103½fache, bei Mineralien das 78fache. Der Gesamtindex ist auf das 68fache des Friedensstandes angestiegen. Für eine Zusammenstellung von 21 industriellen Endprodukten beträgt der Index erst (Frieden = 100) 4585. Gegenüber dem Stand vom Januar d. J. (2223) ist somit mehr als eine Verdoppelung eingetreten, d. h. die Preissteigerung hat sich hier, eine zurückgebliebene Entwicklung nachholend, schneller als bei den Rohstoffen durchgesetzt.

An einzelnen Preiserhöhungen sind die Heraufsetzungen der Eisenbahn-Gütertarife um je 20 v. H. zum 1. Mai und 1. Juni, die Erhöhungen der Zement-, Kali-, Zellstoff- und Garnpreise erwähnenswert. Zu Ende des Monats sind weitere Preiserhöhungen ausgeblieben: die Bewegung ist einigermaßen zum Stocken gekommen und nur die Nachwirkungen der neuen Tarifsätze, der erhöhten Löhne und Einstandspreise für Fertigwaren machen sich noch geltend. Die Erhöhung der Roheisen-

preise von 4744 auf 6435 $\mathcal{M}$ zum 1. Mai und 6724 $\mathcal{M}$ zum 1. Juni (je t Hämatit) steht gewissermaßen isoliert, da eine entsprechende Erhöhung der Eisenpreise (Stabeisen usw.) und Stahlpreise nicht vorgenommen worden ist. Dabei müßte nach der Kalkulation des Stahlbundes der Stabeisenpreis (bisher 10 080 $\mathcal{M}$) erhöht werden: um 535 $\mathcal{M}$ (erhöhter Kohlenpreis) + 300 $\mathcal{M}$ (Frachtenanteil) + 300 $\mathcal{M}$ (Lohnanteil) + rund 765 $\mathcal{M}$ (Werkerhaltungsanteil) — während die Verbilligung gewisser Rohstoffe (Erz, Schrott, Öl) mit rund 600 $\mathcal{M}$ in Abzug zu bringen wäre. Die sonach angemessene Preiserhöhung um 1000 $\mathcal{M}$ oder die wenigstens zu fordernde um 535 $\mathcal{M}$ (Kohlenanteil) ist aber auf Drängen der Händler und Verbraucher vorläufig zurückgestellt worden. Allerdings erscheinen weitere Preisherabsetzungen schwierig durchzuführen, da der Weltmarktpreis bei diesen Warengruppen größtenteils erreicht ist. So ist auch schon die ausländische Konkurrenz, besonders aus dem durch Kokslieferungen so begünstigten Frankreich, daneben aus Belgien, im deutschen Geschäft.

Die Kohlenproduktion — ohne Elsaß-Lothringen und Saar — betrug nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes im April (März) in 1000 t:

	1922	1921	1913
Steinkohlen....	11 289 (13 418)	11 907 (11 460)	14 231 (13 977)
Braunkohlen...	10 634 (12 260)	10 374 (9 876)	7 258 (6 700)
Koks.....	2 511 (2 513)	2 387 (2 441)	2 516 (2 599)
Steink.-Briketts	429 (491)	490 (472)	501 (462)
Braunk.- „	2 277 (2 634)	2 489 (2 253)	1 818 (1 627)

Die Verminderung der Fördermengen, die sich nach den bisher vorliegenden Nachrichten im Mai noch in stärkerem Maße durchgesetzt hat, ist durch einen Rückgang der ober-schlesischen Erzeugung (von 3,212 auf 2,749 Mill. t) wie auch der Förderung im Ruhrgebiet verursacht (7,513 Mill. t gegen 9,014 im Vormonat). Im April sind hier 23 Fördertage mit 326 637 arbeitstäglicher Leistung gegen 27 Arbeitstage mit 333 862 t Tagesleistung im Vormonat zu verzeichnen. Für Mai wird die absolute Fördermenge auf 8 Mill. t, die arbeitstägliche — bei 26 Arbeitstagen — auf 310 000 t geschätzt.

Im Braunkohlenbergbau des mitteldeutschen Gebiets liegen die Verhältnisse ähnlich. Der Gesamt rückgang der Fördermenge beträgt gegen den Vormonat hier 15,5 v. H., der Rückgang der arbeitstäglichen Leistung 0,8 v. H. Verminderte Inlands-erzeugung und vermehrte Koks-anforderungen der Entente haben die Einschränkung des Hüttenzechenkontingents um 10 v. H. (vgl. „W.-D.“ Nr. 22, S. 538) verursacht. Gleichzeitig wächst der Einfuhrbedarf an Kohle, der fast ausschließlich durch England gedeckt wird. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden nach englischen Statistiken von dort rund 135 130 t eingeführt, deren Preis einschließlich der Frachtkosten auf 2,1 Milliarden $\mathcal{M}$ zu veranschlagen ist. Im Jahre 1913 betrug die Einfuhr von England 9 Mill. t. Die englische Kohle ist jetzt nicht nur an der Seeküste zur Verwendung gekommen, sondern bis weit ins Binnenland, selbst bis ins rheinisch-westfälische Gebiet, transportiert worden. Die Minder-erzeugung des einheimischen Bergbaus ist um so bedauerlicher, als jetzt die Transportverhältnisse auf den Binnenschiffahrtswegen und für die Eisenbahn wochenlang unvermindert recht günstig waren. So konnte die Abfuhr der Haldenbestände energisch fortgesetzt werden. Im Ruhrgebiet lagern zurzeit noch rund 730 Tausend t gegen 1540 Tausend t am 1. April. Auch die Lagerbestände an Kali sind — eine Folge der Sommerabattgewährung und der Frachtbegünstigung — nahezu restlos dem Verbrauch zugeführt.

Die Entwicklung des Effektenmarktes zeigt bei weiteren Kapitalrestringtionen der Banken das Fortbestehen des seit An-

fang dieses Jahres zu verzeichnenden Zustandes, daß die Effektenkurse die Parallelbewegung zum Dollarstand nicht mehr innehalten. Zum Teil sind erhebliche Kursabschläge vorgekommen. Gegen Ende April ist die Aktienindexzahl der „Frankf. Zeitung“ (Anfang Januar 1920 = 100) von 254 auf 231 (26. 5.) und 224 (2. 6.) zurückgegangen, während sie noch zu Mitte April um 265 spielte. Dabei hat sich die Höherbewertung der Auslandsanleihen fortgesetzt (Index 31. 3.: 335, 28. 4.: 445, 26. 5. 469) und sie hat, ermutigt durch die Nachfrage des Auslands, auf die deutschen Anleihen, d. h. die Vorkriegsanleihen, übergriffen. —

Wenn auch die Kapitalknappheit weiterbesteht, so kann doch von einem eigentlichen Kapitalmangel nicht mehr die Rede sein. Geld war gegen beste Unterlagen zu 4¼—5 v. H. fast während des ganzen Monats leicht zu haben. — Daß von einer unmittelbar drohenden Depression als Ursache der matten Stimmung auf dem Effektenmarkt nicht gesprochen werden kann, zeigt die Tatsache, daß die Zahl der Konkurse im Mai mit 91 einen denkbar niedrigen Stand erreicht hat (Januar bis Mai 1922: 610, Januar bis Mai 1921: 1288). Auch die Belastung des Kapitalmarktes durch Neuemissionen kann nicht die Schuld an der Effektenbaisse tragen. Wie die folgende Übersicht zeigt, hat sie sich vielmehr durchaus in den Grenzen der Vormonate gehalten (in Mill. M): (Angaben der „Frkf. Ztg.“)

	Kapitals- erhöhungen A.-G.	Neugrün- dungen A.-G.	Festverzinsliche Emissionen
1922 März.....	4490,5	921,6	1004,0
April.....	2488,7	982,8	520,5
Mai.....	2357,9	1016,6	777,0
1921 Mai.....	886,2	163,5	518,5
Monatsdurchschnitt 1921	1602	544	508

Bis zu einem gewissen Grade scheint aber die bevorstehende Zwangsanleihe ihren Schatten voraus und aufs Börsengeschäft zu werfen. Der Gesetzentwurf hat inzwischen den Reichsrat und den finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates passiert, die einige Änderungen daran vorgenommen haben. Der Reichsrat hat eine Veränderung dahingehend getroffen, daß die kleineren und mittleren Vermögen — und hier besonders die reinen Kapitalvermögen — auf Kosten der großen Vermögenswerte geschont werden. Weiterhin hat er, um die bekannte Doppelbesteuerung von Gesellschaftsvermögen zu vermindern, eine Unterscheidung zwischen dem Vermögen juristischer und natürlicher Personen eingefügt. Die Verzinsung soll nach den drei ersten zinslosen Jahren 4 (bisher vorgesehen 2½) v. H. betragen. In einer längeren Erklärung haben sich nun die maßgebenden wirtschaftlichen Verbände des Reichs für einen Ausbau der Bestimmungen eingesetzt, durch den die Zwangsanleihe für die Wirtschaft einigermaßen erträglich gestaltet werden soll. In diesem Sinne fordern die Verbände (Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Deutscher Industrie- und Handelstag, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels, Zentralverband des deutschen Großhandels) als Hauptpunkte folgendes: genaue Feststellung der Bewertungsgrundsätze, Ausbau der Härte- und Stundungsbestimmungen, Wegfall der Sonderabgabe bei unrichtiger Einschätzung, Ausgestaltung der Verzinsung, Beleihbarkeit durch Darlehnskassen, Verteilung des Einzugs auf mehrere Termine und vor allem: weitere Maßnahmen zur Schonung des Betriebsvermögens.

E. T

Holland

Banken — Die Schwierigkeiten der Bank-Associatie; Kursbewegung der Bankaktien; das weitere Schicksal der Marx & Co.'s Bank und Arnold Gilissen & Co.'s — Dividendenpolitik — Abschlüsse aus der Schifffahrt — Die deutsche Konkurrenz in Schifffahrt und Industrie — Der 8½-Studentag — Die Schutzzollbewegung — Wahlkampf und Parteien — Staatsanleihe — Holländische Anleihen im Ausland

Amsterdam, Ende Mai 1922.

Hollands Banken standen seit langem nicht so im Mittelpunkt des Interesses weiterer Kreise des In- und Auslandes, wie seit dem Tage, wo die im letzten Bericht erwähnten Schwierigkeiten bekannt wurden. Und verstärkte Berechtigung schien die ungünstigen Kommentare zu haben, als die Schwierigkeiten der Bank-Associatie, Amsterdam, gemeldet wurden. Es wäre ganz ungerechtfertigt, aus diesen Ereignissen einen allgemein gültigen Rückschluß auf die Verhältnisse bei allen Banken ziehen zu wollen. Marx & Co.'s Bank wie die Bank-Associatie sind die beiden kleinsten aus der Gruppe der sieben großen Banken. Beide zeichneten sich durch ein sehr deutliches Expansionsstreben aus. Bei beiden brachte die Kreditgewährung es mit sich, daß sie den Rückschlag der Konjunktur stärker fühlen mußten als andere Institute, obwohl, wie ohne weiteres zugegeben werden soll, auch andere kleinere Banken und Bankiers augenblicklich nicht auf Rosen gebettet liegen. Sie müssen, da sie kapitalschwächer sind, eine dauernde Depression des Wirtschaftslebens (aber auch die Stille und Unlust an der Börse, im Emissionsgeschäft usw.) auf die Dauer stärker fühlen, als die größeren Institute. Es tritt ein sehr wichtiger Faktor hinzu, der wohl in anderen Ländern auch besteht, sich aber in den Niederlanden besonders deutlich zeigt: die kleineren Institute können in der Wahl ihrer Verbindungen nicht so wählerisch sein wie die großen. Industrie und Handel

nehmen an, daß sie bei den großen Instituten andere Fazilitäten erhalten als bei kleineren und dies nicht nur bei der Kreditgewährung. Wird eine Verbindung bei einer großen Bank abgewiesen, so wendet sie sich der kleineren zu. So ist es sehr leicht möglich, daß die durchschnittliche Qualität der Verbindungen bei beiden Gruppen von Instituten eine verschiedene ist. Auch kann ein großes Institut einen Verlust an einem Schuldner oder mehreren leichter kompensieren als ein kleines. Ist nun ein solches besonders rührig, strebt es danach, sich auch zu einer Großbank aufzuarbeiten, dann verstärkt sich die Gefahr weniger hohen Durchschnittsgehaltes seiner Verbindungen. Und in der Tat scheint dieses Moment, das die zunehmende Konzentration im hiesigen Bankwesen begleitete, in den beiden erwähnten Fällen ziemlich stark mitgesprochen zu haben.

Was nun die Angelegenheit der Bank-Associatie betrifft, so verlautete, daß sie sich durch Depositenentzug (wie die Direktion in einem späteren Interview erklärte, war dieser wieder die Folge rege gewordenen Mißtrauens, wozu das Schicksal der Marx & Co.'s Bank Veranlassung bot) und gleichzeitige Uneinbringlichkeit verschiedener Forderungen nicht mehr frei bewegen konnte. Man befürchtete, daß die Bank den Weg der Marx & Co.'s Bank gehen würde. Indessen wurde alsbald mitgeteilt, daß sich auf Veranlassung der Nederlandsche Bank ein Stützungssyndikat gebildet hatte, welches 4 Mill. fl 6-%-Vorzugsaktien übernehmen wollte und sich auch zur Leistung wei-

teren Entgegenkommens bereit fand. Es trat hierauf eine gewisse Beruhigung ein und, täuschen nicht alle Anzeichen, so wird das Institut weiter bestehen bleiben. Vielleicht wird neben der mit Sicherheit zu erwartenden Herabsetzung des Aktienkapitals auch eine gewisse Einschränkung seiner Tätigkeit gehen, doch da die stützenden Banken, sicher nicht ohne guten Grund, die Grundlagen der Bank-Associatie für solide halten, wird wohl auch das Vertrauen zu ihm in der Öffentlichkeit zurückkehren. Zu bemerken ist noch, daß das Institut 1918 aus der Vereinigung der seit 1834 bestehenden Bankfirma Wertheim & Gomperß und der seit 1853 bestehenden Crediet-Vereeniging, die hierdurch ein modernes Unternehmen schaffen wollten, entstanden ist.

An der Börse waren die Aktien der Bank-Associatie bis auf 17 % zurückgegangen. Seitdem haben sie sich wieder auf etwa 28 % erholt. Die genannten Vorfälle haben übrigens dem Kurs auch der anderen Bankaktien nicht gut getan und man kann bei ihnen allen einen mehr oder weniger großen Kursrückgang in den letzten Wochen konstatieren, der indessen seither gleichfalls wieder zum Stillstand gekommen zu sein scheint. Bemerkenswert ist, daß sich diese Rückgänge als Folge starker Kontraminenangriffe darstellten, also viel weniger etwa Besorgnissen des Publikums als dem Betätigungsdrang spekulativer Kreise ihr Entstehen verdanken, die, nachdem sie erst auf anderen Gebieten des Marktes gearbeitet hatten, es nun einmal mit dieser Abteilung probierten.

Von den zwei anderen Banken, über deren Schwierigkeiten im letzten Bericht gesprochen wurde, hat die Marx & Co.'s Bank seither eine ordentliche und außerordentliche Generalversammlung abgehalten. Der Beschluß zur Liquidation wurde gefaßt und zur Wahrung der Interessen der Aktionäre eine dreigliedrige Kommission gewählt. Auch wurde bekannt, daß die Rotterdamsche Bankvereinigung und R. Mees & Zoonen, welche bekanntlich den Gläubigern die Erfüllung ihrer Forderungen gewährleisten, für die Übernahme der Klientel einen zahlenmäßig noch nicht genannten „goodwill“ bezahlen werden. Über die Liquidationsquote, welche die Aktionäre erhalten werden, läßt sich noch nichts sagen, da das Ausmaß der erforderlich werdenden Abschreibungen auf Debitoren noch nicht feststeht. —

Arnold Gilissen & Co. wurde von seiten des Gerichtes der erbetene vorläufige Zahlungsaufschub gewährt. Die Prüfung der Bücher ergab, daß die Aktiva die Passiva ziemlich stark übertreffen und auch die Mehrheit der Gläubiger sprach sich für die Gewährung dieses „Moratoriums“ aus. Damit sind auch die Aussichten auf Erhaltung des Unternehmens weiter gestiegen.

Während die anderen großen Banken ihre Dividende durchschnittlich um 1—2 % herabsetzten, hat die Amsterdamsche Bank ihre Dividende mit einem größeren Sprunge von 14 % auf 6 % ermäßigt. Dieses Vorgehen ist für einige ältere und angesehene holländische Unternehmungen charakteristisch. Sie bemühen sich, so sehr als nur möglich, die gegenwärtigen und vermutlichen späteren Folgen der Krisis zu bereinigen. Nicht immer hat dieses Vorgehen den Beifall der Aktionäre; auch im Falle der Amsterdamsche Bank war dies anfangs so, doch später hat die Auffassung die Oberhand gewonnen, daß eine derartige Dividendenpolitik öfters gerade im Interesse dieser gelegen ist. Andere Unternehmungen wieder haben sich als Richtschnur dienen lassen, bei aller Berücksichtigung der Wirtschaftslage und der hieraus notwendig werdenden Abschreibungen und Reservestellungen, doch aus den erzielten Gewinnen eine Dividende zu verteilen, welche ihren Aktionären keine allzugroßen Enttäuschungen bereitet; und zur Auszahlung solcher waren die großen soliden Institute und Unternehmungen sehr wohl imstande, denn sie konnten, trotz des ungünstigen Wirtschaftsjahres 1921 mit immerhin recht angemessenem Nutzen arbeiten.

Selbst auf dem Gebiete der Schifffahrt war dies bei einer Anzahl älterer Gesellschaften der Fall. Bei ihnen stehen die Ergebnisse freilich weit hinter denen der unmittelbaren Nachkriegszeit zurück. Jüngere, mit teuer zu Buche stehenden Flotten arbeitende Gesellschaften blieben fast ausnahmslos dividendenlos. Bei sehr vielen Gesellschaften bilden auch die mit so viel Hoffnung aufgestellten Bauprogramme, die laufenden Bauaufträge einen Gegenstand schwerer Sorge. Über die Abschlüsse einiger der bedeutendsten holländischen Gesellschaften seien nachstehende Angaben gemacht.

	Holland-Amerika Linie		Stoomvaart Mij. „Nederland“		Stoomvaart Mij. „Rotterdam“		Koninkl. Nederl. Stoomboot Mij.		Koninklijke Hollandsche Lloyd	
	1921	1920	1921	1920	1921	1920	1921	1920	1921	1920
Dampfer	30 290	7 640	30 466	26 993	11 800	10 500	36 248	25 592	24 407	30 000
„ im Bau.....	40 965	28 651	18 445	19 048	13 632	6 650	8 168	13 738	20 316	8 881
Kassa, Effekten usw.	22 584	58 364	21 407	42 083	32 512	44 205	8 169	17 994	389	5 306
Beteiligungen	21 427	21 674	28 783	27 261	15 011	15 000	21 989	22 833	3 744	4 500
Debitoren	6 703	16 647	15 942	14 434	6 539	10 076	5 257	7 382	1 749	2 750
Begonnene Reisen	2 138	2 785	7 001	13 801	8 175	10 230	—	—	1 859	5 275
Kapital.....	25 000	25 000	20 000	20 000	20 000	20 000	25 050	25 050	30 000	30 000
Reserven	60 423	60 423	39 189	40 732	31 449	31 449	23 137	33 664	2 138	2 138
Diverse: Versicher., Angestellten-Fonds usw.	10 436	10 278	28 205	31 021	11 810	11 996	11 398	10 316	5 083	13 331
Kreditoren	28 155	33 304	35 260	45 002	19 553	25 047	13 291	17 112	4 792	8 142
Obligationen	—	—	5 530	5 810	—	—	12 720	2 880	17 260	5 518
Betriebsgewinn	8 126	15 263	7 988	11 332	4 838	10 793	3 570	12 166	— 3 843	+ 4 702
Bruttogewinn	10 754	18 888	9 929	14 536	6 379	12 740	3 652	13 516	— 8 143	+ 2 257
Abschreibungen und Reserven	7 642	10 490	5 722	8 264	4 218	8 971	12 376	10 784	3 908	2 444
Verteilbarer Gewinn	3 125	8 399	2 712	5 089	2 360	3 546	7	3 072	—	2 269
Dividende	2 500	6 250	2 200	4 000	2 000	3 000	—	2 500	—	1 800
„ in %	10	25	11	20	10	15	—	10	—	8
Tantiemen	279	1 291	199	362	13	13	—	363	—	215

Die Klage über die deutsche Konkurrenz in der Schifffahrt dauert noch immer an. Indessen wird auch hier das Vermuten geäußert, daß die deutsche Konkurrenz sich auf die Dauer weniger gefährlich erweisen werde, als erst befürchtet. Wohl droht der Wiederaufbau der deutschen Flotte den holländischen Schiffen manchen Transport zu entziehen; auch die Kosten der Arbeit in den deutschen Häfen sind geringer. Doch gerade hier wird das Vermuten laut, daß diese Kosten sich bald denen anderer Länder anpassen werden. Außerdem muß der

holländische Importeur und Exporteur, der Güter über deutsche Häfen verschifft und empfängt, mit der längeren Festlandsroute (meistens mit der Eisenbahn zurückzulegen) und den sehr gestiegenen deutschen Frachtraten auf diesen Strecken rechnen.

Auch in einigen Teilen des Warenhandels stellt man ähnliche Erwägungen an. Man glaubt, daß die vollbeschäftigte deutsche Industrie weitere Aufträge fast nur noch mit sehr langen Lieferfristen übernehmen kann und hofft, im Hinblick auf die hohe steuerliche Belastung in Deutschland und vor

allein die Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung für ein Land mit einer dermaßen entwerteten Währung, daß sich die holländische Industrie schließlich doch dieses so schwer auf ihr lastenden Druckes werde erwehren können, wenn auch vielleicht nicht in allen Zweigen. So mag als vereinzelt, doch immerhin bemerkenswertes Ereignis die Tatsache gelten, daß eine holländische elektrische Apparatebaufabrik in deutschen Blättern anzeigen konnte, daß sie in der Lage wäre, unter Einhaltung kürzester Lieferfristen — und jedenfalls zu Preisen, welche den Wettbewerb mit der deutschen Industrie aufnehmen können — ihre Erzeugnisse nach Deutschland zu liefern.

Größeren Teilen der Unternehmer wurde durch die Annahme des Gesetzes über die 48-Stundenwoche (an Stelle der bisherigen 45-Stundenwoche) durch die beiden Kammern ein sehr nachdrücklich geäußerter Wunsch erfüllt und, da bekanntlich „l'appetit vient en mangeant“, so beginnt jetzt die Propaganda unverzagt für eine 54-Stundenwoche. Die Forderung der 48-Stundenwoche war ziemlich allgemein; dies ist mit dem Streben, der Industrie durch Einführung des Schutzzollsystems zu Hilfe zu kommen, keineswegs ebenso. Weite Kreise sind noch immer der Ansicht, daß die holländische Volkswirtschaft unter dem bisherigen Freihandelssystem am besten gedeiht und daß Abweichungen hiervon höchstens als Ausnahme, nie aber grundsätzlich erfolgen dürften. Die Anhänger des Freihandelsgedankens berufen sich auf die verhältnismäßig günstigen Arbeitslosigkeitsziffern hierzulande.

1922	Vollkommen Arbeitslose	Teilweise Arbeitslose	1922	Vollkommen Arbeitslose	Teilweise Arbeitslose
13.—18. 2.	18,5 %	4,2 %	17.—22. 4...	9,3 %	2,6 %
13.—18. 3.	10,4 "	3,0 "	24.—29. 4...	9,0 "	2,5 "
10.—15. 4.	9,3 "	2,6 "	1.—6. 5...	8,7 "	2,3 "

Auch das Beispiel der von einer hohen Schutzzollmauer umgebenen Schweiz ist nicht danach angetan, die Freihändler in ihren Ideen zum Wanken zu bringen. Doch scheint es, daß man mit einer Zollerhöhung in gewissem Umfang in nicht zu ferner Zeit rechnen müssen. Wenigstens hat die Regierung angekündigt, daß sie an eine solche denkt; offenbar spielen fiskalische Beweggründe hierbei keine weniger starke Rolle als eigentlich schutzzöllnerische. Ob es dazu kommen wird, hängt freilich sehr von dem Ergebnisse der im Juli stattfindenden Kammerwahlen ab. Für die hiesigen Verhältnisse ist es überaus charakteristisch, daß trotz des Verhältnismäßigkeitsrechtes sich in dem kleinen Lande nicht weniger als 46 Parteien um die 100 Sitze der Zweiten Kammer bewerben, und die Zahl der Kandidation ist schier Legion. Vielleicht wird aber gerade diese Zersplitterung es zuwege bringen, daß die wenigen größeren Parteien die gegenwärtige Anzahl Sitze behaupten. Auch scheint man auf keine großen Veränderungen in der Stimmung der Wähler sich gefaßt machen zu müssen, wie wohl in der „großen Presse“ seit längerer Zeit ein sehr nachhaltiger Feldzug gegen die holländische Sozialgesetzgebung ein-

gesetzt hat; wobei die Dinge bisweilen sich in den Köpfen so malen, als wäre die Ursache der ungünstigen holländischen Wirtschaftslage einzig und allein auf die Sozialgesetzgebung und die staatliche „Verschwendung“ zurückzuführen. — Als größere Parteien, die auch diesmal an dem Wahlkampf teilnehmen, seien genannt (von rechts nach links): Die christlich-historische (christelyk-protestantisch), d. h. die Protestantisch Konservativen, die Antirevolutionäre, d. h. die kleinbürgerliche, protestantisch-orthodoxe Partei Abrahams Kuypers, durch innere Streitigkeiten geschwächt, die römisch-katholische Staatspartei, dem deutschen Zentrum entsprechend, von welcher sich kürzlich auch ein mit der „sozialen Richtung“ unzufriedener Flügel als Neue Katholische Partei abgesplittert hat, der „Vryheidsbond“, d. i. die aus verschiedenen liberalen und Mittelstandsparteien hervorgegangene rechtsliberale Partei, die Freisinnig-demokratische Partei, die S. D. A. P. (die auf dem Boden der Zweiten Internationale stehende sozialdemokratische Arbeiterpartei), die Kommunisten. — Gegenwärtig wird das Ministerium durch die vereinigten rechtsstehenden Parteien, Christlich-Historische, Antirevolutionäre und Katholiken gebildet, durch das „Monsterbündnis“, wie es einst ein berühmter holländischer Politiker nannte. Dieser Regierung wird wahrscheinlich noch vor den Neuwahlen die Aufgabe zu fallen, die Ausgabe eines zweiten Abschnittes der neuen Staatsanleihe durchzuführen, deren erster bekanntlich besonderen Erfolg aufzuweisen hatte.

Man dürfte sich erinnern, daß die niederländische Regierung zuletzt gleichzeitig in den Vereinigten Staaten und hier ihre Geldbedürfnisse mit großem Erfolg zu decken trachtete. Dies hat durch Industrieunternehmungen Nachahmung gefunden, zumal für diese die Mittel des Geldmarktes hier augenblicklich nicht so reichlich zur Verfügung stehen. So hat die Holland-Amerika-Linie eine 6%-Anleihe von 30 Mill. fl aufgenommen, wovon 20 in New York und 10 in Holland zur Zeichnung aufgelegt und vielfach überzeichnet wurden. Der Erlös dient in erster Linie zur Vollendung des Bauprogrammes. Auch der große Jürgenskonzern hat den gleichen Weg eingeschlagen. Er begibt 40 Mill. fl 6%-Obligationen zu 93 %, wovon 30 Mill. in New York, den Rest hier. Größere Rohstoffankäufe zur Versorgung des stark angewachsenen Konzerns, Abdeckung von Bankkrediten, Abzahlung restlicher Kaufschillinge und somit allgemeine finanzielle Konsolidierung der Gesellschaft ließen die Aufnahme dieser Anleihe wünschenswert erscheinen. Die auf einen Teil des Portefeuilles der Gesellschaft sichergestellten Obligationen sind innerhalb fünf Jahren in Aktien konvertierbar (3000 fl Obligationen in 2000 fl Aktien) und ab 1927 in 20 gleichen Raten zu tilgen. — Schließlich hat auch die Stadt Amsterdam eine Anleihe von 10 Mill. fl aufgenommen, welche hier und in der Schweiz gleichzeitig zur Zeichnung aufgelegt wird. Es ist bemerkenswert, daß sich im valutakräftigen Ausland allgemein Interesse für holländische Anlagewerte zeigt.

Dr. Willh. Mautner

Frankreich

Staatsfinanzen — Anwachsen des Defizits — Rückgang des Außenhandels — Die Lage der Schwerindustrie

Von jeher ist man es in Frankreich gewohnt, die Wirtschaftslage in erster Linie nach dem Stande der Staatsfinanzen zu beurteilen; es darf daher als charakteristisch für die Gesamtsituation der inneren und wirtschaftlichen Angelegenheiten der dritten Republik in der neuen Epoche beanspruchter Vorherrschaft in Europa gelten, daß das zugestandene Defizit immer weiter anwächst. Zu Beginn dieses Jahres sprach man

von 3 Milliarden fr des ordentlichen und außerordentlichen Budgets; jetzt, wo man die übrigen Fehlbeträge für die Kriegspensionen, den Wiederaufbau usw. dazu rechnet, um mit Hilfe einer neuen langfristigen Anleihe die Gesamtsumme derselben zu decken, spricht man von 18 bis 20 Milliarden fr. Der Budgetvoranschlag war augenscheinlich recht unzureichend errechnet, zumal der Rückgang der Staatseinnahmen

noch weiter anhält. Im April sind 159 026 870 fr weniger eingenommen worden wie zu erwarten war; besonders die Zölle weisen ein Minus von 124 583 000 fr, die Post ein solches von 18 598 000 fr auf. In den ersten vier Monaten d. J. beträgt dieses Minus insgesamt 662 448 080 fr, also eine sehr ansehnliche Summe, wenngleich auch die Einnahmen diejenigen der gleichen Zeit des Vorjahres um 525 540 000 fr übersteigen. („L'Econom. Fr.“ Nr. 20.) Mit der erwähnten Anleihe hofft man dann die Fehlbeträge für dieses Etatsjahr zu beseitigen, so daß das Budget des nächsten Jahres 1923 ein Bild des Gleichgewichts bieten könnte. Was dann dieses Gleichgewicht erschüttern könnte, wäre eine Folge der Nichtausführung der Deutschland aus dem Verträge von Versailles aufzuerlegenden Verpflichtungen. Die Reparationsfrage beherrsche somit die Finanzlage Frankreichs, wie es in den Erklärungen des Finanzministers de Lasteyrie zum Budgetvoranschlag für 1923 heißt. Das „französische“, „nationale“ Budget will man als geordnet betrachten; das Reparationsbudget würde jedoch fürs nächste Jahr einen neuen Fehlbetrag von 4 Milliarden fr aufweisen. Durch diese Argumentierung hofft man die finanzielle Lage Frankreichs augenfällig gemacht und aller Augen auf Deutschlands Verpflichtungen gerichtet zu haben. Diese 4 Milliarden setzen sich zusammen aus Summen, die „für Deutschland“ verausgabt seien; wäre dieses seinen Verpflichtungen regulär nachgekommen, so wäre das Budget völlig in Ordnung. („Le Temps“ Nr. 22 169.) So hilft man sich mit patriotischen Argumentationen über den Ernst der Lage hinweg; die Zinsen der neuen Anleihe und diese selbst werden die Verschuldung Frankreichs wesentlich vermehren. Dennoch wird an einen radikalen Eingriff, besonders an Erhöhung der Einnahmen nicht gedacht; mit einer Ersparnis von 250 Mill. fr, die durch Verkürzung einzelner Posten des Etats erzielt werden soll, will man sich begnügen und darüber hinwegsehen, daß Frankreichs Finanzen durch die unproduktiven Ausgaben für das größte Heer der Welt über die innere Kraft des Staates hinaus belastet werden. Das Heer soll seine Stärke von 690 000 Mann behalten; die 207 000 farbigen Franzosen desselben sollen gleichfalls unter Waffen verbleiben und Frankreich, nach den Ausführungen des „L'Oeuvre“, als einziges Land Europas auf dem eigenen Boden 61 000 Mann dieser farbigen Hilfstruppen beherbergen — und mit außerordentlichen Kosten erhalten. So will es die französische Politik, die den Eindruck erweckt, die in wirtschaftlicher Hinsicht unrationellste und kurzsichtigste zu sein, die man sich in einem alten Kulturlande denken kann. Die produktiven Kräfte und inneren Reserven der Volkswirtschaft werden nicht gehoben und nicht herangezogen, — weil man sonst das Argument preisgeben müßte, Deutschland mache Frankreich auch heute noch leiden; die Ausgaben werden nicht eingeschränkt, weil man mit Barbarenhilfe Weltmacht spielen will. Daß man sich selbst dadurch im Grunde noch mehr schädigt, wie andere, sieht man nicht. Die Nation, die sich nach André Gide rühmte, einen „geduldig und weise ausgebildeten Sinn für die Würde, die Reinheit, die Besonderheit“ der französischen Rasse zu haben, schändet diese durch die afrikanischen Garnisonen im eigenen Lande — und der Aufschwung, die geistige Erneuerung Frankreichs vor 1914 führt somit jetzt, nach dem „Siege“, zu Resultaten, die die Fundamente des Volkslebens unterhöhlen. Frankreichs Aufstieg scheint die Wirtschaftskräfte der Nation nicht belebt und erneuert zu haben; die ehemals „heroische Jugend“, die die Epoche der Erschöpfung überwunden hat, scheint sich dem Gebiete der weltgeltenden Wirtschaft nicht zuwenden zu wollen, sondern, wie Maurice Barrés, ihr Führer, ausschließlich eine Politik zu treiben, die Frankreichs inneres Wesen mißachtet und seine Kräfte überschätzt oder gar

zerseht. . . Die finanziellen Schwierigkeiten, die das Defizit dieses Etatsjahres anschwellen ließen, sind zum großen Teil auf den Rückgang der Zolleinnahmen — und also auch des Außenhandels zurückzuführen: Folgende Angaben der Zollverwaltung bestätigen dies.

Die Einfuhr dem Werte nach (in 1000 fr):

	4 ersten Monate 1922	4 ersten Monate 1921	Unterschied
Nahrungsmittel	1 636 030	1 614 765	+ 21 265
Rohstoffe	4 013 833	3 960 406	+ 53 427
Fertigfabrikate	1 360 420	2 052 072	— 691 652
Zusammen	7 010 283	7 627 243	— 616 960

Die Ausfuhr dem Werte nach (in 1000 fr):

	4 ersten Monate 1922	4 ersten Monate 1921	Unterschied
Nahrungsmittel	542 369	736 465	— 194 096
Rohstoffe	1 825 104	1 846 671	— 21 567
Fertigfabrikate	4 522 317	4 547 430	— 25 113
Postpakete	441 928	416 896	+ 25 032
Zusammen	7 331 718	7 547 462	— 215 744

Die Einfuhr von Fertigfabrikaten nimmt somit dank der rigorosen Handhabung der Zollpolitik und den Einfuhrverboten dauernd ab; Frankreich ist ohne Zweifel auf dem Wege zu einem durchgreifenden Schutzollsystem; fast alle Industrien halten sich durch die ausländische Konkurrenz für gefährdet und verlangen noch weitere Prohibitivmaßnahmen, was bekanntlich zu einer Reihe von Konflikten mit dem Auslande, besonders mit Spanien, Italien und Belgien geführt hat. Allerdings entschädigt man sich dadurch, daß man Deutschland gegenüber das politische Übergewicht nach Kräften wirtschaftlich ausnußt. Es wird eine Prohibitivpolitik krasser Art betrieben, die deutsche Einfuhr, insbesondere aus Chemikalien, Farben, Holz und Holzwaren, Papier, Maschinenteile, Dampfkessel, Werkzeuge, Spielwaren usw. anbetrifft, möglichst unterbunden und die französische Ausfuhr nach Deutschland gesteigert. — Mit Sowjetrußland ist es bisher nur zu ganz geringfügigen Geschäften gekommen, da die französische Politik auch hier nicht an eine Ausnutzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten denkt, sondern Prinzipien folgt, die die Russen veranlassen, bereits vereinbarte Bestellungen wieder zu annullieren.

Zu welchen Mitteln ausgesprochenen Dumpings man Deutschland gegenüber greift, ist aus folgendem ersichtlich: Die Lothringer Werke setzen in Westdeutschland Roheisen und Stabeisen zu Preisen ab, die um 10 bis 12 % unter den französischen Inlandspreisen und um 5 bis 14 % unter den deutschen Inlandspreisen liegen! (Deutschlands Erzeugnisse werden jedoch auch im Auslande systematisch unterboten, wie W. Roellinghoff in der „Zeit“ (Nr. 225) feststellte. Nach Holland wurde von elsässischen Werken z. B. Kainit zu 2,40 bis 2,50 fr je Doppelzentner geliefert, während der französische Landwirt zur gleichen Zeit für die gleiche Quantität 4,75 fr bezahlen mußte.) Mit Einschluß des Saargebiets betrug der mit solchen Mitteln erreichte französische Ausfuhrüberschuß nach Deutschland über die Einfuhr deutscher Waren z. B. im Januar d. J. 48 330 000 fr. Die allgemeine Wirtschaftskrise ist natürlich noch nicht behoben, — wie ernst sie im vorigen Jahre war, wird erst jetzt deutlich, wo nach und nach nähere Angaben über die Einzelgebiete der Wirtschaft bekannt werden. So hat beispielsweise der Verkehr in den französischen Häfen 1921 gegenüber 1920 einen Rückgang von 12 769 900 t aufzuweisen gehabt; 1913 betrug der Verkehr 38 700 000 t, 1920 37 888 200 t und im vorigen Jahre nur 25 118 300 t. Der Rückgang des Verkehrs hatte zwar die Folge, daß 35 % der französischen Handelsflotte aufgelegt werden mußte („L'Information“ Nr. 110). Ist also die große Krise noch nicht überstanden, so sind in den letzten Monaten doch vielfache Erleichterungen eingetreten. Insbesondere

beginnt die Schwerindustrie sich wieder lebhafter zu betätigen. Die Lage der Eisenindustrie hat sich in den letzten zwei Monaten sichtbar gebessert; in Ostfrankreich und in Lothringen konnte eine Reihe weiterer Hochöfen angeblasen werden. Im Saargebiet, dessen Produktion bekanntlich Frankreich zugute kommt, waren Ende Mai gleichfalls von 30 betriebsfähigen Hochöfen 20 in Betrieb. Allerdings wird befürchtet, daß die günstig gewordene Konjunktur nicht von Dauer sein wird, zumal die deutsche Nachfrage nach französischen Erzeugnissen zurückgeht. Nach Ausführungen der „Journée Industrielle“ kann angenommen werden, daß man in den Kreisen der Schwerindustrie einzusehen beginnt, wie wichtig es wäre, wenn sich die Beziehungen zwischen den französischen Hüttenwerken und der deutschen verarbeitenden Industrie enger gestalten würden. Das erwähnte Blatt befürwortet lebhaft einen regen Verkehr und französischen Export nach Deutschland — allerdings mit der Motivierung, es sei erforderlich, alles daran zu setzen um den Thyssen, Klöckner usw. die Neigung zu nehmen, an Stelle der uns entzogenen Hütten neue eigene in Westfalen, Hagendingen und Kneutungen zu schaffen. Man argumentiert hierbei mit einer Äußerung von Hugo Stinnes, der sich für eine Begünstigung der Einfuhr französischer Halbfabrikate nach Deutschland ausgesprochen haben soll. Im allgemeinen herrscht das Bestreben vor, die Preise französischer Erzeugnisse abzuschwächen; da belgisches und englisches Halbzeug, Walzeisen und Bleche billiger sind, so ist dies eine Notwendigkeit, um die man nicht herumkommt, selbst wenn der Zollschuß, wie dies z. B. für Hämatiteisen schon geschehen ist, noch weiter ausgedehnt werden sollte. — Wie gering die französische Unternehmungslust auch auf dem Gebiete der Schwerindustrie ist, resp. wie schwer auch nur kleinere Kapitalien in Frankreich für neue Bergwerksunternehmen zu gewinnen sind, beweist die Tatsache, daß die ehemals Thyssen gehörenden Schächte in Diélette bei Cherbourg verfallen. Es handelt sich um vorzügliches Eisenerz, welches die Erzeugung von Stahl ermöglichen würde; es gelang jedoch nicht, die erforderlichen 50 Mill. aufzubringen und, — wie die „L'Humanité“ es darstellt — nun nagt das Meer an den unterirdischen Schächten, die die deutschen Arbeiter angelegt hatten. . . .

Auch die Verhältnisse auf dem französischen Kohlenmarkte weisen eine Besserung auf, da sich die Nachfrage nach französischen Erzeugnissen erhöht hat. Die Preisherabsetzung der französischen und die Preiserhöhung der deutschen Kohle haben eine gewisse Angleichung der Preise zur Folge gehabt, die Konkurrenz der englischen Erzeugnisse wird daher als nicht mehr so gefährlich betrachtet. Die Folge dieser Besserung der allgemeinen Lage auf dem Kohlenmarkte wird jedoch reichlich aufgewogen durch die Schwierigkeiten, mit der die amtliche Verteilungsstelle für Reparationskohlen — Office des Houillères Simistrées — zu rechnen hat. Die Qualität der englischen Kohle erschwerte schon stets die Abnahme der deutschen Ruhrkohle; nun, da die deutschen Erzeugnisse sich zu verteuern beginnen (eine Tonne deutscher Kohle kostete Anfang Mai in Frankreich 68—70 fr, eine Tonne englischer im französischen Hafen 66 fr; eine Tonne französischen Koks 103—105 fr ab Werk, belgischer Koks 90 fr, Reparationskoks 90 fr je Tonne), so kann die O. H. S. auf keine besonderen Gewinne mehr rechnen, sondern läuft sogar Gefahr, keine Abnehmer mehr für die Reparationskohle zu finden. Da bekanntlich englischerseits darauf gedrungen wird, daß die erzwungene Billigkeit der deutschen Kohle ausgeglichen werden soll, da die französische Industrie durch diesen einseitigen Vorteil in der Lage ist, den übrigen Unterzeichnern des Versailler Vertrages einseitig Konkurrenz zu machen, — so erhebt sich in Frankreich das gefürchtete Gespenst wirtschaftlicher Abhängigkeit von der englischen Kohle. Man ist hier in eine doppelte Gefährdung französischer Interessen hineingeraten: die Reparationskohle erstickt bei den bisherigen Preisen die französische Produktion, drückt die Preise, erzwingt Stilllegungen und Lohnherabsetzungen — eine Verminderung der deutschen Kohlelieferungen und Angleichung des Preises an das Weltpreinsniveau gibt dagegen England die Möglichkeit, den französischen Markt zu erobern. . . . Da man nicht aus noch ein weiß, so will man am liebsten den Deutschen ihre Kohle wegnehmen, d. h., das Ruhrgebiet besetzen und „neutralisieren“, also zu einer Domäne französischer Ausbeutung machen, wie das Saargebiet. Es wird somit eine Verewigung des Versailler Vertrages und eine Besetzung des Ruhrgebietes von den Franzosen unter anderem deshalb angestrebt, um Englands Kohlen vom französischen Markte verdrängen zu können.

Dr. Hans von Eckardt

Tschecho-Slowakei

Die Industriekrise — Steuern — Zusammenschluß der Industriellen — Finanzen — Zucker

Die Industrie- und Absatzkrise dauert weiter an, die Aussicht auf eine baldige Änderung der Verhältnisse liegt dermalen nicht vor. Der „Zentralverband tschecho-slowakischer Industrieller (Svaz)“ sucht in dieser Lage durch gemeinsames Vorgehen der gesamten Industrie die eventuell als katastrophal zu erwartenden Folgen der Krise mit Hilfe der Regierung abzuwenden.

Ob die Regierung sich ohne weiteres zu einer großzügigen Unterstützung der inländischen Produktion entschließen wird, ist heute noch sehr zweifelhaft. Die Industrie fordert eine Herabsetzung der Steuerlasten und eine durchgreifende Regelung des Stenerwesens. Der Staat aber arbeitet mit einem für seine Verhältnisse verhältnismäßig sehr großen und wenig sparsamen Verwaltungsapparat. Eine hier aus Ersparnisgründen durchgeführte Reform würde auf kräftigen politischen Widerstand der Beamtenpartei stoßen. Und es hat den Anschein, als ob die Regierung, wie schon oftmals vorher, die Industrie im

großen ganzen auf sich selbst angewiesen sein ließ. Wo die Industrie volles Verständnis bei leitenden Stellen finden sollte, begegnet sie ziemlich unfreundlichen und schwerfälligen Auffassungen, die man als das Resultat einer gut organisierten Politik der schon vorerwähnten Beamten- und der noch mächtigeren Agrarpartei betrachten kann.

Die heutige Situation in der Tschechei kann als weiter verschärft angesehen werden. Die Industrie hat ihre Preise verhältnismäßig schnell auf das möglichst niedrigste Maß herabgesetzt. Es ist ihr aber trotz eifrigster Bemühung nicht gelungen, eine im gleichen Maße Schritt haltende Herabsetzung der Preise von landwirtschaftlichen Produkten zu erzielen. Während der Index für Großhandelspreise inländischer Bodenerzeugnisse von Oktober 1921 bis März 1922 um 20,55 % sank, tat dies die Indexzahl der Großhandelspreise für Textilien und Leder um 45,13 %. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Kleinhandelspreisen. Dort ist ein Rückgang der Index-

ziffer der Gruppe, in die hauptsächlich Lebensmittel eingereiht sind, um 22,74 % festzustellen, die diesbezügliche Zahl der Gruppe für industrielle Verbrauchsgegenstände ermäßigte sich um 34,19 %.

Die Herabsetzungen der Löhne hielten mit dem gesunkenen allgemeinen Preisniveau nicht Schritt. Ihr Durchschnitt ergibt ungefähr ein Minus von 16 % gegenüber den Oktoberlöhnen des Jahres 1921. Es muß festgestellt werden, daß die Industriellen sich nicht gerne zu Lohnreduktionen entschlossen und zuerst mit Preiserhöhungen ihrer Produkte die Lage zu überdauern trachteten. Auf die ersten Preisaufschläge hin verloren viele Unternehmen ihre früheren Abnehmer, die auch nach erfolgter Anpassung der Preise an das Weltmarktniveau nicht mehr wiederzugewinnen sind. Speziell in der Textilindustrie kann von einer ganzen Reihe derartiger Fälle berichtet werden.

Durch die erfolgten Lohnminderungen ist es in vielen Fabriken der Republik zu einer Wiederaufnahme des Akkordsystems gekommen. Die damit neuerlich gemachten Erfahrungen werden in industriellen Kreisen als günstig beurteilt. Allerdings haben trotz dieser Rückkehr zu alten Arbeitsmethoden die meisten Unternehmen noch nicht die Sechstagesarbeit aufnehmen können, viele Werke stehen noch drei Tage der Woche.

Als positive Erfolge der Krise sind aus der Not der Lage entstandene großzügige Organisationsbestrebungen nach deutschem Muster anzusehen. Erwähnungswert ist weiter eine beginnende Zusammenfassung verwandter Unternehmungen in größere Einheiten. Die Bildung einiger Trusts mit Hilfe der inländischen Großbanken dürfte in absehbarer Zeit zu erwarten sein.

Die Steuern in der Tschechei haben seit dem Jahre 1919 eine Steigerung um annähernd 375 % erfahren. Der Ertrag der Steuern ergab 1919 mit Ausschluß der Vermögensabgabe eine durchschnittliche Belastung von 244 K je Kopf. Am Schlusse des Jahres 1921 war die Belastungsziffer bereits 899 K je Kopf, sie ist bis heute weiter und erheblich gestiegen, wenn auch zahlenmäßig noch nicht genau fixierbar. Zu alledem muß man noch in Erwägung ziehen, daß die Zuschläge zu den direkten Steuern, die im Jahre 1919 durchschnittlich 557 % betrugen, 1921 bereits 791 % ausmachten. Dieses Ansteigen der Steuerlast war damals nun wohl durch den fallenden Wechselkurs der Tschechokrone auf den Auslandsplätzen motivierbar. Die heutige Sachlage würde, falls die Regierung in der offiziellen Dokumentierung ihrer Maßnahmen konsequent bliebe, eine Ermäßigung verschiedener Steuersätze aus Rücksichten auf die schwere Lage der Industrie erfordern.

Es schweben wohl Verhandlungen über eine Ermäßigung der Kohlenabgabe, sie dürften jedoch noch lange andauern und erst dann, wenn es zu spät ist, den Unternehmungen die verlangte Erleichterung geschafft haben. Besonders erschwerend beim Absatz ihrer Produkte wird von den Erzeugern auch eine Reihe von Verkehrssteuern empfunden.

Das passive Budget des Staates erfordert wohl eine durchgehende Besteuerung, die Industriellen aber sträuben sich — bisher allerdings ohne nennenswerten Erfolg — gegen eine weitere Mehrbelastung des Staatshaushaltes. Es sind besonders eine Reihe von Gesetzentwürfen, die das Ministerium für soziale Fürsorge dem Abgeordnetenhaus vorlegen will, die einen großen Investitionsaufwand heischen.

Die Industriellen haben in ihren Zusammenschlußbestrebungen nunmehr eine Einheit erzielt. Es kam zur Errichtung eines Zentralaussschusses der tschecho-slowakischen Industrie, in dem alle Industrieorganisationen

der Republik vertreten sind. Dieser Zusammenschluß ist ein Resultat der Bemühungen des Zentralverbandes, das er vom Anbeginn seines Bestandes verfolgte. Die Einheitlichkeit der Industriepolitik soll auf diese Weise erzielt werden.

Nach dem Ausweise des Bankamtes vom 23. Mai sind die Forderungen der Tschechei an das Ausland sowie der Vorrat an fremden Zahlungsmitteln um 239 Mill. seit der Vorwoche auf 506,6 Mill. K gestiegen. Der Notenumlauf ist um 191,4 auf 9297 Mill. K zurückgegangen, ein Umstand, der nur auf die Erhöhung der Giroguthaben der Parteien beim Bankamt zurückzuführen ist. Die Steigerung in diesem Falle betrug 412 Mill. K. Die Zahlungen auf die Vermögensabgabe nahmen um 25,8 Mill. zu, deren Gesamteingang beträgt heute 1288 Mill. Eine kräftige Stärkung erfuhr die Notenreserve, die sich um 441,8 auf 1100 Mill. erhöhte.

Der Bankausweis zeigt heute nachstehende Posten (in 1000 K):

Aktiva		Gegen die Vorwoche	
Forderungen an die Öst.-ung. Bank ..	10 096 710	—	—
Wechsel	560 362	—	49 290
Eskomptierte Wertpapiere	199 315	—	51 590
Lombarddarlehen	1 486 936	—	5 720
Auslandsguth. u. fremde Zahlungsmittel	506 645	+	239 061
Gold und Silber	644 412	+	14 734
Sonstige Aktiva	572 938	—	18 984
Passiva			
Bei der Abstemp. zurückbehalt. Noten	603 019	—	11 726
Notenumlauf	9 297 042	—	191 395
Giroguthaben:			
Guthaben der Parteien	836 755	+	386 979
Zahlungen auf die Vermögensabgabe	1 288 134	+	25 744
Forderg. aus gebund. Einlagsschein.	268 697	—	817
Kassenscheine	312 049	—	1 637
Sonstige Passiva	1 461 622	+	24 243
Die Notenreserve beträgt	1 099 873	+	441 770

Die tschecho-slowakische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten ersucht, eine Verrechnung der Schulden der Republik an die Union aufzustellen. Nach einem Beschluß des Ministerrates ist die „Czechoslovak American Corporation“ aufgefordert worden, die Forderungen der amerikanischen Hilfsaktion bzw. der Mission Hoovers mit der amerikanischen Regierung zu verrechnen. Sobald es die finanzielle Situation erlauben wird, soll dann die Art der Bezahlung festgesetzt werden.

Die „Tribuna“ berichtet, daß dem Staat eine Reihe ausländischer Anleiheangebote vorlägen, die die Tschechei jedoch nicht anzunehmen gedenke, da mit der englischen Anleihe vorläufig der Bedarf gedeckt ist. Von dieser Anleihe ist die erste und zweite Rate schon zur Auszahlung gelangt, die dritte wird am 15. Juni liquidiert werden. Diese letzte Rate ist zu Investitionszwecken bestimmt, es wird mit ihr in erster Linie das Eisenbahn- und das Arbeitsministerium bedacht werden.

Das bemerkenswerteste Ereignis auf dem Zuckermarkt ist die Auflösung des für den Export maßgebenden Zuckersyndikats. Aufgetretene Unstimmigkeiten in dessen Leitung haben diese Organisation zerstört. Da an dem Gewinn, nicht aber Verlust des Syndikates Staat und Landwirtschaft beteiligt waren, dürfte die Auflösung dieses Institutes nur den Beifall der Industriellen finden. Die Raffinerien waren bis zum 15. Mai l. J. verpflichtet, keinerlei Verkäufe aus der Kampagne 1922/23 vorzunehmen, um den im Zuge befindlichen Beratungen der Zuckerindustrie nicht vorzugreifen. In einer kürzlich stattgefundenen Plenarsitzung der Raffinerien wurde nunmehr beschlossen, diesen Termin nicht mehr zu verlängern und die Fabriken verkaufen nunmehr schon Exportware kommender Kampagne.

Vor einigen Tagen sprachen die Vertreter der gesamten zuckerverarbeitenden Industrie beim Handelsminister vor, um ihm die Forderung auf Bewilligung des Veredelungsverfahrens vorzulegen. Die Abordnung verwies auf die Unhaltbarkeit des heutigen Zustandes. Der Zucker für Verarbeitung zu Exportzwecken wird den heimischen Fabriken zum Inlandspreise geliefert, dem Auslande aber zur weitaus niedrigeren Exportnotierung verkauft. So kommt es, daß die tschecho-slowakischen Exportfirmen mit Auslandsfilialen ihre einlaufenden Aufträge nicht im Inlande, sondern im Auslande eindecken. Speziell am Wiener Platze hat sich derartige Gebaren ergeben. Die Forderung der Industrie läuft nun dahin, ausländische Rohware zum Weltmarktpreise einzuführen, um sie in der Tschechei zu Exportzwecken zu verarbeiten. Gleichlaufend damit müßte weiter eine Ermäßigung der Zölle und der Zuckersteuer Hand in Hand gehen.

Sollte aber die Regierung auf keinen dieser Vorschläge eingehen und auch die Preise des Inlandszuckers nicht herabsetzen, dann dürfte es, so paradox es vielleicht auch klingt, zu einer Einfuhr fremden Zuckers im Veredelungsverfahren kommen.

An der Prager Börse wurden neue Usancen für den Zuckerhandel festgesetzt.

Das Auslandsgeschäft der letzten Woche zeigt eine Reihe von Abschlüssen der Schweiz in Prag. Die Offerten, auf Grund derer dies erfolgte, notierten Kristallzucker zur Lieferung in der ersten Oktoberhälfte mit Schweizerfranks 40,50, für Lieferung per zweite Oktoberhälfte 39,50 fr je 100 kg ab tschecho-slowakischer Station.

Franz Pick

Ungarn

Ausbau des Budapester Hafens — Außenhandelsergebnisse in 1921 — Aussichten für deutsch-ungarische Handelsbeziehungen

Wenn wir heute von Ungarn sprechen, machen wir zu meist und ganz unwillkürlich den Fehler, an das einst mächtige Ungarn zu denken, zumal dieselben Männer, Graf Bethlen, Apponyi Andrássy auf der politischen Bildfläche erscheinen, wie ehemals. Ungarn ist zwar in einem andern Pariser Vorort mit seinem „Frieden“ beglückt worden, — er war aber nicht besser und hat von dem einst 320 000 qkm großen Lande nur 93 000 qkm übrig gelassen. So gut wie alle Wälder, sämtliche Kohlen- und Salzbergwerke, sämtliche Erdgasquellen, die sich eben anfangen, zu bedeutsamen Energiemittelpunkten ersten Ranges zu entwickeln, so gut wie alle Erzlager, Wasserkräfte, Gebirge und Bergwiesen hat es an die Tschecho-Slowakei, an Rumänien und Südslawien abgeben müssen. Sein einziger Hafen, Fiume, ein Augapfel des ungarischen Staates, für das Hunderte von Millionen geopfert wurden, ist ein Zankapfel zwischen Italien und den Jugoslawen geworden und dadurch wirtschaftlich ruiniert. Verblieben sind ihm nur Weizenfelder, Weinberge und seine weiten Grassteppen, auf denen Hunderttausende bestrassiger Rinder gezüchtet werden. Die Jahre nach dem Zusammenbruch bedeuteten für Ungarn mehr als für Deutschland. Mehrere Monate herrschte der Bolschewismus in Ungarn, dann der nicht weniger wirtschaftsvernichtende Rumäne, der alles zu erraffen suchte, was nur irgend zu erreichen war. Diese beiden haben das Land um mehr als 80 Milliarden Kronen geschädigt und das Wirtschaftsleben vielleicht noch für Jahrzehnte hinaus teilweise gelähmt.

Mit einer sehr hoch anzuerkennenden Zähigkeit arbeiten die Ungarn aber daran, die Wirtschaft ihres klein gewordenen Staates wieder auf die Füße zu stellen, denn sie haben ganz genau erkannt, daß man ihnen zwar viel, aber doch nicht alles hat nehmen können, vor allem nicht die Bedeutung ihrer Hauptstadt Budapest als Zentralhafen und Stapelplatz für das südöstliche Mitteleuropa. Zwar wollen die Tschechen durch eine sehr geschickte, aber immerhin für den Kenner durchsichtige Pressepropaganda Europa klar machen, daß dieser Zentralhafen unbedingt Preßburg werden müsse, seit sie diese alte ungarische und von Deutschen besiedelte Stadt sich erworben haben. Jugoslawien bemüht sich sogar zu beweisen, daß Belgrad viel mehr zu dieser Aufgabe prädestiniert sei, als Budapest oder Preßburg. Es ist eigentlich müßig, in dieser Angelegenheit ein Wort zu verlieren. Budapest besitzt längst große Hafenanlagen, die selbst einem sich durch die Ausführung des Rhein-Main-Donaukanalprojektes stark vergrößeren-

den Schiffsverkehre auf der Donau genügen würden. Um aber mit allen Eventualitäten zu rechnen, baut man einen großen Hafen in nächster Nähe der Hauptstadt aus, der selbst die höchsten Anforderungen der nächsten 25 Jahre befriedigen wird.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich, daß Ungarn bei weitem mehr Lebensmittel erzeugt, als es verzehren kann und daß es deshalb auch für Deutschland Bedeutung hat. Leider hat bis heute Deutschland nicht so recht den Anschluß mit Ungarn gefunden, der im Interesse beider Länder wäre.

Wenn wir in folgendem die Außenhandelsdaten vom Jahre 1921, die Ende April vom „Statistischen Zentralamt“ in Budapest veröffentlicht wurden, prüfen, so werden wir sehr schnell erkennen, daß Deutschland eine ganz andere Rolle im Wirtschaftsleben dieses mit ihm durch jahrelange Waffenbrüderschaft eng verbundenen Landes spielen könnte.

Die bedeutsamsten Zahlen sind folgende:

Es wurden 23,3 Mill. dz Waren ein- und 8,4 Mill. dz Waren ausgeführt. Die Einfuhr war 1921 viermal so groß wie 1920, während sich die Ausfuhr nur von 5,2 Mill. dz im Jahre 1920 auf 8,4 Mill. dz hob. Im Jahre 1920 entfielen 55 % des Gesamtverkehrs auf Deutsch-Österreich und 24 % auf die Tschecho-Slowakei; dagegen 1921 45 % auf die Tschecho-Slowakei und nur noch 21 % auf Deutsch-Österreich.

Die Einfuhr stellt sich folgendermaßen dar:

1. Länderanteil in %:				
Tschecho-Slovak.	Deutschl.	Großrumän.	Dt.-Österr.	Verschied.
52	15	14	8	15
2. Warengruppen (Mengen in 1000 dz):				
Holz.....	15 000	Mineralien.....	1 800	
davon:		davon:		
Brennholz.....	7 400	Roher Kalkstein.....	720	
Grubenholz.....	1 200	Eisenerze.....	720	
Werkholz, Schwell. usw.	6 400	Roher Baustein.....	185	
Kohle.....	6 500	Gips.....	86	
davon:		Phosphate.....	118	
Steinkohle.....	3 600	Verschiedene.....	171	
(zu Zweidrittel aus Deutschl. stammend)		(die Eisenerze u. Bausteine stammen		
Briketts.....	1 600	aus der Slowakei, Gips aus Österreich		
(zu Zweidrittel a. d. Tschecho-Slowakei)		u. die Phosphate a. Amerika u. Afrika)		
Braunkohle.....	800	Eisen u. Eisenwaren....	732	
Holz Kohle.....	500	davon:		
(Braun- u. Holzkohle ganz aus der		Roheisen.....	114	
Tschecho-Slowakei)		Rippen- und Stahleisen..	193	

Blechplatten	135	Papier u. Papierwaren... 339	
Sonstiges	290	(Hauptlieferant Deutschösterreich)	
(zu gleichen Teilen aus Deutschland, Oesterreich und der Tschecho-Slowakei)		Textilien	310
		(aus Deutschösterreich)	
Salz	648	Chemische Produkte	216
(nur aus Deutschland)		(zur Hälfte aus Deutschösterreich, zur anderen a. Deutschl. u. Tschechoslowak.)	
Mineralöle	429	Glas- und Glaswaren	145
(aus Polen und Großrumänien)		(Hauptlieferant Tschechoslowakei).	
Bedeutende Posten, jedoch unter 100 000 dz, waren Reis, Kaffee, Fette, Paraffin, Zucker, Maschinen, Schafwollstoffe, feuerfeste Ziegel.			

Die Ausfuhrbewegung gibt folgendes Bild:

1. Länderanteil (in %)

Dt.-Österr. Tschecho-Slowak.	57	Jugoslawien	27	Deutschl.	6	Verschied.	5
------------------------------	----	-------------	----	-----------	---	------------	---

2. Warengruppen (Mengen in 1000 dz)

Eisenerz	1400	Weizen	177
(die in Ungarn nicht verarbeitet werden können)		Hafer	116
Mehl	1300	Mais	288
Obst und Gemüse	834	Hirse	106
Wein	621	Bohnen	216

Ferner sind noch gut 68 000 Stück Schlachtvieh zu erwähnen. Alle diese Produkte wurden zum überwiegenden Teile nach Deutsch-Österreich ausgeführt, lediglich Wein nach der Tschecho-Slowakei und Schlachtvieh nach Deutschland. Die weiteren Ausfuhrartikel, wie Ölkuchen, Kleie, Fleisch, Eier, Geflügel, Zement, Malz usw. sind in Mengen unter 100 000 dz ausgeführt worden.

Als Ergänzung dieser Mengenzahlen seien auch die Hauptwertzahlen in Mill. K aufgeführt. Sie lauten:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	in Mill. K	in %	in Mill. K	in %
1. Nahrungs- u. Genußmittel				
a) Landwirtschaftl. Prod.	2 000,3	4,65	9 894,5	44,39
b) Tierische Produkte..	538,8	1,25	1 459,9	6,55
c) Bergwerksprodukte ..	260,0	0,61	45,1	0,20
1. zusammen	2 799,1	6,51	11 399,5	51,14
2. Lebendes Vieh	512,7	1,19	1 336,8	6,0
3. Hilfststoffe der Landwirtschaft u. Industrie ..	3 725,9	8,66	1 251,1	5,61
4. Industrie				
a) Rohmaterial	1 947,6	4,53	2 084,6	9,35
b) Halbfabrikate	6 708,6	15,59	1 568,0	7,04
c) Fabrikate	27 330,1	63,52	4 649,0	20,86
4. zusammen	35 986,3	83,64	8 301,6	37,25
Gesamter Warenverkehr	43 024,0	100,0	22 289,0	100,0

Diese Daten zeigen, daß Ungarns Außenhandelsbilanz sehr stark passiv ist, daß sie sich aber seit 1920 (Einfuhr 24 355 und Ausfuhr 9502 Mill. K) doch wesentlich selbst bei Einschätzung der Wertverminderung der Krone, gehoben hat.

Die Haupteinfuhrartikel waren Textilien, Holz und Kohle, die 1921 in weit größerem Umfange angekauft werden mußten, als im Jahre 1920. Es ist aber gleichzeitig auch gelungen, die Lebensmittelüberschüsse in günstiger Weise im Auslande unterzubringen, was dazu beigetragen hat, die ungarische Krone wenigstens gegenüber der Mark zu stabilisieren.

Wir haben gesehen, daß besonders die Tschecho-Slowakei einen bedeutsamen Teil der Einfuhr nach Ungarn bestreitet. Das rapide Steigen der cs. Krone macht aber den nach Ungarn arbeitenden Firmen sehr großes Kopfzerbrechen, denn die ungarischen Käufer sind nicht mehr in der Lage, in der Tschecho-Slowakei einzukaufen. Alle Artikel aber, die die Tschecho-Slowakei an Ungarn verkauft, mit Ausnahme von Holz und Bausteinen, kann Deutschland nach Ungarn bringen. Da in Ungarn große Sympathien für eine sehr enge Handelsverbindung mit Deutschland bestehen, was schon die begrüßenswerte Arbeit der Ungarisch-Deutschen Handelskammer und der Ungarisch-Deutschen Bank in Budapest beweist, so kann angenommen werden, daß sich ein reger Verkehr gestalten wird. In letzter Zeit hat Deutschland Einfuhrbewilligung für 12 Mill. hl Wein aus Ungarn erteilt, was große Befriedigung erweckt hat. Daraufhin hat sich erst kürzlich eine Gesellschaft von Grundbesitzern gegründet, die vorläufig die Überschüsse von 40 000 Hektar prima Ackerbodens reichsdeutschen Interessenten zur Verfügung stellen will. Um aber zu einem großzügigen Warenaustausch zu gelangen, wäre es wünschenswert, wenn sich die berufenen Kreise genau mit den Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Verknüpfung befaßten, die für beide Teile von Vorteil wäre. Deutschland darf auch nicht vergessen, daß Ungarn ein wichtiger Vorposten auf dem Weg nach Osten bedeutet, den man zwar nicht über-, aber auch nicht unterschätzen darf.

F. H. Reimesch

Vereinigte Staaten

Kennzeichen der verbesserten Wirtschaftslage — Kapitalanlagen im Ausland

New York, den 22. Mai 1922.

Die Meinungen über die wirtschaftlichen Aussichten in den Vereinigten Staaten lauten jetzt allgemein weit günstiger als jemals während der letzten 1½ Jahre. Die Grundlage dieses Optimismus aber ist, wie das in solchen Dingen der Fall zu sein pflegt, ziemlich unsicherer Natur und hängt von Anzeichen ab, die nicht immer absolut verlässlich sind, nämlich von Schätzungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit, über das Verhältnis zwischen Löhnen und den Kosten für die Lebenshaltung, über Preisbewegungen und über die Produktion in gewissen grundlegenden Industrien, wie etwa der Stahl- und Eisenindustrie; ein großer Teil dieser gesteigerten Tätigkeit, wie sie in gewissen wichtigen Industriezweigen tatsächlich feststellbar ist, erscheint durch die Jahreszeit bedingt. Immerhin, wenn Statistiken über Preise, Beschäftigung, Löhne, Kosten für die Lebenshaltung usw. irgendeinen Wert haben, so weist die industrielle und Geschäftslage in den Vereinigten Staaten eine entschiedene Aufwärtsbewegung auf.

Im März wie im April hat die Arbeitslosigkeit, über das ganze Land gerechnet, sich fortdauernd vermindert, hauptsächlich infolge der Belebung, die die Automobil- und die Eisen- und Stahlindustrie erfuhren. Nach Schätzungen des Arbeitsamtes war Anfang April des Jahres die Arbeitslosigkeit um rund 5 % geringer als zum gleichen Zeitpunkt des letzten Jahres. Eine von der Associated Press in den sechzehn führenden Industriestaaten der Union veranstaltete Erhebung ergab, daß es in diesen Staaten am 1. Mai 1 350 000 Arbeitslose gab gegen 3 500 000 am 1. Mai 1921. Da die Gesamtzahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten in normalen Zeiten rund 1 800 000 beträgt, so können aus dieser Feststellung ziemlich sichere Schlüsse über die Rückkehr zum Normalen gezogen werden. Mancherorts, wie z. B. in den Städten des mittleren Westens mit den großen Automobilwerken (Detroit usw.), wird sogar schon von einer Knappheit an Arbeitskräften berichtet.

Man muß hierbei im Auge behalten, daß umfassende und

genaue Statistiken über die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten nicht existieren. Die oben angeführten Feststellungen des Arbeitsamts erstrecken sich auf über 1500 Werke und 65 wichtige Industriezentren und geben nur einen ungefähren Anhalt für die Veränderung in der Arbeitslosigkeit im großen und ganzen; nur drei Einzelstaaten stellen Statistiken an über die „Beschäftigung“ (wenn wir das in Amerika gebräuchliche Positivum zum Begriff „Arbeitslosigkeit“ anwenden sollen). Dabei darf auch die infolge der Frühjahrssaat stärkere Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften nicht außer Anrechnung bleiben; gleichwohl schätzt das Arbeitsamt, daß das Angebot auch an solchen Arbeitskräften immer noch um 10 % über der Nachfrage bleibt.

Als Index für die Lage der amerikanischen Industrie betrachtet man gerne die beim Stahltrust (United States Steel Corporation), der den größten Industriekonzern des Landes darstellt, vorliegenden unausgeführten Aufträge. Zur Zeit des Höhepunktes der Beschäftigung im Jahre 1920 beliefen sich diese Orders auf 11 118 000 t. Seitdem sind sie ständig heruntergegangen und zwar bis auf 4 140 000 t Ende Februar dieses Jahres; Ende März jedoch waren sie wieder auf 4 500 000 und Ende April sogar wieder auf 5 096 000 t gestiegen. Zum großen Teil ist diese bessere Beschäftigung der Eisen- und Stahlwerke zurückzuführen auf die im ganzen Lande sehr lebhaftere Bautätigkeit, die ihrerseits mitausgelöst worden ist durch den Rückgang der Kosten für Baumaterialien und der Löhne für die Bauarbeiter.

Der Prozeß der Lohnherabsetzung ist in ein wesentlich langsames Stadium eingetreten und mancherorts wird schon wieder von Lohnsteigerungen berichtet. Der Einfluß gefestigter Lohnverhältnisse auf Industrie und Handel im ganzen macht sich bereits deutlich bemerkbar. Die Löhne der Fabrikarbeiter sind seit Sommer 1920 beständig reduziert worden und die Kosten für die Lebenshaltung sind mehr oder minder gleichzeitig gefallen, so daß die Kurven der Lohn- und Preisbewegungen nahe daran sind zu konvergieren; man darf annehmen, daß sich beide jetzt um 55–65 % über dem Stand von 1914 bewegen. Allerdings dürften die Kosten für die Lebenshaltung ihren niedrigsten Stand erreicht haben und es ist sogar mit einem langsamen Steigen, wenigstens den Sommer über, zu rechnen — wird doch von einem erheblichen Steigen der Nahrungsmittelpreise im April und einem Anziehen der Preise für Kleidung berichtet. Die Kosten der Lebenshaltung für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie wurden Mitte April auf 55 % höher als im Juli 1914 geschätzt, was um 25 % weniger ist als im Juli 1920, wo der höchste Stand erreicht gewesen war. Hält die neuerliche Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung an, so dürfte sie nicht ohne Rückschlag auf die Besserung der allgemeinen Geschäftslage bleiben, da an entsprechende Lohnaufbesserungen in absehbarer Zeit nicht zu denken ist.

Die geschilderte Besserung der Wirtschaftslage geht vor sich im Schatten bedenklicher Lohnauseinanderset-

zungen. Der Bergarbeiterstreik, der sich auf 600 000 Mann erstreckt, schleppt sich noch fort, und es sind bisher von keiner der beiden Parteien, noch seitens der Regierung Schritte zur Beilegung dieses Konflikts getan worden; neben dem Bergarbeiterstreik gehen andere Streiks her, von denen weitere 200 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen sind. Daß die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse noch umfassender gewesen wäre, wenn diese 800 000 Arbeiter ihrer Beschäftigung hätten nachgehen können, dürfte nicht zu bestreiten sein.

Einen besonders beruhigenden Faktor in der gesamten wirtschaftlichen Lage bildet die für März festzustellende Steigerung der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen sowohl nach Quantität wie nach Dollarwert und auch nach ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtausfuhr des Landes (rund 48 % wie im Jahre 1913). Wenn im April die Ausfuhr wieder etwas zurückgegangen ist, so wird das dem Einfluß des für die wirtschaftliche Zukunft in Europa nicht sehr hoffnungsvollen Verlaufs der Genua-Konferenz zuzuschreiben sein.

Die Genua-Konferenz und ihre Nachfolgerin im Haag nehmen gegenwärtig die Aufmerksamkeit der Wirtschaftler in den Vereinigten Staaten sehr stark in Anspruch. Der Standpunkt, den die Regierung Harding diesen Veranstaltungen gegenüber einnimmt, wird von industrieller und finanzieller Seite nicht durchaus geteilt. Trotz der geringen Bereitwilligkeit Washingtons, am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas teilzunehmen, bestehen Anzeichen dafür, daß bestimmte Interessen in den Vereinigten Staaten sich in zunehmendem Maße mit Finanzierungs- und anderen kommerziellen oder industriellen Projekten in den verschiedensten europäischen Ländern befassen. Amerikanische Kreise kaufen Industrieunternehmen in Italien und anderswo auf und verschiedene europäische Staaten haben in New York Anleihen, hauptsächlich zum Zweck der Ausgleichung ihrer Budgets, aufnehmen können. Diese Plazierung von Anleihen in New York hat so sehr um sich gegriffen, daß das Staatsdepartment es für nötig befunden hat zu verlangen, daß ihm von solchen Anleihen vor der Begebung Anzeige gemacht werde, da deren Zwecke vielleicht nicht in jedem Falle mit den Interessen der Vereinigten Staaten harmonisieren könnten. Das Ersuchen des Staatsdepartments soll nahezu auf einen Befehl hinausgekommen sein, dem gleichwohl ganz und gar nicht entsprochen wird. Man darf wohl allgemein sagen, daß amerikanische Industrie- und Handelskreise, nachdem sie lange genug gewartet hatten, ob es den Staatsmännern und Politikern gelingen würde, durch ihre Konferenzen die der Weltwirtschaft so nötige Stabilität zu schaffen, jetzt mehr und mehr dazu geneigt sind, ihre private Initiative walten zu lassen und zu versuchen, ob nicht diese Abhilfe schaffen kann. Wenn also in politischer Beziehung der Standpunkt der Regierung allgemein geteilt wird, so herrscht darüber, ob er in wirtschaftlicher Beziehung klug gewählt ist, einiger Zweifel.

Virgil Jordan

Ostafrika II

Sansibar — Somaliland — Eritrea — Abessinien — Madagaskar

Sansibar. Auch dieses Protektorat leidet unter der Weltlage. Insbesondere hat auch hier die Kaufkraft der Eingeborenen stark gelitten, was sich in der verminderten Einfuhr von Baumwollgeweben zeigt. Ein großer Teil „Americano“ soll jetzt aus Indien kommen, während frühere Quellen Japan

als Ursprungsland angeben. „Die Käufer sind in Anbetracht der etwas merkwürdigen Geschäftsmethode der Japaner recht zurückhaltend gegen sie geworden,“ bemerken die „Fin. News“. Folgende Tabelle läßt die Lage erkennen (in MiL. £ bzw. Mill. Br. R. T.):

	Einfuhr	Ausfuhr	Einlaufende Schiffe	Zoll- einnahmen	Gesamt- einnahmen	Ausgaben
1913 ...	1,103	1,049	1,503	0,167	0,275	0,248
1915 ...	0,804	0,791	0,650	0,162	0,267	0,204
1916 ...	1,260	1,052	0,548	0,156	0,281	0,280
1917 ...	1,760	1,849	0,465	0,153	0,298	0,260
1918 ...	2,366	2,134	0,378	0,222	0,387	0,271
1919 ...	1,943	2,444	0,583	0,225	0,408	0,323
1920 ...	1,825	2,007	0,927	—	0,330	0,404

Beteiligt waren 1920 am Gesamthandel Indien mit 27 %, Tanganjika mit 21 %, England mit 15 %, Kenya mit 10 %, Frankreich mit 5 %. Gewürznelken schwankten mit 12—32,25 Rp, Kopra mit 3,50—7,50 je Frasilah. Von jenen produzierte 1919/20 Sansibar 39 000, Pemba 167 000 Frasilah, von diesem wurden 188 508 cwts für 3,6 Mill. Rp ausgeführt, wovon $\frac{1}{4}$ auf Pemba entfiel (0,9 Mill. Rp).

Die andauernden Überschüsse der Verwaltung ermöglichen die Inangriffnahme der seit Jahrzehnten nötigen Arbeiten an dem gänzlich verwahrlosten Hafen. Die Arbeiten sollen in drei Jahren beendet sein, werden aber bei den steigenden Preisen den Voranschlag erheblich überschreiten. In Angriff genommen ist die Trockenlegung von 20 acre Seebodens, der Bau eines 1300 Fuß langen Zementpiers, in einer Minimalwassertiefe von 30 Fuß bei Ebbe, eines Wellenbrechers, die Aufstellung elektrischer Kräne und die Anlage von Kohlenplätzen, Öltanks, Zollgebäuden und Lagerhäusern.

Deutsch-Ostafrika (Tanganyika-Territory): in Nr. 17 vom 28. 4. 22.

Britisch-Ostafrika (Kenya-Kolonie) und Uganda: in Nr. 18 vom 5. 5. 22.

Italienisch-Somaliland. Die Società Agricola Italo-Somala, von der man zuerst in der zweiten Hälfte 1920 hörte, ist im Juni 1920 gegründet worden. Die Seele des Unternehmens und der Hauptaktionär ist der durch seine Forschungsreisen bekannte Herzog der Abruzzzen. Die Finanzierung erfolgte durch die Banca Commerciale Italiana. Das Kapital beträgt 25 Mill. Lire. Gegenstand des Unternehmens ist die rationelle Bewirtschaftung des Tals des Shebeli, jenes eigenartigen Flusses, der aus Abessinien kommend, in seinem Unterlauf, 300—400 km lang in 50 km Abstand neben der Küste von Warscheikh bis südlich Barawa herläuft, um dann zu versickern. Der Herzog, der soeben nach Italien zurückgekehrt ist, traf im Februar 1921 an Ort und Stelle ein, um zunächst eine Bahn von der Hauptstadt Magadishu zum Shebeli — bei Agfai, 30 km lang — anzulegen. Die Spurweite soll 95 cm betragen, weil man an eine spätere Verlängerung bis Lugh am oberen Tuba, 400 km Luftlinie nordwestlich Magadishu, denkt. Lugh ist ein Handelsplatz für das südliche Abessinien, das für Baumwollbau geeignet sein soll. Wahrscheinlich um das Unternehmen zu stützen, wurde am 20. Okt. 1921 verfügt, daß für Maschinen, Transportmittel, Baumaterial und Saat auf zehn Jahre kein Zoll zu zahlen ist.

Für die Aussaat der Baumwolle im April waren im Shebelitale 350 ha verbreitet. Die Anlagen zur Bewässerung durch Aufstauung des Flusses und durch Kanäle sollen bis 1923 vollendet sein; bis dahin wird man mit Pumpen arbeiten. Eine große Überraschung war die Entdeckung, daß der Shebeli auf 500 km befahrbar ist, jedenfalls doch wohl nur zur Regenzeit. Die Gesellschaft läßt nunmehr Fahrzeuge für die Flußschiffahrt herauskommen. Brunnen sind mit Erfolg gebohrt worden.

Der Shebeli scheint einmal in den Juba gemündet zu haben, von dessen Mündung nur wenige Kilometer entfernt der britische, nominell noch dem Sultan von Sansibar gehörende, nicht unwichtige Küstenplatz Kismayu liegt. Diesen, mit

80 000 qkm am rechten Flußufer, hatte England sich, auf Grund des Londoner Vertrags von 1915, im September 1919 verpflichtet an Italien abzutreten. Aber in den verflossenen zwei Jahren ist das nicht geschehen. England versucht die Angelegenheit mit der Grenzregulierung zwischen Ägypten und Cyrenaica zu verquicken. Neuerdings heißt es aber, daß in der Kenya Kolonie alle Vorbereitungen für eine Übergabe im Juni getroffen sind.

Es betrug in Mill. Lire die

	1918	1919	1920		1918	1919	1920
Einfuhr...	13,9	13,8	28,4	Ausfuhr...	6,2	7,6	17,6

Bei der Einfuhr 1920 kamen 4,2 Mill. aus Italien, 2,2 aus Sansibar, 1,9 aus Kenya, von der Ausfuhr gingen je 3 Mill. Lire nach Italien und Sansibar, 2,8 nach Kenya. 16,2 Mill. Lire der Einfuhr waren Gewebe, 3,4 Mill. Lire Zucker und Kaffee. Die Ausfuhr bestand wesentlich in Ergebnissen der Viehhaltung.

Britisch-Somaliland. Nach der Besiegung des „Mad Mullah“ im Januar 1920, wurde der Frieden nicht mehr gestört. Die Ausgaben betrugen 200 000 £, von denen das Schutzgebiet kaum 60 000 aufbrachte. Die Einnahmen hatten sich um 25 % vermindert. Die Einfuhr belief sich auf 5,3 Mill., die Ausfuhr auf 2,8 Mill. Rupie, was eine Abnahme um 28 bzw. 23 % bedeutet. Für die Einfuhr kommen fast nur Stoffe, in Hungerjahren Reis (1919: 170 000 £); für die Ausfuhr fast nur Felle, allenfalls auch Kleinvieh in Betracht.

Es liefen 1700 Fahrzeuge mit 58 000 Br. R. T. in den drei Häfen Berbera, Bulhar, und Zeila ein.

Französisch-Somaliland. Die Einfuhr betrug 1918 67, die Ausfuhr 50 Mill. fr, abgesehen von der abessinischen Durchfuhr im Werte von 60, nach anderer Quelle 76 Mill. fr.

Eritrea. Die Bevölkerungszahl wird auf 400 000 Eingeborene und 4500 Europäer angegeben, davon 3874 Italiener.

Der Umsatz im Karawanenverkehr mit Abessinien war für 1920 auf 40 Mill. Lire Einfuhr und 31 Mill. in Ausfuhr angegeben. Der Umsatz über die Seegrenze betrug in Mill. Lire:

	1918	1919	1920		1918	1919	1920
Einfuhr.....	104	80	145	Ausfuhr....	85	41	47

Haupteinfuhrgegenstände sind: Gewebe, Nahrungsmittel, Baumaterialien, Petroleum usw. Die Ausfuhr ist mannigfaltig: getrocknete Häute, Leinsaat, Kaffee, Büchsenfleisch und Ergebnisse der Fischerei.

Die Bahn Massaua-Asmara ist 120 km lang; von der Fortsetzung nach Cheren waren 78 km in Betrieb bis Elaberet. („Bull. del Min. d. Col.“ Febr. 22.)

Abessinien. Der abessinische Handel war durch das Schwanken der Landeswährung, des Menelik-Talers, der die Maria-Theresiataler ersetzt hatte, aufs schwerste benachteiligt worden. Vom Januar bis November 1919 fiel das £ von 7 auf 5,82 Taler, von Januar bis Mai 1920 stieg der Taler von 8,25 auf 13,50 fr, fiel im Juni auf 9,25, im Juli auf 6,40, um dann nach kurzer Erholung bis 7,40 auf 4,00 fr im August 1921 zu sinken. Dies wird man bei der Handelsstatistik im Auge behalten müssen. Ferner muß man berücksichtigen, daß seit Ende 1916, wo die Bahn von Djibuti Addis Abeba (750 km) erreichte, der größte Teil des Handels diesen Weg ging. Die abessinische Regierung hat sich verpflichtet, alle ihre Transporte auf diesem Wege gehen zu lassen und den Karawanenverkehr mit 10 % vom Werte der Waren zu belasten, wofür die französisch-äthiopische Bahn ebensoviel erheben darf, bis sie einen jährlichen Reingewinn von 3 Mill. fr erzielt. Karawanenstraßen führen außer nach dem Sudan und nach Lugh in Italienisch-Somaliland, nach dem französischen Djibuti,

nach den italienischen Häfen Massaua und Assab in Eritrea und nach den britischen Häfen Zeila und Berber in Britisch-Somaliland. Die von uns im „W.-D.“ Nr. 47 vom 21. Nov. 1919 bezweifelte Meldung einer Abtretung von Zeila gegen Minenkonzessionen scheint sich nicht bewahrheitet zu haben. Der Handel zeigte folgendes Bild:

A. Ausfuhr über Djibuti in t	1916	1917	1918
Häute	4 045	5 704	9 191
Kaffee	4 520	5 093	3 057
Wachs	482	381	146
B. Ausfuhr nach dem Sudan in £			
Kaffee	68 912	105 895	155 102
Wachs	20 751	18 265	10 874
Verschiedenes	7 742	8 764	26 456
Zusammen	97 405	132 924	192 432
C. Einfuhr aus dem Sudan in £			
Stoffe	27 892	37 713	77 663
Salz und andere Sudanerzeugnisse	7 497	16 239	17 194
Verschiedenes	2 171	11 274	18 728
Zusammen	37 560	65 226	113 585

Eritrea gibt die Ausfuhr abessinischer Produkte für 1920 mit 31 Mill. Lire und die Einfuhr mit 40 Mill. Lire, Djibuti den Wert der Durchfuhr 1918 mit 76 Mill. fr an; Britisch-Somaliland scheidet nicht zwischen Durchfuhr und Ein- und Ausfuhr. Es betrug 1920 bei Zeila Ein- bzw. Ausfuhr 686 000 und 646 000 Rp, bei Bulhar 675 000 und 570 000 Rp. In beiden Häfen dürfte es sich fast ausschließlich um Handel mit Abessinien handeln.

Im Herbst 1921 tauchten in der britischen Presse Nachrichten auf von Einfällen bewaffneter Banden aus Abessinien nach der Kenyakolonie. „The Abyssinian Danger“ überschrieben die „Times“ ihren Alarmbericht. Bald darauf schilderte die „Westminster Gazette“ in den schwärzesten Farben die traurige Lage Abessiniens, wo sich der Sklavenhandel noch am hellichten Tage vollziehen sollte. Es wurde also nach bekanntem Schema „etwas vorbereitet“. Was — das enthüllte in einer Artikelserie im Januar des Jahres „Westafrika“ mit dem Vorschlage, den gewiß sehr tüchtigen, ehemaligen Gouverneur von Nigeria, Sir Frederick Lugard und seinen treuen Emir von Katsena zu Regenten des Landes zu machen, um so mehr, als Frankreich bereits vorher in Gestalt des Grafen von Bellefonds „einen juristischen Berater“ am Kaiserhofe zu Addis Abeba einzuschmuggeln verstanden hatte. Frankreich, das die Eisenbahn, die Post, die Gesundheitspflege in die Hand bekommen hat, scheint zurzeit die europäische Vormacht und nicht geneigt zu sein, Sir Frederick und seinen Emir mit besonderer Herzlichkeit zu empfangen. Deshalb will sich „Westafrika“ vorläufig mit einer französisch-englisch-italienisch-amerikanischen Kontrollkommission begnügen, d. h. mit einer etwas weniger aggressiven Lahmlegung Frankreichs.

Madagaskar. Am Ostersonntag wurde in Marseille die Kolonialausstellung mit all dem guten Geschmack, all den geistvollen Reden, aber auch all der eitelen Selbstgefälligkeit der Grande Nation eröffnet. Neben der Renaissance von ent-

zückender Grazie, die das „Grand Palais“ zeigt, neben dem gewaltigen und doch nach westlichem Geschmack geschickt stilisierten Pagodenbau Indochinas, ja selbst neben dem massigen und stacheligen — am meisten dem wahlverwandten Zuge unserer „modernsten Kunst“ entsprechenden — Würfelsystem des westafrikanischen Komplexes, ganz abgesehen von den maurischen Prachtbauten des nordafrikanischen Frankreichs, macht sich das Sommerhäuschen Madagaskars mit seiner fast spießbürgerlichen Front sehr bescheiden, obwohl es dem „Silberpalast“ der Königin Ranavalona nachgebildet ist. Madagaskar ist anscheinend keine beliebte Kolonie, eine der wenigen, wohin der Franzose „Paris nicht mitgenommen hat“. Man hört wenig von ihr.

Die Bevölkerung zählte 1917 15 000 Franzosen, 3000 Ausländer, 5000 Hindus, 1000 Chinesen und 3½ Mill. Eingeborene. Der Etat für 1920 balanzierte mit 69 Mill. fr. Am 1. Januar 1917 waren 1 Mill. ha unter Eingeborenen- und 100 000 ha unter Europäerkultur. Die Ernte wurde geschätzt auf 700 000 t Reis, 800 000 t Manihot, 20 000 t Bohnen, 516 t Zucker, 1000 t Kaffee, 422 t Baumwolle, Kakao, Vanille und 1000 t Tabak. Groß ist der Rindviehbestand mit (1. 1. 1920) 7¼ Mill. Haupt; gering der an Kleinvieh mit ¼ Mill. Stück.

Über den Handel gibt folgende Tabelle Aufschluß (in Mill. £):

	1915	1916	1917	1918	1919
Einfuhr....	1,751	4,078	5,471	4,091	3,959
Ausfuhr ...	2,643	3,401	3,448	3,671	7,087

Bei der Einfuhr machen Gewebe und Kleidungsstücke 55 % aus, bei der Ausfuhr stehen Rinderhäute (1917 350 000, 1918 242 000 £) obenan. Es folgt Raphiafaser (130 000 £), Goldstaub (110 000, 75 000 £), Reis 71 000, 212 000 £), Wachs (65 000, 37 000 £). Die Statistik zeigt also alle Merkmale eines unentwickelten Landes. Die Gründe für die plötzliche und sehr starke Aktivität der Handelsbilanz 1919 sind nicht erkennbar. Jedenfalls spielt die enorme Preissteigerung, namentlich in Rinderhäuten, die Hauptrolle. Das Mutterland lieferte 1917 über 70 % der Einfuhr, 1918 nur 45 %, während sich die aus britischen Besitztungen aufs Doppelte hob (auf 33½ %). In die Häfen liefen 630 000 Br. R. T. ein.

Bezeichnend für dieses Dornröschen unter den französischen Kolonien ist, daß man seit dem 1. Januar 1922 den Müßiggang besteuert. Falls man auf einen hohen Ertrag der Steuer rechnet, läßt das tiefe Schlüsse auf die Bevölkerung zu. Die Steuer erfaßt weiße und farbige Männer, die keine regelmäßige Beschäftigung nachweisen können. Als regelmäßige Beschäftigung gilt eine solche von 250 Tagen im Jahr bei Europäern zwischen 21 und 55 Jahren, von 180 Tagen bei Eingeborenen zwischen 18 und 50 Jahren. Die Steuer soll 25 bzw. 20 fr betragen und der Hebung des Ackerbaus zugute kommen. Es ist anzunehmen, daß damit nur eine allgemeine Steuererhöhung für Eingeborene um jährlich 20 fr pro Kopf — also eine sehr erhebliche Mehreinnahme des Fiskus — verschleiert werden soll.

Hans Zach

Australien

Wirtschaftsentwicklung und gegenwärtige Konjunktur — Urproduktion — Industrie — Außenhandel: Umfang und Richtung — Handelspolitik — Imperial Preference

Im Januar d. J. hat die australische Bundesregierung beschlossen, ihre Absperrungspolitik den bisherigen Feinden gegenüber aufzugeben und zum 1. August 1922 die Handelsbeziehungen mit Deutschland und den deutschen Bundesgenossen von neuem aufzunehmen. Bei dieser Nachricht drängen sich, von politischen Erwägungen abgesehen, sofort die Fragen

auf: Welche Motive führten zu einer solchen Maßnahme, und welche Bedeutung kann sie für die deutsche Wirtschaft in Rohstoffbezug und Absatz haben. Wird doch Deutschland am 1. August volle 8 Jahre vom australischen Markt ferngehalten worden sein, eine von schweren Ereignissen erfüllte Zeit, die auch an den australischen Verhältnissen nicht spurlos vorüber-

gegangen sein kann und möglicherweise auch die früheren Voraussetzungen der deutsch-australischen Wirtschaftsbeziehungen umgewandelt hat.

Die Kriegsjahre haben durch Menschenarmut das Bild der australischen Wirtschaft bestimmt und den Fortschritt in den von der menschlichen Arbeitskraft abhängigen Wirtschaftszweigen hemmen müssen. Das an sich schon außerordentlich schwach bevölkerte Land, ca. 5½ Mill. Menschen — d. h. weniger als London — auf 2,9 Mill. engl. Quadratmeilen, hat dem englischen Heer ein starkes Truppenkontingent (ca. 330 000 Mann bis zum 31. 3. 19) zur Verfügung gestellt, und auf der anderen Seite versiegt der Strom der Einwanderer, der in den letzten Friedensjahren je etwa 150 000 Menschen nach Australien geführt hatte. Die australische Landwirtschaft bedarf aber eines ständigen Zustromes neuer Ansiedler, soll sie in den Stand gesetzt werden, die riesigen Gebiete des ganzen Kontinents zu erschließen und in den Dienst der Weltwirtschaft zu stellen.

Jetzt seit dem Friedensschluß und nachdem die Mehrzahl der heimgekehrten Soldaten als Siedler untergebracht ist, setzen die Bestrebungen der Landaufschließung und Ansiedlung verstärkt wieder ein. Mehrere Dinge sind hierbei eng verknüpft. Das durch die gemeinsamen Kriegsjahre stark gewordene Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Großbritannien und seinen Dominien möchte dem Mutterland in rasch aufblühenden, britisch bevölkerten Gebieten wertvollen wirtschaftlichen und militärischen Rückhalt schaffen und ihm zugleich die Last der Übervölkerung und der annähernd 2 Mill. Arbeitslosen erleichtern. Doch stellen sich manche Schwierigkeiten der glatten Lösung eines solchen Rechenexempels in den Weg. Australien braucht vor allem Landwirte, seine eigenen industriellen Schwierigkeiten machen den Zustrom englischer Industriearbeiter unerwünscht, während doch die englischen Arbeitslosen fast durchweg zur Industrie gehören. Hier scheint Südaustraliens Plan, allmonatlich 200 englische Knaben aufzunehmen, ein gangbarer Ausweg zu sein. Weiter müssen z. T. erst umfangreiche Bewässerungsarbeiten geleistet werden, so soll der Murray Irrigation Plan einen großen Teil von Südaustralien, und Teile von Viktorien und Neusüdwaales für Bebauungszwecke vorbereiten.

Am schwierigsten scheint die Lösung der Finanzierungsfrage. Der ungünstige Stand der australischen Finanzen, des Bundes sowohl wie der Einzelstaaten, gestattete es Australien nicht, die sehr erheblichen Kosten der Einwanderung, der Landaufteilung und Ansiedlung allein zu übernehmen. Nach einem zurzeit vor dem englischen Unterhaus befindlichen Gesetzentwurf will hier das Mutterland zu Hilfe kommen und im kommenden Finanzjahr 1½ Mill. £, außerdem je 3 Mill. £ in den folgenden 14 Jahren, für die Auswanderung nach sämtlichen britischen Besitzungen zur Verfügung stellen. Nicht ohne Bitterkeit stellt Wade, der Agent General für British-Columbia (im „Empire Review“ Mai 1922) diese 1½ Mill. £ den 100 Mill. £ gegenüber, die England im Laufe eines Jahres zur Unterstützung seiner Arbeitslosen auszugeben bereit ist.

Die Einwanderung ist am wichtigsten für die beiden Staaten Süd- und Westaustralien, die beide, von schmalen Küstenstreifen abgesehen, noch fast gänzlich unbewohnt sind, und ihre Premierminister Barwell und Mitchell treten auch mit besonderer Energie und viel Geschick für durchgreifende einwanderungspolitische Maßnahmen auf.

Die Aussichten für Auswanderer sind nicht ungünstig. Noch ist die Anbaufläche sehr klein (20 832 squ. miles bei einem Gesamtareal von 2,9 Mill. squ. miles), während doch z. B. die Rohrzucker- und Baumwollkultur noch sehr erweiterungsfähig

ist und mit sehr guten Absatzmöglichkeiten rechnen kann. Auch australisches Obst wird, gedörrt und konserviert, in steigenden Mengen und guten Qualitäten ausgeführt — kürzlich hat man, auf einem der neuen Commonwealth-Dampfer, sogar den erfolgreichen Versuch gemacht, frisches Obst nach London zu schicken.

Auch die mineralischen Schätze und die Wasserkräfte warten der Nutzbarmachung durch Menschenkraft. Das „Official Year Book“ für Australien hat gewiß nicht Unrecht, wenn es sagt: the mineral exploration of the country is, after all, still in its infancy. (Band 1916 p. 399.) Erst kürzlich wurden Ölvorkommen in Kimberley (Westaustralien) gemeldet, auch in Queensland (Roma-Distrikt) hofft man in gemeinsamen Bohrungen von Bund, Staat und Anglo-Persian Oil Co. Öl zu finden. Die Suche nach Öl und Kohle im Nord-Territorium wird, doch nur für britische Untertanen und Gesellschaften, durch besonders günstige Bedingungen ermutigt (Lizenz für je 1000 squ. miles kostet 10 £ jährlich). Man versucht auch die Braunkohle von Morwell (Viktoria) durch Brikettierung nutzbar zu machen — hierbei ist interessant, daß Australien trotz seiner im übrigen konsequenten Abschließung gegen alles Deutsche doch deutsche Sachverständige berufen und deutsche Brikettierungsmaschinen importieren mußte, weil es weder in England noch in den Vereinigten Staaten gefunden hatte, was es brauchte.

Über die Entwicklung der Industrie gibt wohl am besten die folgende Tabelle Aufschluß — leider standen spätere Zahlen als für 1918 nicht zur Verfügung:

Australiens Industrie 1913—1918

	Zahl der Fabriken		Pferdestärken		Beschäft. Arbeiter		Wert d. Produkte
	1913	1918	1913	1918	1913	1918	1918 Mill. £
Bearbeit. landw.							
Rohstoffe	907	798	14818	17842	9495	9984	20217
Öle u. Fette	100	90	1808	2282	2091	2726	4599
Stein, Glas usw..	732	616	23496	26383	13794	12575	3832
Holz	1812	1713	47108	47560	31646	24112	10428
Metall u. Masch..	1814	1836	65987	94434	68837	60392	42673
Nahrungsmittel v.							
Getränke	2366	2462	80437	105390	49882	56297	81120
Bekleid. u. Textil.	3266	3177	13961	18362	84237	82002	25930
Buch u. Druck ...	1206	1256	12498	16225	26013	25034	10354
Musikinstrum....	21	27	489	664	616	677	282
Waffen und							
Explosivstoffe ..	20	18	805	1517	1240	2225	1036
Wagen, Sattlerei	1396	1423	3767	4851	13913	12672	3785
Werften	96	75	5361	5310	4216	4569	1289
Möbeltischlerei..	719	722	5033	6576	10462	9542	3333
Drogen u. Chemik.	206	260	5760	8102	4328	5564	5149
Medizin. Instrum.	48	67	66	120	264	415	124
Uhren, Juwelierw.	190	187	559	635	2170	2119	784
Licht, Kraft, Heiz.	420	489	158017	245767	9394	10714	7741
Lederwaren	67	81	349	512	1204	1647	887
Verschiedenes...	150	184	1775	7764	3297	4763	2169

15536 15421 442154 610326 337101 328049 225754

In Verbindung mit der Einfuhrstatistik (s. u.) zeigt sie, daß Australien auch während des Krieges, wie vorher, nicht imstande gewesen ist, eine einheimische Industrie aufzubauen, die den inländischen Bedarf an Industrieprodukten auch nur annähernd deckte. Bedeutungsvoll bleibt jedoch die nicht unerhebliche Ausdehnung der Metall- und Maschinenbaufabriken (65 987 PS gegen 94 434 PS) und des Nahrungsmittelgewerbes (80 437 PS gegen 105 390 PS), beide Industrien verarbeiten heimische Rohstoffe und die letztere hat größere Mengen besonders von Milch, Fleisch und Fruchtkonserven exportieren können.

Im ganzen sind nach einer Äußerung von Sir Joseph Cook, dem australischen Vertreter in London, in den letzten 5½ Jahren 399 Mill. £ in australischen Aktiengesellschaften investiert worden.

Die Lage der australischen Industrie ist zurzeit teilweise recht ungünstig. Die südöstlichen Staaten, die hauptsächlich an der industriellen Entwicklung beteiligt sind, stehen stark unter dem Einfluß der Arbeiterpartei und haben demgemäß noch nicht ihre Löhne so stark senken können, wie es den internationalen Verhältnissen entsprechen würde. So hat die junge australische Industrie mit ihren hohen Produktionskosten einen schweren Stand gegen die eindringende ausländische Konkurrenz. Das bedeutendste Stahlwerk Australiens, die Broken Hill Proprietary Co. in Newcastle (Neusüdwaales) hat, wie vorübergehend schon einmal im Dezember vorigen Jahres, bis auf weiteres schließen müssen, nachdem es sämtliche Aufträge erledigt hatte. — Bis durch Senkung der Löhne und der Kohlenpreise seine Rentabilität wieder hergestellt sein wird, will es die Ruhezeit zu durchgreifenden technischen Verbesserungen nutzen.

Der australische Handel und die Handelspolitik haben sich unter den Einflüssen des Krieges am stärksten verändert. Kurze Hinweise auf die Richtung des Einfuhr- und Ausfuhrhandels genügen dies festzustellen. Im Jahre 1913 standen England (62 %), Deutschland (6,6 %) und die Vereinigten Staaten (13,9 %) an der Spitze der Einfuhrstaaten; im September-Quartal 1921 dagegen lieferte England nur noch 48 %, die Vereinigten Staaten aber 23 % und Japan 3 % — Deutschland war völlig ausgeschaltet. Im einzelnen bringt die australische Einfuhrstatistik für 1913 und für das zweite Halbjahr 1921 folgende Zahlen:

	1913				2. Halbjahr 1921			
	Eng-land	Deutsch-land	Ver. Staat.	Total	Eng-land	Japan	Ver. Staat.	Total
(in 1000 £)								
Tier. Nahrungsm.	301	12	289	948	170	2	167	663
Alkohol. Getr.	1299	171	22	2096	616	—	—	1293
Kleidg., Textil. (inkl. Schuhz.)	12058	1702	624	19706	8012	1257	598	13000
Metall, roh u. halb bearbeit.	1202	302	108	1898	321	0,4	49	632
Metallwaren...	10874	1735	3079	16643	6090	38	3573	10899
Papier	1790	266	404	3135	1189	10	254	2465
Uhren, Juwelierw.	507	251	137	1411	373	43	116	794
Steing., Zement	656	458	65	1580	516	107	92	821
Drogen, Chemi- kal., Düngem.	902	267	179	2493	752	26	306	1660
Leder u. -waren (exkl. Schuhz.)	515	348	435	1749	64	—	76	169
Gesamtimport.	40949	7029	10908	78196	20992	1651	8423	44315

Es wird für Deutschland nicht ganz leicht sein, den früheren Anteil an Australiens Einfuhr wieder zu erlangen. Hinsichtlich der erschwerten Konkurrenzbedingungen weist allerdings das „Board of Trade Journal“ mit einer an die britischen Kaufleute gerichteten Mahnung auch uns auf ein Mittel zu ihrer Überwindung hin; es warnt die Engländer, die den Rückgang ihrer Bedeutung für Australiens Einfuhr schmerzlich empfinden (1921 nur 48 % gegen 62 % in 1913), den Handel mit Australien nicht ohne Kenntnisse der dortigen Verhältnisse zu führen und auf die australischen Eigentümlichkeiten Rücksicht zu nehmen.

Noch schwerer wiegt aber die australische Zollpolitik, die im letzten Dezember mit neuer Energie den Kampf gegen ausländische Konkurrenz aufgenommen hat und die eigene Industrie durch ein außerordentlich geschicktes, anpassungsfähiges Tarifsysteem vor den billigen Auslandswaren schützen will. Das neue Zollgesetz vom 16. Dezember 1921 (Industries Preservation Act 1921)¹⁾ ist als Zusatz zu dem regulären Tarif anzusehen und will durch Zollaufschläge den durch dumping jeder Art entstandenen Unterschied zwischen auslän-

dischen und australischen Waren aufheben, wie es auch in fast sämtlichen Überschriften das Wort „dumping“ trägt.

Es stellt dem Zollminister einen neu zu schaffenden „Tariff Board“ zur Seite, zu dem nach den inzwischen erfolgten Ernennungen außer zwei Regierungsleuten nur ein Interessenvertreter, der Industrielle Brooks, gehört. Dieser Board soll dem Minister bei den aus dem neuen Gesetz entstehenden Pflichten helfend und beratend zur Seite stehen; insbesondere soll er untersuchen, ob der Importeur eine Ware unter dem eigentlichen Marktpreis (fair market value) des Exportlandes („dumping“), ob unter den dortigen Herstellungskosten („dumping below cost“) bezogen hat, oder ob eine Ware infolge von Schiffahrtssubsidien verbilligte Frachtraten genossen hat (dumping freight). In allen diesen Fällen wird, sobald eine australische Industrie gefährdet werden könnte, der betreffenden Ware ein Sonderzoll, wie oben gekennzeichnet, auferlegt.

Die Frage des „Valutadumping“, das hauptsächlich für Deutschland in Betracht kommt, wird etwas anders und zwar recht rigoros gelöst. Nicht der vermittelte der derzeitigen Devisenkurse errechenbare (wenn überhaupt!) Unterschied zwischen den Produktionskosten valutastärker und -schwächerer Länder wird zur Unterlage des Sonderzolls gemacht; vielmehr wird ganz schematisch die Abweichung der betreffenden Valuta vom Paristande gegenüber dem englischen Pfund erfaßt und der Zollaufschlag dementsprechend als Wertzoll gestaffelt. Einem Frankenkurs von 30—60 (zurzeit etwa 48) entspricht ein Sonderzoll von 8½ % ad valorem (75 % wird erreicht bei einem Kurs von 300). Die deutsche Mark aber erreicht schon — bei dem heutigen Kurs von etwa 1300 klingt es sehr sonderbar — mit einem Kurs von 240 den Höchstsatz von 75 %.

Das Gesetz gibt damit den australischen Behörden eine gute Waffe gegen den deutschen Handel in die Hand, denn bei ihnen liegt die Entscheidung, ob sie die nötige Voraussetzung für diesen Zollaufschlag, mögliche Schädigung einer australischen Industrie, als gegeben annehmen und demnach den Zoll verlangen wollen. Jedenfalls sind deutsche Waren keineswegs mehr imstande, einen Sonderzoll, zumal von derartiger Höhe, zu tragen, sobald erst einmal die deutschen Produktionskosten das Weltmarktniveau erreicht haben, eine Tatsache, die bekanntlich für manche Produktionszweige schon eingetreten ist.

Hier ist es ganz gut, sich daran zu erinnern, mit welchen Worten Hughes, der australische Premierminister, die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland begründet: Australien könne sich nicht länger vor dem Vorteil der billigen deutschen Waren verschließen, denen alle übrigen Märkte sich schon geöffnet hätten, es könne auch nicht dauernd auf den deutschen Absatzmarkt für seine eignen Produkte verzichten; Australien hat 1913 für mehr als 4½ Mill. £ Wolle nach Deutschland geliefert (von insgesamt 26¼ Mill. £), Deutschland war ein besonders guter Abnehmer der minderen Qualitäten. Nebenbei verspricht Hughes noch weitere Sicherungen gegen die Gefahr deutscher Schleuderkonkurrenz. Trotz allem ist die Stimmung des Landes nicht günstig für die deutsche Einfuhr, noch im März protestierte eine Entschließung der in Nobart (Tasmania) versammelten australischen Handelskammern gegen die Aufnahme der Handelsbeziehungen vor dem 1. Januar 1923.

Das neue australische Zollgesetz ist noch in anderer Hinsicht interessant. Es gehört in den Rahmen der weitausschauenden Politik der Imperial Preference hinein, der Zollbegünstigung zwischen England und seinen Dominien. Jede Ware wird mit einem Sonderzoll belegt, die von einem Lande gesunkener Währung billiger nach Australien exportiert wird, als Großbritannien sie hätte liefern können, — ein Schutz gegen Valutadumping also nicht nur für Australiens,

¹⁾ abgedruckt im Board of Trade Journal 16. 2. 22.

sondern auch für Englands Industrie, zugleich eine neue Belastung des deutschen Handels.

In der gleichen Richtung der Imperial Preference bewegen sich andere handelspolitische Maßnahmen Australiens; so der nach langen Verhandlungen endlich abgeschlossene Ge-

genseitigkeitsvertrag mit Neuseeland und die dem gleichen Zwecke dienenden Verhandlungen mit Kanada, die diesen Ländern gegenseitig die gleiche günstige Zollbehandlung zusichern sollen wie dem Mutterland.

Dr. Marg. Molch

Handelspolitische Rundschau

(Die Quellen können beim Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5, werktäglich von 9-4 Uhr eingesehen werden. Abschriften gegen Erstattung der Unkosten.)

Asien

China. Für den fremden Handel wurden nachstehende Städte geöffnet: Tsingchowfu, Litsun, Weihsien, Fangtze, Kaonu, Poshen, Szechwen, Changtien („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 2. 6.). — Die Kommission, welcher die auf der Konferenz von Washington beschlossene Revision des chinesischen Zolltariffs obliegt (vgl. S. 168 u. 459), ist in Shanghai zusammengekommen. (Vgl. „Überseedienst“ v. 18. 5.).

Irak. Seit 3. 4. sind bedeutende Zollerhöhungen in Kraft. Der Ausfuhrzoll auf Datteln in Schachteln oder Kisten ist von 1 auf 3 % des Wertes erhöht („Near East“ 11. 5.).

Japan. Die Regierung will staatliche Reisspeicher errichten, um Angebot und Nachfrage regulieren zu können („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 3. 6.).

Mahé und Pondichéry. Das Verbot der Reisausfuhr auf dem Seewege wurde aufgehoben („Dép. Col.“ 17. 5.).

Afrika

Aegypten. Freigegeben wurde die Ausfuhr von lebenden Tieren zu Nahrungszwecken einschließlich Geflügel, Fleisch, frisch oder konserviert, chemischen Düngemitteln, Zucker und Zuckerrohr („Board of Trade Journal“ 25. 5.). Ebenda vgl. Näheres über neue Zollwertfestsetzungen für Metalle (gültig Mai und Juni).

Französisch-Marokko. Seit 1. 5. bestehen Ausfuhrverbote nur noch für folgende Waren: Einheimische Butter und Käse, Eier von Wildvögeln, Eicheln, Geflügel, Holzkohle. Unter bestimmten Bedingungen und mit besonderer Genehmigung können ausgeführt werden: Pferde, Maultiere und Esel, Datteln und Arganöl („B. of Tr. J.“ 25. 5.). — Deutsche Waren dürfen nur mit besonderer Einfuhrbewilligung importiert werden („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 31. 5.).

Kamerun. Durch Dekret vom 26. 5. sind folgende Einfuhrzölle festgesetzt: Kakaobohnen 52 fr je 100 kg; fertige leere Fässer von 500 l und darüber 5 fr, von weniger als 500 l 2 fr je 100 kg; gewöhnliches Holz 1,75 fr je 100 kg. Hinsichtlich der Zollsätze auf Fässer und Holz kommen die in Frankreich für die gleichen Artikel jeweils geltenden Erhöhungskoeffizienten in Anwendung („Journal Off.“ 28. 5.). — Zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich soll ein Abkommen über die Mandate für Kamerun und Togo zustandegekommen sein („D. Allg. Ztg.“ 20. 5.).

Madagaskar. Ein Dekret des Generalgouverneurs vom 15. 3. enthält neue Vorschriften über die Markierung von Graphit nach dem Grad der Reinheit. Näheres vgl. „B. of Tr. J.“ 25. 5.).

Réunion vgl. Martinique.

Togo vgl. Kamerun.

Tunis. Die Ausfuhr von Holzkohle wurde freigegeben („Dép. Col.“ 17. 5.). — Die Geltungsdauer des französischen Gesetzes vom 3. 4. 18 betreffend Kapitalausfuhr und Einfuhr beweglicher Werte ist bis Ende 1922 verlängert („Journal Off.“ 28. 5.).

Amerika

Argentinien. Für leinene oder halbleinene Tischtücher oder Servietten, bestickt oder mit Spitzen besetzt, ist ein Einfuhrzoll von 40 % des deklarierten Wertes zu entrichten, dazu ein Aufschlag von 7 % des Wertes („Manch. Guard. Comm.“ 4. 5.). — Zur Gewinnung neuer Absatzquellen für argentinische Produkte beabsichtigt die Regierung die Errichtung besonderer Wirtschaftskommissariate bei den argentinischen Vertretungen im Ausland („Deutsche La-Plata-Ztg.“ 7. 4.). — Mit Chile wurde am 25. 4. ein Abkommen über den Bau von zwei neuen transandinischen Bahnlinien (1. Salta-Antofagasta, 2. Bahia Blanca bis zu dem südchilenischen Eisenbahnnetz) unterzeichnet. Der Betrieb soll binnen drei Jahren aufgenommen werden („Buenos Aires Hand.-Ztg.“ 29. 4.).

Chile. Um die Konkurrenzfähigkeit der Salpeterindustrie zu erhöhen, erwägt die Regierung eine weitere Herabsetzung der Ausfuhrzölle für Salpeter („D. Allg. Ztg.“ 27. 5.). — Die Compañía Transatlántica Española richtet einen regelmäßigen Schiffsdienst zwischen Spanien und Chile ein („Deutsche La-Plata-Ztg.“ 13. 4.). — Vgl. auch Argentinien.

Französisch-Guyana vgl. Martinique.

Guadeloupe vgl. Martinique.

Kanada. Der dem Parlament vorgelegte Haushaltsplan sieht einige wichtige Zolländerungen vor, die im ganzen darauf hinauslaufen, die Bevorzugung britischer Waren zu verstärken. Die Zollermäßigungen betreffen besonders wollene und baumwollene Kleidungsstücke, Stiefel und Schuhe, Textilhalbfabrikate, Leder- und Gummiwaren, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, optische Instrumente. Die besonders gegen Deutschland gerichtete, seit vorigem Jahr in Kraft befindliche Bestimmung, bei der Zollberechnung die Entwertung fremder Valuten nur bis zu 50 % ihrer Vorkriegsparität zu berücksichtigen, soll wieder aufgehoben werden. Der Wert der Waren auf dem inneren Markt des Ursprungslandes zur Zeit der Absendung soll, wie früher, die Grundlage für die Erhebung der Wertzölle bilden. Ferner sollen die Vorschriften über die Angabe des Ursprungslands auf den Importwaren im allgemeinen fallen und nur noch in Ausnahmefällen bestehen bleiben. Die Bestimmungen über Fakturenbeglaubigung kommen in Fortfall (Vgl. „D. Allg. Ztg.“ 27. 5., „B. of Tr. J.“ 1. 6., „Journée Ind.“ 2. 6., „Ind. u. Hand.-Ztg.“ 1. 6.).

Kolumbien. Ein schwedischer Spezialdelegierter, der die Möglichkeiten des Ausbaus der wirtschaftlichen Beziehungen Kolumbiens mit Schweden studieren soll, ist in Bogota eingetroffen („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 28. 5.).

Kuba. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich bereit erklärt, den Einfuhrzoll auf kubanischen Zucker von 1,6 auf 1,4 cts je Pfund zu ermäßigen, falls Kuba die für die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten bestimmte Menge seines Zuckers auf jährlich 2½ Mill. t beschränken will („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 30. 5.).

Martinique. Laut Dekret vom 27. 5. ist die Einfuhr von Zucker fremden Ursprungs insoweit wieder gestattet, als der Zucker unter Zollverschluß gelagert oder durchgeführt werden soll. Die gleiche Bestimmung gilt für Guadeloupe, Réunion und Frz.-Guyana („Journal Off.“ 30. 5.).

Mexiko. Die gemeldete Aufhebung der Ausfuhrzölle auf verschiedene Haustiere (vgl. S. 551) ist dahin zu ergänzen, daß die Zollbefreiung sich nur auf Vieh mexikanischer Zucht erstreckt und bei Bullen und Stieren nur für Tiere von mehr als einem Jahr, bei Kühen für solche von über acht Jahren gilt („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 25. 5.). — Eine rollende Ausstellung mexikanischer Produkte, bestehend aus zwölf Wagen, wird demnächst die Vereinigten Staaten durchfahren („Journal of Comm.“ New York 19. 5.). — Vgl. auch Vereinigte Staaten.

Nicaragua. Die Schiffsabgaben für Betonung und Befeuern wurden geändert. Näheres vgl. „Journal of Comm.“ New York 22. 5.

Paraguay. Eine Revolution ist ausgebrochen. Asuncion ist umzingelt („Hbg. Fremdbl.“ 6. 6.).

Peru. Die durch Dekret vom 25. 3. vorgeschriebene Erhöhung der Konsulatsgebühren für Fakturenbeglaubigung von 2 % auf 4 % des Wertes soll auf solche Waren, deren Lieferung vor dem 25. 3. vereinbart wurde, bis 30. 6. keine Anwendung finden („Commerce Rep.“ 8. 6.). — Auf Baumwollsaat wird ein Ausfuhrzoll von 75 Centavos je 46 kg erhoben („Lateinamerika C“ April/Mai).

Uruguay. Eine gemischte Kommission von Kaufleuten, Industriellen und Beamten soll ernannt werden, um eine durchgreifende Revision des Zolltarifs vorzubereiten („South Amer. Journal“ 27. 5.).

Vereinigte Staaten von Amerika. Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts können auch Durchfuhrsendungen von alkoholischen Getränken auf Grund der National Prohibition Act vom 28. 10. 19 beschlagnahmt werden („B. of

Tr. J.“ 25. 5.). — Durch Gesetz vom 18. 5. wird vom Deutschen Reich den amerikanischen Staatsangehörigen der gleiche Urheberschutz für Werke der Literatur, Kunst und Photographie gewährt wie ihn Angehörige des Deutschen Reichs in der Union genießen („Reichsgesetzblatt II“ 23. 5.). — Italien verhandelt über eine Anleihe von 100 Mill. \$, deren Ertrag zur Elektrifizierung der italienischen Staatsbahnen verwandt werden soll („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 28. 5.). — Der rumänische Finanzminister verhandelt in Paris mit amerikanischen Finanziers wegen einer größeren Anleihe („Frkf. Ztg.“ 31. 5.). — Die Regierung ließ an sämtliche Uferstaaten des Stillen Ozeans mit Ausnahme Mexikos (?) und Rußlands Einladungen zu einer Handelskonferenz ergehen, die im Oktober in Honolulu stattfinden soll („Hbg. Fremdbl.“ 6. 6.). — Vgl. auch Kamerun, Kuba, Mexiko.

Australien und Südsee

Australischer Staatenbund. Nach Äußerungen des Premierministers Hughes ist die Aufhebung des Einfuhrverbots für deutsche Waren am 1. 8. nicht mehr als durchaus sicher zu betrachten. (Vgl. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 30. 5., „D. Allg. Ztg.“ 2. 6.).

Neu-Seeland. Die allgemeine Zulassung der Einfuhr deutscher Waren wird vom Kabinett erwogen. Die Einfuhr einiger weniger Erzeugnisse ist mit besonderer Genehmigung gestattet, darunter Kalisalze, wissenschaftliche Instrumente, Ersatzteile für Maschinen, die vor dem Krieg aus Deutschland eingeführt wurden, bestimmte Farbstoffe und Molkereimaschinen („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 2. 6.).

Schifffahrt und Schiffbau

Einfuhr Übersee nach Hamburg. Gemäß den Ladungsverzeichnissen sind im Monat Mai (in Klammern April) 1922 unter andern folgende Mengen der wichtigsten Waren hier angekommen:

Vorkommende Abkürzungen: Bll. = Ballen. Blk. = Balken. Bd. = Bund. Brr. = Barren. Bshl. = Bushels. dz. = Doppelzentner = 100 kg. Eim. = Eimer. Fss. = Fässer. Frk. = Firkins. Gall. = Gallonen. Ing. = Ingots. K. = Kisten. kg. = Kilogramm. Kll. = Kolli. Krb. = Körbe. o. n. B. = ohne nähere Bezeichnung. P. = Pack. Pl. = Platten. Qrt. = Quarter. Sck. = Säcke. Ser. = Seronen. St. = Stück. Stg. = Stangen. t. = Tonnen = 1000 kg. Trc. = Tierces. Trm. = Trommeln. Tsch. = Tschelwert. Tb. = Tubs

Äpfel, getr. (7933) 3700 Kll., Antimon (1700) 38238 Kll., Apfelsinen (84290) 76830 K., Asbest u. Fiber. (25346) 26697 Sck., Baumwolle (18045) 41587 Bll., Baumw.-Abf. (11672) 14343 Bll., Baumwollsaatkuchen (25298) 87814 Kll., Blei (25360) 34531 Kll., (0) 1534 Ton. Bohnen (3785) 3260 Sck., Sojabohnen (51208) 6000 Sck., Borsten (701) 1151 K., Därme (4176) 5383 Kll., Eigelb (2795) 525 K., Eigelb, getr. (2122) 754 Kll., Eisen (1630) 6013 Kll., (11375) 12315 t, Erdnüsse (81112) 84892 Sck., Erdnußmehl (0) 4238 Sck., Bleierz (12447) 9309 Kll. Manganerz (0) 10286 Kll., Wolframierz (4734) 5523 Sck., Zinkerz (0) 3190 t, Fasern (33902) 26666 Bll., Federn, Bett- (5165) 1337 Bll., Feigen (3805) 7637 Kll., Kalbfelle (4337) 11133 P., Schaffelle (8543) 2160 P., Felle sonst. (2066) 12051 P., Fett (sonstiges) (9781) 9824 Fss., Fibre (26337) 17958 Bll., Fleisch konserviertes (0) 14319 K., Fleisch, Corned Beef (500) 300 K., Fleisch, Schweine (10435) Kll., Fleisch sonst. (0) 1490 Kll., Garn, Baumwoll- (4591) 7402 Bll., Garn (sonstiges) (8481) 13478 Bll., Gerbextrakt (90600) 107372 Kll., Gerste (53552) 82483 Sck., Gummi, Kopal- (1930) 739 Kll., Gummi sonst. (29289) 29767 Kll., Haare, Roß- (350) 331 Kll., Haare sonst. (6769) 4690 Bll., Hafer (0) 38663 Sck., (34628) 10146 Bsl., Hanf (7386) 3824 Bll., Harz (15953) 22141 Kll., Häute (18668) 18620 Bd., (77340) 178330 St., Häute, gesalzene (22912) 22799 Bd., (49750) 79791 St., Häute, Roß- gesalzen (0) 2160 Bd., (0) 3198 St., Heringe (42316) 18019 Kll., Heringe, frische (19340) 11804 dz., Holz, Zedern- (2646) 6371 Kll., Holzmasse (2662) 17562 Bll., Holz, Quecracho- (0) 27340 St., Holz, Bretter (0) 196717 St., Holz sonst. (40870) 38815 St., (0) 5240 Bd., Jute (66355) 86201 Bll., Kaffee (111440) 133715 Sck., Kakao (127647) 63117 Sck., Kakao-pulver (7713) 1633 K., Kammlinge (8320) 1627 Bll., Käse (0) 35537 St., Kasein (8320) 9450 Kll., Kleie diverse (86676) 232552 Sck., Knochen (0) 18838 Kll., Kopra (209623) 261861 Sck.,

Korkholz (18184) 17793 Kll., Kupfer (29103) 32952 Brr., Ing., (44312) 28020 Kll., Kupfer Wire Bars (31126) 36433 Kll., Leder (1740) 1187 P., Mais (255613) 105325 dz., (1952539) 1337344 Bsl., (49174) 41703 Qrt., Maismehl (17065) 6186 Sck., Mandeln (0) 1454 Kll., Weizenmehl (15300) 23898 Sck., Mehl sonstiges (411945) 173578 Sck., Messing (17320) 14672 Kll., Messing altes (6430) 32306 Kll., Milch kondens. (32306) 28737 K., Milch sterilis. (6700) 9870 K., Milchpulver (2951) 5178 Kll., Myrobalanen (54986) 42151 Bunt, Kokosnüsse (33747) 11633 Sck., Nüsse sonstige (3217) 26552 Kll., Gasöl- (0) 1921293 Gall., Schmieröl (51596) 7604 Fss., (14564) 10925 t., Öl sonstiges (17284) 30005 Fss., (25641) 6620 t., Ölkuchen sonst. (24740) 46955 Kll., Palmkerne (20292) 56022 Sck., Palmmehl (93547) 25049 Sck., Petroleum (3455473) 4468 t., Pfeffer (6316) 4077 Sck., Pflaumengeotr. (30958) 26895 Kll., Phosphat (0) 11660 t., (0) 9720 Kll., Reis (344091) 477278 Sck., Reisabfall (22730) 75334 Sck., Reisfutturmehl (0) 56290 Sck., Reismehl (0) 40279 Sck., Rinde (13360) 42548 P., Roggen (43500) 4993 dz., (180540) 1004076 Bsl., (0) 7000 Qrt., Rohr (9380) 24570 Bll., Rosinen (19720) 7100 Kll., Leinsaat (10140) 145629 Sck., Rapsaat (0) 191839 Sck., Saat sonst. (50816) 46370 Sck., Sardinien (16503) 36620 K., Schmalz (0) 2800 Eim., (53200) 69235 1/2 Fss., (82020) 33700 K., (11315) 5689 Trc., Schwefel (0) 2264 t., Stärke sonstige (53200) 84698 Sck., Steinkohlen (178548) 183672 t., Stein-nüsse (0) 5374 Sck., Tabak (93786) 53025 Bll., Talg (4614) 13206 Kll., Tee (4847) 3509 1/2 K., (1260) 1339 1/2 K., Tran (10561) 3240 Fss., Wachs (3510) 3339 Kll., Wein (1278) 2365 Fss., (140) 1375 K., Weizen (15975) 15960 Bsl., (587603) 775786 dz., Wolle (48912) 46091 Bll., Wollabfall (0) 781 Bll., Zink (0) 10700 Kll., Zinn (17682) 28797 Kll., Zitronen (69972) 18660 K., Zucker (17982) 91036 Kll.

Fab. Landau

Weltmarktpreise

Ware	Börse*)	Ende 1913		April-Durchschnitt		Mai-Durchschnitt		Preis in M. Kurswert		Mai/Juni-Notierungen					
		Notierung	Preis in M. Fried.-Par.	Notierung	Preis in M. Kurswert	Notierung	Preis in M. Fried.-Parit.	Preis in M. Kurswert	29. 5.	30. 5.	31. 5.	1. 6.	2. 6.	3. 6.	
Kolonialwaren															
Kaffee	Hamburg	0.52	je kg	je kg	je kg	je kg	je kg	je kg	55.—69.—	—	55.—69.—	56.—69.—	56.—69.—	—	
	New York	9.—	0.80	10.72	69.25	10.95	0.97	72.65	10.93	—	11.—	11.—	11.—	11.—	
Tee	London	—/8 1/2	1.51	1/3	179.13	1/4	3.0	190.85	—	—	—	1/-1/5-	1/-1/5-	1/-1/5-	
Kakao	Hamburg	M. 60.—	—	46/6	60.—	47/—	0.94	60.75	44/—	43/6	43/6	45/—46/—	—	—	
Zucker	New York	0.39	—	18.25	—	19.50	—	—	19.50 20.50	17.50-18.50	17.50-18.50	17.50-18.25	17.20-18.25	—	
	Hamburg	3.12	0.28	3.95	25.51	4.01	0.36	26.80	4.23	—	4.29	4.29	4.29	—	
Reis	Hamburg	0.25	—	19.25	—	19.50	—	—	19.05	19.—	19.—	19.—	10.05	—	
	London	7—7 1/2	0.15	14 1/5	18.60	14 1/7	0.29	18.72	14/6	14 1/2	14 1/4	14 1/4	14/6	14/6	
Getreide															
Weizen	Hamburg	10.25	je 100 kg	je 100 kg	je 100 kg	je 100 kg	je 100 kg	je 100 kg	730—745	725—735	705—720	695—710	695—710	—	
	Buenos Aires	8.10	32.81	13.57	1411.28	13.35	54.88	1430.20	13.05	12.85	12.50	12.85	12.05	12.05	
	New York	100 1/2	15	158.85	1710.30	150.—	22.20	1658.50	129.—	—	128.50	135.50	135.—	133.75	
	Chicago	68 1/2	10.9	126.10	1357.70	125.—	18.50	1382.—	118.62	—	118.37	117.62	117.37	115.37	
Mais	Hamburg	ca. 7.50	—	47/—	—	49/—	—	—	475—480	458—462	465—470	458—462	462—465	—	
	New York	—	—	72.58	838.49	75.50	12.—	895.70	71.75	—	72.50	73.12	72.87	72.—	
	Chicago	68 1/2	10.9	62.83	725.86	65.50	10.42	777.—	64.50	—	65.12	64.87	64.75	63.60	
	Buenos Aires	5.15	20.85	8.42	875.63	8.25	33.40	870.75	8.—	7.55	7.40	7.55	7.05	7.05	
Hafer	Berlin	16.20	—	584.67	—	597.50	—	—	565—580	565—575	565—675	565—572	570—576	—	
	Chicago	38 3/8	16.64	35.68	720.57	39.75	11.15	824.37	37.75	—	38.12	38.25	38.25	37.50	
	Buenos Aires	5.55	47.82	8.60	1905.—	8.55	73.70	1922.25	8.60	8.65	8.65	8.75	8.75	8.75	
Roggen	Berlin	8.25	—	566.80	—	555.—	—	—	545—550	540	540	540	540—542	—	
	Chicago	70	11.1	100.50	1161.—	98.75	15.70	1171.55	94.12	—	94.12	95.—	95.62	92.12	
Gerste	Hamburg	8.50	—	670.—	—	610.—	—	—	625—640	625—635	620—635	620—635	620—635	—	
	„	—	—	601.10	—	610.—	—	—	600—620	600—620	590—600	585—595	585—595	—	
Oele, Oelfrüchte															
Baumwollsaatöl	New York	—	je 1000 kg	je 1000 kg	je 1000 kg	je 1000 kg	je 1000 kg	je 1000 kg	11.75	—	11.67	11.57	11.37	11.50	
Palmkernöl	Hamburg	—	—	48.—	74615.—	48.—	—	1038.90	50.—	47.—	48.—	47.—	47.—	—	
Kokosöl	„	—	—	58.—	—	53.—	—	—	52.—	52.—	52.—	52.—	52.—	—	
Kopra	London	32.26	644.6	25.17	31949.—	24.—	481.70	30527.—	26.—	26.—	26.—	26.—	25.15/—	25.15/—	
Leinöl	Hamburg	—	—	53.60	—	56.—	—	—	58.75	56.—	54.—	53.—	52.—	—	
	Hull	25	501.75	38.8/0	48527.—	43 1/2	873.—	55330.—	41 1/2	40 1/2	40.—	40.—	43 1/2	43 1/2	
Raps	Berlin	—	—	1030	—	1100.—	—	—	1090—1110	1100—1120	1100—1150	1075—1125	1075—1105	—	
Fleisch, Fette															
Speck	Chicago	—	—	11.66	je 100 kg	13.—	121.25	je 100 kg	13.50	—	12.50-13.50	12.50-13.50	12.50-13.50	12.50-13.50	
Schweinefl.	„	20.20	188.4	20.60	13308.—	22.50	209.95	14927.—	20.50	—	26.50	—	—	—	
Schmalz	Hamburg	—	—	27.50	8002.—	28.50	119.75	8517.—	28 1/2	28 1/2	28 1/2	28 1/2	28 1/2	—	
	New York	—	—	89.50	—	90.—	—	—	86.—	86.—	85.—	85.—	85.—	—	
	Chicago	10.67	99.50	11.08	7545.—	12.27	114.50	8140.—	12.45	12.32	12.30	12.30	12.30	12.30	
Talg	Hamburg	—	—	10.92	6989.—	11.27	105.15	7477.—	11.45	11.35	11.42 1/2	11.40	11.35	—	
	New York	6.88	64.20	52.30	—	52.—	—	—	50.—55.—	48.—55.—	48.—53.—	45.—50.—	43.—48.—	—	
Butter	Berlin	1.28	—	6.75	4380.—	6.65	62.—	—	6.75	6.75	6.75	6.75	6.75	6.75	
	„	—	—	61.95	—	65.—	—	—	66.—	—	63.—	—	66.—	63.—	
Faserstoffe															
Baumwolle	Bremen	1.29	je kg	je kg	je kg	je kg	je kg	je kg	142.40-143.30	146.90-146.60	139.90-139.60	137.90-136.50	136.10-138.30	—	
	New York	12.60	1.12	18.06	116.6	20.50	1.80	135.95	21.50	—	21.20	21.—	21.35	21.15	
	New Orleans	—	—	16.78	108.40	19.—	1.70	126.—	20.50	—	20.50	20.50	20.50	—	
	Liverpool	—/6.68	1.18	—/10.18	121.56	—/11.25	2.0	134.52	—/12.01	—/12.06	—/12.06	—/11.97	—/11.92	—/11.84	
	„	—/9.63	1.71	—/10.29	194.5	—/17.—	3.0	203.25	—/18.—	—/18.10	—/18.40	—/18.10	—/18.20	—/18.15	
Wolle	Bremen	—	—	320.—	—	375.—	—	—	400.—	400.—	400.—	400.—	400.—	—	
	London	2 1/2	4.72	3/5	490.—	4/—	9.0	561.—	3/4	3/4	3/4	3/7	3/7	3/7	
Jute	„	35.10	712.48	28.—	35569.—	31.5/—	627.—	39749.—	33.15/—	37.—	36.5/—	37.10/—	38.—	36.10/—	
	„	—	(1000 kg)	1000 kg	—	1000 kg	—	—	—	—	—	—	—	—	
Selbde	Deutschland	42	—	6800.—	—	7125.—	—	—	6500.—	6500.—	6500.—	6500.—	6500.—	6500.—	
Hanf	London	26.15	536.87	35.7/—	44868.—	32.10	652.—	41339.—	33.—	32.12/6	32.12/6	32.—	32.—	32.10/—	
Flachs	London	—	—	92.14/—	117760.—	85.—	1706.—	108117.—	80.—	80.—	80.—	78.—	78.—	78.—	
Kautsch., Terpent.															
Kautsch. (Serp.)	London	3 1/2	6.98	—/8.55	101.70	—/84 1/4	1.6	99.—	—/7 1/2	—/7 1/2	—/7 1/2	—/7 1/2	—/7 1/2	—	
„ (Sheets)	„	2/3	5.1	—/8.55	101.70	—/84 1/4	1.6	99.—	—/7 1/2	—/7 1/2	—/7 1/2	—/7 1/2	—/7 1/2	—	
„ (Para.)	„	—	—	—/10.5	121.80	—/101 1/2	1.9	121.95	—/10	—/10	—/10	—/10	—/10 1/4	—/10 1/4	
Terpentin	New York	45.75	0.40 (I)	86.—	55 (I)	93.—	0.92 (I)	61.15 (I)	99.—	—	99.—	99.—	97.—	97.—	
	Savannah	—	—	79.—	50.5 (I)	84 1/2	0.75 (I)	55.55 (I)	91.—	—	91.75	91.75	90.—	90.—	
Scheiflack	Hamburg	84—85	1.69	447/—	565.90	370/—	7.40	478.25	365/—	370/—	375/—	380/—	380/—	375/—	
Miner.Erzengn., Metalle															
Salpeter	London	8/01 1/2	188.5	11/—	15429	10/9	238.22	15097.—	10/9	10/9	10/9	—	—	—	
Petroleum	New York	—	—	16.40	10.5 (I)	15.50	0.14 (I)	10.19 (I)	15.50	—	15.50	15.50	15.50	15.50	
Kupfer	Hamburg	130	—	8091.—	—	8400.—	—	—	8375—8400	8050—8250	8200—8350	8150—8300	8200—8400	8200—8400	
	London	65 1/2	1306.9	59.—	74950.—	61.—	1221.25	77590.—	62 1/2	62 1/2	63 1/2	63 1/2	63 1/2	63 1/2	
	New York	15	1320	12.82	82819.—	13.50	1198.—	89559.—	14.—	14.—	14.—	14.—	14.—	14.—	
Blei	Hamburg	34—35	—	2931.—	—	3125.—	—	—	2900—2975	2850—2950	2900—2975	2875—2950	2850—2950	2850—2950	
	London	184 1/4	366.20	23.6/—	29256.—	24 1/4	486.69	30845.—	25.—	25.—	25 1/2	25.—	24 1/2	—	
	New York	4.15	365.20	5.11	39911.—	5.50	454.—	36487.—	5.67	5.67	5.82	5.82	5.82	5.82	
Zink	Hamburg	46.—	—	3312.—	—	3340.—	—	—	3300—3400	3150—3250	3200—3275	3150—3250	3200—3275	3200—3275	
	London	21 1/2	431.5	26.15/—	33981	27 1/8	549.50	31826.—	28 1/8	28 1/8	28 1/8	28 1/8	28 1/8	—	
	New York	5.52	4724	4.96	32042	5.14	456.—	34099.—	5.25	5.25	5.25	5.25	5.25	5.25	
Eisen	Deutschland	—	—	—	—	9810.—	—	—	9810.—	9810.—	9810.—	9810.—	9810.—	9810.—	
	London	—	—	—	—	5/5—	105.35	6378.—	5.5/—	5.5/—	5.5/—	5.2/6	5.2/6	5.2/6	
	New York	—	—	19.50	5583	22.25	91.25	6512.—	23.50	23.50	23.50	23.50	23.50	23.50	
Kohle	Deutschland	14.40	—	—	—	1704.40	—	—	1650.—	1650.—	1650.—	2211.20	2211.20	2211.20	
	England	16/3	—	—	—	25/—	25.10	1589.—	34/—	34/—	34/—	32/—33/—	32/—33/—	32/—33/—	
Zinn	Hamburg	427.40	—	10390.—	—	19750.—	—	—	1850/—19100	18400-18900	18700-19200	18600-18800	18800-19200	18800-19200	
	London	169 1/2	3401.8	149.—	189281	150.—	3010.50	190795.—	151.—	152.—	152 1/2	153 1/2			

Warenpreisparitäten

veröffentlicht vom Betriebswirtschaftlichen Seminar der Handelshochschule Berlin (C 2, Spandauerstr. 1)

Die folgenden Tabellen zeigen die Warenpreisparitäten und Preisunterschiede einer Reihe von Waren für die Tage, an denen sie notiert werden.

Die Warenpreisparität drückt das Kaufkraftverhältnis der Valuten zweiter Plätze aus, gemessen an den Preisen derselben bestimmten Ware hier und dort.

Z. B. Elektrolytkupfer kostete am 24. April 1922:

in Berlin 7732 *M.* pro 100 kg (64,5 £ pro engl. ton.)
in London 6,3484 £ pro 100 kg

Warenpreisparität: $\frac{7732}{6,3484} = 1216,94$

d. h. an Elektrolytkupfer gemessen, müßte am 24. 4. ein £ in Berlin 1216,94 *M.* kosten. Das £ notiert am 24. 4. aber nur 1130 *M.* in Berlin. Die Spannung zwischen der Warenpreisparität und dem Devisenkurs beruht auf dem Unterschied zwischen dem Londoner und Berliner Preis von Elektrolytkupfer. Er beträgt in diesem Fall — 7,22 % (siehe Tabelle). Das — Zeichen sagt aus, daß der Londoner Preis niedriger ist als der Berliner, daß also, wenn in den 7,22 % die Warenhandelsversandspesen, sowie Zölle und Abgaben gedeckt sind, Elektrolytkupfer am 24. 4. nach Deutschland importiert werden konnte.

Für den am Außenhandel Beteiligten ist wichtig, daß in diesem Falle — wenn die Voraussetzungen betr. Transportkosten usw. erfüllt sind — ein Exporteur, der Forderungen auf London hat, diese nicht durch Devisen, sondern durch für ihn

im Preise günstig liegende Waren seines Bereichs einziehen kann, wobei ihm die Spannung zwischen Devisenkurs und Warenpreisparität (vermindert um die Transportkosten usw.), zugute kommt. Umgekehrt der Importeur, der Waren statt mit Devisen seine Waren zahlen und so das Valutarisiko umgehen kann.

Als Regel für die Veröffentlichungen darf demnach folgen: es gelten:

1. Ist die Warenpreisparität höher als der Devisenkurs, dann ist der Preisunterschied negativ (–) und die Ware neigt zum Import.
2. Ist die Warenpreisparität niedriger als der Devisenkurs, dann ist der Preisunterschied positiv (+) und die Ware neigt zum Export.
3. Export bzw. Import ist möglich, sobald der Preisunterschied so groß ist, daß Transport- und Warenhandels-spesen, Zölle und Abgaben, sowie das Absatzrisiko gedeckt sind.

Die Tabellen werden in Zukunft wöchentlich an dieser Stelle veröffentlicht werden. Sie sind bisher in den Mitteilungen der Handelskammer Berlin erschienen, ordnen sich aber besser im „Wirtschaftsdienst“ ein. Alle zwei Monate werden die Zahlen noch einmal graphisch dargestellt und nach je sechs Monaten wird eine zusammenfassende Besprechung der Entwicklung bis dahin erscheinen.

Datum	Devisenkurs	Warenpreisparität	Preisunterschied in %	Warenpreisparität	Preisunterschied in %	Warenpreisparität	Preisunterschied in %	Warenpreisparität	Preisunterschied in %	Warenpreisparität	Preisunterschied in %	Warenpreisparität	Preisunterschied in %	Warenpreisparität	Preisunterschied in %	Warenpreisparität	Preisunterschied in %	Devisenkurs
-------	-------------	-------------------	-----------------------	-------------------	-----------------------	-------------------	-----------------------	-------------------	-----------------------	-------------------	-----------------------	-------------------	-----------------------	-------------------	-----------------------	-------------------	-----------------------	-------------

Berlin—London

	1 £ = <i>M.</i>	Blei		Zink		Zinn		Silber		Elektrolytkupfer		Kupfer		Nickel		Baumwolle Bremen-Liverpool	1 £ = <i>M.</i>	
29. 5.	1250.—	1229.37	+ 1.67	1210.17	+ 3.29	1213.73	+ 0.50	1177.33	+ 6.17	1233.15	— 3.29	1278.66	— 2.24	1153.55	+ 8.36	1288.66	— 3.00	1250.—
30. 5.	1205.—	1182.82	+ 1.87	1146.95	+ 5.06	1191.51	+ 0.87	1129.83	+ 6.65	1239.45	— 2.78	1208.66	— 0.30	1112.91	+ 8.27	1259.85	— 4.35	1205.—
31. 5.	1237.50	1187.02	+ 4.25	1174.04	+ 5.40	1234.84	+ 0.21	1152.83	+ 7.34	1250.52	— 1.04	1239.59	+ 0.23	1144.17	+ 8.15	1288.65	— 0.89	1237.50
1. 6.	1212.50	1188.73	+ 1.99	1155.98	+ 4.88	1202.31	+ 0.84	1140.20	+ 6.34	1224.25	— 0.96	1211.17	+ 0.10	1119.16	+ 8.33	1231.94	— 1.58	1212.50
2. 6.	1215.—	1194.70	+ 1.69	1159.86	+ 4.75	1209.64	+ 0.44	1149.32	+ 5.71	1215.61	— 0.05	1200.00	+ 1.25	1119.16	+ 8.56	1253.85	— 3.10	1215.—

Berlin—New York

	1\$ = <i>M.</i>	Blei			Zink			Zinn			Silber			Elektrolytkupfer			Weizen			Baumwolle (Bremen-New-York)	Baumwolle (Bremen-New Orleans)	1\$ = <i>M.</i>
29. 5.	280.50	210.08	+ 16.83	287.14	— 2.31	261.28	+ 6.13	248.25	+ 12.98	284.41	— 1.37	299.85	— 6.45	299.97	— 6.49	314.59	— 10.84	280.50				
31. 5.	277.—	228.09	+ 21.44	278.57	— 0.56	261.88	+ 5.77	242.24	+ 14.34	277.18	— 0.03	296.73	— 6.65	296.32	— 6.52	306.47	— 9.62	277.—				
1. 6.	272.50	226.16	+ 20.48	274.28	— 0.65	256.23	+ 6.34	239.02	+ 13.53	274.27	— 0.64	279.13	— 2.37	292.54	— 6.85	299.67	— 9.04	272.50				
2. 6.	271.75	226.16	+ 20.15	276.43	— 1.69	258.04	+ 5.31	241.10	+ 12.73	272.34	— 0.21	279.16	— 2.65	291.52	— 6.78	303.62	— 10.49	271.75				

New York—London

	1 £ = \$	Blei		Zink		Zinn		Silber		Elektrolytkupfer					Baumwolle New-York-Liverpool	1 £ = \$	
29. 5.	4.45	5.1205	— 13.09	4.2145	+ 5.55	4.7060	— 5.44	4.7423	— 6.16	4.5115	— 0.07				4.2917	+ 3.57	4.45
31. 5.	4.45125	5.2011	— 14.46	4.2145	+ 5.61	4.7152	— 5.59	4.7589	— 6.46	4.5115	— 1.33				4.2137	+ 5.62	4.45125
1. 6.	4.4537	5.2561	— 15.26	4.2145	+ 5.67	4.6922	— 5.08	4.7503	— 6.21	4.4635	— 0.22				4.2111	+ 5.74	4.4537
2. 6.	4.4812	5.2825	— 15.17	4.1958	+ 6.79	4.6876	— 4.40	4.7668	— 5.99	4.4635	+ 0.39				4.3009	+ 4.17	4.4812

Verglichen werden:

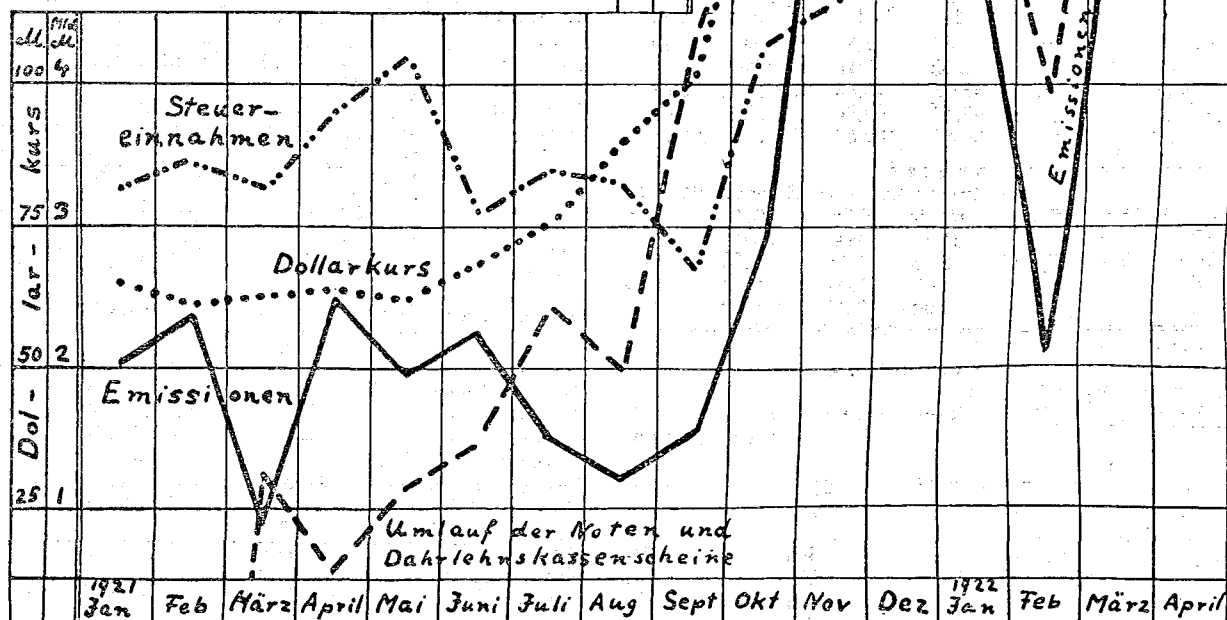
Berlin	Originalhüttenblei	Hüttenroh-zink (Preis im freien Verkehr)	Hüttenzinn mindestens 99 %	Silber in Barren ca. 900 fein	Elektrolytkupfer Wirebars	Raffinadekupfer 99 %	Reinnickel 98–99 %	Märkischer Weizen	American fully middling loco (B'wolle Bremen)
London	Blei nahe Sichten	Zink nahe Sichten	Zinn per Kasse	Silber 925 fein	Elektrolytic	Kupfer per Kasse	Nickel für Ausfuhr		American good middling (B'wolle Liverpool)
New York	Blei loko	Zink	Zinn loko	Auslandssilber 925 fein	Elektrolytkupfer loko			Weizen Rotwinter	middling loco (New York und New Orleans)

Wirtschaftskurve

Finanzgebarung und Kapitalbedarf Deutschlands (seit Anfang 1921)

Die nebenstehende Zeichnung zeigt die Bewegungen dreier wichtiger Faktoren der staatlichen und industriellen Finanzwirtschaft im vergangenen Jahre und ersten Drittel dieses Jahres an. Die Kurve der „Steuereinnahmen“ stellt die monatlichen Reichseinnahmen aus Steuern und Zöllen dar. Die Kurve der „Emissionen“ bezieht sich auf die Summe der monatlich neugegründeten Aktiengesellschaften, der Anträge für Kapitalserhöhung und der festverzinslichen Emissionen. Die mit „Umlauf der Noten und Darlehenskassenscheine“ bezeichnete Linie zeigt die monatliche Neuausgabe dieser Zahlungsmittel an. Der Vergleich dieser drei Kurven mit dem Dollarkurs macht eine Parallelität der Bewegungen im großen und ganzen deutlich. Während sich die Steuereinnahmen, Emissionen und die Neuausgabe von Noten sich in den ersten sieben Monaten 1921 bei ziemlich stetigem Dollarkurs mit mehr oder minder großen Schwankungen auf etwa gleicher Höhe halten, setzte mit dem dann folgenden Marksturz auch eine erhebliche Steigerung der Gründungstätigkeit und Notenausgabe ein, der die Steuereinnahmen erst in der zweiten Hälfte in diesem Frühjahr folgten.

	Einnahmen aus Steuern u. Zöllen	Emissionen: Neugründungen (A.-G.), Kapital- erhöhungen, träge, festverz. Emissionen	Zunahme des Umlaufs d. Noten und Darlehns- kassenscheine	Dollarstand in erlin (Monats- durchschnitt)
1921	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.	M.
Januar.....	3 243	2042	236	65,30
Februar.....	3 436	2397	1 078	61,30
März.....	3 250	894	1 226	62,46
April.....	3 777	2559	546	63,58
Mai.....	4 177	1468	1 139	62,27
Juni.....	3 094	2238	1 464	69,32
Juli.....	3 407	1507	2 473	76,67
August.....	3 291	1228	2 012	84,31
September...	2 725	1534	4 271	105,50
Oktober.....	4 318	2889	5 773	150,21
November....	4 575	7135	7 333	262,97
Dezember....	5 242	5965	11 875	191,94
1922	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.	M.
Januar.....	5 749	4831	5 706	192,75
Februar.....	6 165	2101	3 939	207,86
März.....	9 252	6416	7 591	284,18
April.....	11 350		10 876	291,01



Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Hamburg

	Parität	30. 5.	31. 5.	1. 6.	2. 6.	6. 6.	7. 6.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
New Y. Kabel 1 \$	4,20	269 ¹ / ₂ — 274 ¹ / ₂	274 ¹ / ₂ — 279	270 ³ / ₄ — 273 ¹ / ₂	270 ³ / ₄ — 276 ¹ / ₂	286 — 290 ⁵ / ₈	286 — 291
London ... 1 £	20,43	1198 ¹ / ₂ — 1216 ¹ / ₂	1218 ¹ / ₂ — 1244	1206 — 1216	1205 ¹ / ₂ — 1231 ¹ / ₂	1283 ¹ / ₂ — 1304	1289 ¹ / ₂ — 1309
Paris 100 fr	81,—	2465 — 2505	2500 — 2550	2455 — 2500	2460 — 2530	2625 — 2650	2620 — 2655
Brüssel ... 100 fr	81,—	2260 — 2315	2282 ¹ / ₂ — 2345	2285 — 2305	2245 — 2317	2425 — 2445	2420 — 2455
Rom 100 Lire	81,—	1415 — 1450	1435 — 1465	1407 ¹ / ₂ — 1427 ¹ / ₂	1410 — 1435	1495 — 1525	1497 ¹ / ₂ — 1520
Madrid 100 Peset.	81,—	4240 — 4335	4315 — 4410	4240 — 4330	4245 — 4345	4515 — 4597 ¹ / ₂	4540 — 4600
Zürich ... 100 fr	81,—	5140 — 5200	5240 — 5310	5190 — 5235	5152 ¹ / ₂ — 5272 ¹ / ₂	5490 — 5580	5490 — 5560
Amsterdam 100 fl	168,75	10510 — 10604	10647 ¹ / ₂ — 10840	10510 — 10615	10510 — 10665	11197 ¹ / ₂ — 11340	11260 — 11365
Kopenhag. 100 Kr	112,50	5927 — 6010	6015 — 6135	5927 ¹ / ₂ — 5985	5880 — 6022 ¹ / ₂	6290 — 6380	6340 — 6435
Stockholm. 100 Kr	112,50	6940 — 7050	7090 — 7215	7027 ¹ / ₂ — 7090	7015 — 7050	7450 — 7525	7490 — 7597 ¹ / ₂
Kristiania . 100 Kr	112,50	4820 — 4885	4940 — 5035	4865 — 4922	4827 ¹ / ₂ — 4915	5127 ¹ / ₂ — 5197 ¹ / ₂	5115 — 5185
Helsingfors 100 F.M.	81,—	561 — 572	573 — 584 ¹ / ₂	570 ¹ / ₂ — 580	573 — 588	607 — 617	615 ¹ / ₂ — 624 ¹ / ₂
Prag 100 K	85,—	520 — 532	528 — 539 ¹ / ₂	524 — 534 ¹ / ₂	524 — 537	555 — 567	556 — 567
Wien 100 K neu	85,—	2 — 3	2 — 3	2 — 3	2 — 3	2 — 3 ³ / ₄	1 ³ / ₄ — 2 ³ / ₈
Budapest.. 100 K	85,—	33 ¹ / ₂ — 34 ¹ / ₂	33 ¹ / ₂ — 34 ¹ / ₂	33 ¹ / ₄ — 34 ¹ / ₄	32 — 33	33 — 34	32 ¹ / ₂ — 33 ¹ / ₂
Agram 100 Din.	81,—	—	—	—	—	—	103 — 106
Buen. Aires 1 PesP.	1,78	96 — 100	97 — 102	97 — 100	97 — 100	102 — 106	38 ¹ / ₂ — 40 ¹ / ₂
Rio d. Jan.* 1 Milr.	1,38	—	—	—	—	—	—

*) Bankmeldung, alles übrige amtlich festgesetzter Börsenkurs.

	Parität	Berlin	New York	London	Paris	Zürich	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Wien.
	M.	7. 6.	7. 6.	6. 6.	7. 6.	7. 6.	7. 6.	7. 6.	7. 6.	7. 6.
Berlin 100 M.	100,—	—	0,35 ¹ / ₂	1290,—	3,82	1,78 ¹ / ₂	0,89 ¹ / ₄	1,60	1,32	5 395,—
New York Kab. 1 \$	4,20	287,37 ¹ / ₂	—	4,47 ³ / ₈	10,96	5,21 ¹ / ₂	2,55 ¹ / ₂	4,52 ¹ / ₂	3,84	13 444,—
London 1 £	20,43	1297,50	4,50 ¹ / ₂	—	49,34 ¹ / ₂	23,50	11,50	20,34	17,22	70 575,—
Paris 100 fr	81,—	2630,—	9,13	49,05 ¹ / ₂	—	47,60	23,35	41,30	35,—	143 150,—
Brüssel ... 100 fr	81,—	2425,—	—	53,09 ¹ / ₂	92,30	44,—	21,52 ¹ / ₂	38,15	32,40	—
Rom 100 Lire	81,—	1502 50	5,23 ¹ / ₂	86,80	57,20	27,20	13,37 ¹ / ₂	—	—	80 970,—
Madrid 100 Pesetas	81,—	4545,—	—	28,39 ¹ / ₂	173,25	82,60	40,50	—	—	—
Zürich ... 100 fr	81,—	5520,—	—	23,49	210,—	—	49,07 ¹ / ₂	87,80	73,50	300 875,—
Amsterdam 100 fl	168,75	11300,—	39,03	11,52 ¹ / ₂	429,—	204,20	—	177,25	149,15	612 250,—
Kopenhagen 100 Kr	112,50	6380,—	21,82 ¹ / ₂	—	—	115,25	56,40	—	85,—	347 375,—
Stockholm . 100 Kr	112,50	7530,—	25,93 ¹ / ₂	—	—	136,25	66,75	118,20	—	—
Kristiania . 100 Kr	112,50	5110,—	17,86 ¹ / ₂	—	—	93,—	44,45	80,35	68,25	—
Helsingfors 100 F.M.	81,—	625,—	—	—	—	—	—	9,80	8,30	—
Prag 100 K	85,—	554,—	1,95 ¹ / ₂	—	—	10,10	—	8,85	7,60	30 330,—
Wien 100 K neu	85,—	1,95	—	—	—	0,03 ³ / ₄	0,02	—	—	—
Budapest .. 100 K	85,—	32,70	—	—	—	0,60	—	—	—	17 056,—
Agram 100 Dinare	81,—	—	—	—	—	1,90	—	—	—	22 138,—
Buenos Aires 1 Peso P.	1,78	105,—	—	—	—	1,89 ¹ / ₂	—	—	—	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £. 1) Kurs v. 5. 6.

Berlin 7. 6.: Bulgarien 100 Leva = 204,— M.

Japan 1 Yen = 137,25 M.

Rio de Janeiro ... 1 Milr. = 39,77 M.

Wertstand in Hundertteilen des Friedensstandes

	New York	Zürich	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.
	7. 6.	7. 6.	7. 6.	7. 6.	7. 6.
Reichsmark	1,49	1,47	1,51	1,80	1,48
Dt. österr. Krone .	0,04	0,03	0,04	0,04	—
Französ. Frank....	47,33	47,62	48,65	57,36	48,61
Pfund Sterling....	92,51	93,10	94,96	112,00	94,82
Dollar	—	100,48	102,61	121,31	102,95

Entwertungszahl 1)

	New York	Zürich	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.
	7. 6.	7. 6.	7. 6.	7. 6.	7. 6.
Reichsmark ... 7. 6.	68,42	68,15	66,96	56,71	66,98
Dt. österr. K .. 7. 6.	2721	3157	3084	2624	—
Franz. Frank.. 7. 6.	2,02	2,33	2,04	1,72	2,03
Pfund Sterling. 7. 6.	1,08	1,07	1,05	0,89	1,05
Dollar 7. 6.	—	0,995	0,97	0,82	0,97

1) Die Entwertungszahl gibt an, das Wievielfache des Friedenskurses einer Währung ihr gegenwärtiger Kurs beträgt.

Goldmarkts-Sätze

	New York	Zürich	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.
	7. 6.	7. 6.	7. 6.	7. 6.	7. 6.
Berlin tägliches Geld	—	—	—	—	—
31. 5. 4 ¹ / ₄ , über Ultimo 4 ¹ / ₂ —6	—	—	—	—	—
1. 6. 4 ¹ / ₄ u. höher	—	—	—	—	—
2. 6. 4 ¹ / ₄	—	—	—	—	—
New York tägliches Geld	—	—	—	—	—
Bankwechsel FRB.....	—	—	—	—	—
Bankwechsel FRB fähig	—	—	—	—	—
Mitglieder (3 Monate).....	—	—	—	—	—
Nichtmitglieder (3 Monate).....	—	—	—	—	—
Handelswechsel (3 Monate).....	—	—	—	—	—

Diskontsätze

	letzte Ändrg.	letzte Ändrg.	letzte Ändrg.
Helsingfors ... 9 %	8. 11. 20	Kristiania 5 ¹ / ₂ %	16. 5. 22
Tokio 8 "	18. 11. 19	Prag 5 "	27. 4. 22
Lissabon 7 "	3. 9. 20	Kopenhagen .. 5 "	24. 4. 22
Wien 7 "	29. 11. 21	Paris 5 "	11. 3. 22
Warschau 7 "	9. 21	Stockholm 5 "	9. 3. 22
Sofia 6 ¹ / ₂ "	14. 6. 19	Berlin 5 "	23. 12. 14
Athen 6 ¹ / ₂ "	15. 5. 20	Brüssel 5 "	19. 5. 21
Kalkutta 6 "	1. 6. 22	New York F.R.B. 4 ¹ / ₂ "	2. 11. 21
Moskau 6 "	29. 7. 14	Amsterdam ... 4 ¹ / ₂ "	1. 7. 15
Rom 6 "	11. 5. 20	London 4 ¹ / ₂ "	13. 4. 22
Bukarest 6 "	4. 9. 20	Schweiz 3 ¹ / ₂ "	2. 3. 22
Madrid 5 ¹ / ₂ "	19. 5. 22		

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	Pari	27. 5.	2. 6.
Alexandrien, £: ...	97 ¹ / ₂ Pst	97 ¹ / ₂ Pst	97 ¹ / ₂ Pst
Bombay Rup.:	24 d	1 s 3 ¹ / ₂ — 3 ¹ / ₂ d	1 s 3 ¹ / ₂ — 3 ¹ / ₂ d
Hongkong, \$:	—	2 s 7 ¹ / ₂ — 7 ¹ / ₂ d	2 s 7 ¹ / ₂ — 7 ¹ / ₂ d
Schanghai, Tael: ..	—	2 s 7 — 7 ¹ / ₂ d	3 s 7 — 7 ¹ / ₂ d
Singapore, \$:	—	2 s 3 ¹ / ₂ — 3 ¹ / ₂ d	2 s 3 ¹ / ₂ — 3 ¹ / ₂ d
Yokohama, Yen: ...	24,58 d	2 s 1 ¹ / ₂ — 1 ¹ / ₂ d	2 s 1 ¹ / ₂ — 1 ¹ / ₂ d
Montev. T. T., \$: ...	51 d	43 ¹ / ₂ — 44 ¹ / ₂ d	43 ¹ / ₂ — 44 ¹ / ₂ d
Rio de Jan., Mil.: ..	27 d	7 ¹ / ₂ — 7 ¹ / ₂ d	7 ¹ / ₂ — 7 ¹ / ₂ d
Buen. Air. T. T., \$: .	47,58 d	44 ¹ / ₂ — 44 ¹ / ₂ d	44 ¹ / ₂ — 44 ¹ / ₂ d
Valpar. 90 T., £: ..	1 ¹ / ₂ Pesos	37,60 \$	37,— \$
Mexiko, \$:	324,58 d	25—28 d	25—28 d

Die Notenbanken im Mai 1922

Deutsche Reichsbank (in Mill. M.)						
Metall	davon Gold*	Reichs- u. Darlehns-Kassensch.	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks	Diskont. Schatz-anweisg.	Lombard-Darlehn
5. 5....	1 020	1 002	3 358	5	2 584	155 077
12. 5....	1 021	1 002	3 531	7	2 615	164 205
19. 5....	1 022	1 003	3 835	9	2 889	156 470
26. 5....	1 022	1 003	4 902	5	3 377	167 794
Durchschn.	1 021	1 003	3 907	7	2 866	160 887
+ Mai.	+ 2	+ 3	- 791	unveränd.	+ 524	+ 12 216
- 53						
Bank von England (in 1000 £)						
Metall	Regierungs-Kredite	Andere Kredite	Notenumlauf	Private Guthaben	Currency Notes	
3. 5....	128 874	63 543	74 969	122 091	131 694	
10. 5....	128 888	58 873	75 530	121 592	130 259	
17. 5....	128 879	55 448	75 102	121 071	126 091	
24. 5....	128 881	49 188	74 593	120 890	113 874	
31. 5....	128 881	47 998	75 359	122 716	101 481	
Bank von Frankreich (in Mill. fr)						
Gold in der Kasse	Gold im Auslande	Silber	Auslands-Guthaben	Morator.-Wechsel	Andere Wechsel	
4. 5....	3579	1948	283	630	2954	40
11. 5....	3579	1948	283	629	2329	40
18. 5....	3579	1948	283	629	2310	39
26. 5....	3579	1948	284	630	2319	38
Bundesreservebank U. S. A. (in Mill. \$)						
Goldbestand	Silber- und Papiergeld	Diskontierung für Mitglieder	Andere Wechsel	Regierungs-Obligationen	Andere Aktiva	Regierungs-Depositen
5. 5....	2 995	124	509	107	609	72
12. 5....	3 005	125	475	106	618	72
19. 5....	3 005	125	469	97	595	68
26. 5....	3 008	128	487	105	596	60
Bank von England (in 1000 £) - Currency Notes						
Umlauf	Golddeckung	Regierungs-Sicherheit				
3. 5....	301 328	28 500	261 627			
10. 5....	300 840	28 500	261 131			
17. 5....	298 793	28 500	258 893			
24. 5....	296 920	28 500	256 900			
31. 5....	298 279	28 500	258 177			

* davon unbelastet bei der Bank von England: 5. 5.: 50 Mill. M., 12. 5., 19. 5. 26. 5.: unverändert.

Bank von England (in 1000 £)						
Metall	Regierungs-Kredite	Andere Kredite	Notenumlauf	Private Guthaben	Currency Notes	
3. 5....	128 874	63 543	74 969	122 091	131 694	
10. 5....	128 888	58 873	75 530	121 592	130 259	
17. 5....	128 879	55 448	75 102	121 071	126 091	
24. 5....	128 881	49 188	74 593	120 890	113 874	
31. 5....	128 881	47 998	75 359	122 716	101 481	
Bank von England (in 1000 £) - Currency Notes						
Umlauf	Golddeckung	Regierungs-Sicherheit				
3. 5....	301 328	28 500	261 627			
10. 5....	300 840	28 500	261 131			
17. 5....	298 793	28 500	258 893			
24. 5....	296 920	28 500	256 900			
31. 5....	298 279	28 500	258 177			

*) Einschließlich der eingezogenen, aber noch nicht vernichteten Wechsel.

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften im ersten Vierteljahr 1922

Die Neuinvestierungen von Aktienkapital in den Monaten Januar, Februar und März haben einen Rekord von

12 151 693 000 M. nominell

erreicht. Die enorme Höhe dieser Summe kommt zur Geltung, wenn man folgende Daten gegenüberstellt.

Im ganzen Jahre 1921 waren es nur 16 170 264 000 M. und in den ersten drei Monaten der vorangegangenen neun Jahre nur

1913 1914 1915 1916 1917 1918 1919 1920 1921
2 3,9 20,0 88,6 32,5 160,5 265,0 54,6 1075,4 4793,8 Mill. M.

Nach Monaten waren es in den letzten Jahren, seitdem die Investitionen in großem Maßstabe einsetzten in Mill. M.

Januar				Februar				März			
1920	1921	1922		1920	1921	1922		1920	1921	1922	
368	1754	6303		403	2001	2506		335	1039	3343	
Neugründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften im ersten Vierteljahr 1922											
Gewerbegruppe	1. Viertelj. Zahl	Neugründungen 1000 M.	Kapitalserhöhungen Zahl 1000 M.	Gewerbegruppe	1. Viertelj. Zahl	Neugründungen 1000 M.	Kapitalserhöhungen Zahl 1000 M.	Gewerbegruppe	1. Viertelj. Zahl	Neugründungen 1000 M.	Kapitalserhöhungen Zahl 1000 M.
Land- und Forstwirtschaft	Jan. 1	2 000	—	Petroleum, Erdöl	Jan. —	—	1 1700	Glas- und Spiegelfabr.	Jan. 1	5 000	3 440
Hochseefischerei	Febr. —	—	—	Stn., Marm., Bas., Schieferbr. usw.	Febr. —	—	—	Metallindustrie	Febr. 1	2 000	1 7500
Erzbergw. u. Hüttenbetr.	März —	—	—	Zem., Kalk, Asph., Gipswerke	März —	—	—	Maschinen-Apparate-u. Armat.-Fbr.	März 1	2 000	3 10800
Kohlenbergbau, Koks	Jan. 1	6 000	3 19 500	Cham., Ziegelei, Tonwarenfabr.	Jan. 5	16 500	1 2 000	Schiffsbauanstalten	Jan. 22	97 900	24 112 050
Briketts	Febr. —	—	2 6 700	Steingut, Ofenfabr.	Febr. —	—	1 5 000	Fabriken für Uhr., Feinmech. u. Opt.	Febr. 13	38 800	9 97 900
Torfbau	März —	—	—	Töpfereien	März 3	6 700	1 3 800	Musikwerke	März 20	87 750	18 58 100
Salz-, Kali- u. Salpeterwk.	Jan. 2	6 120	8 325 620	Porzellanfabriken	Jan. 3	8 500	4 14 100		Jan. 22	95 710	33 301 005
	Febr. 1	40 000	3 32 380		Febr. 1	3 000	2 4 800		Febr. 21	70 305	34 190 034
	März —	—	4 397 000		März 2	1 410	1 75		März 22	103 075	26 230 150
	Jan. 5	78 300	2 5 600		Jan. 4	10 800	4 5 020		Jan. 1	12 000	—
	Febr. 2	1 005	3 14 900		Febr. 7	24 700	2 6 419		Febr. 2	2 700	4 11 600
	März 3	116 000	3 49 000		März 3	3 200	2 2 580		März 2	16 000	2 2 000
	Jan. —	—	1 500		Jan. —	—	1 5 500		Jan. 3	14 000	6 21 000
	Febr. 1	3 100	1 280		Febr. —	—	—		Febr. 1	2 000	2 4 500
	März 1	1 000	1 100		März —	—	1 600		März 3	5 600	4 13 900
	Jan. —	—	1 43 000		Jan. 3	10 000	3 8 250		Jan. 1	3 000	2 9 300
	Febr. 2	150 008	—		Febr. 1	4 600	1 3 600		Febr. 1	2 000	1 1 000
	März —	—	2 57 000		März 1	4 500	2 2 500		März —	—	2 2 500

Der Anteil der Neugründungen bzw. Kapitalserhöhungen in den letzten drei Jahren stellte sich wie folgt:

Neugründungen				Kapitalserhöhungen			
Anzahl	Mill. M.	%		Anzahl	Mill. M.	%	
1920 Januar ...	49	41	11,14	107	327	88,86	
Februar ...	33	43	10,67	99	360	89,33	
März ...	24	12	3,58	102	323	97,42	
1921 Januar ...	76	332	18,93	244	1422	81,07	
Februar ...	68	302	15,08	221	1699	84,92	
März ...	60	138	13,28	171	901	86,72	
1922 Januar ...	281	2091	33,08	337	4211	66,82	
Februar ...	211	847	33,79	224	1659	66,21	
März ...	226	1079	32,28	243	2264	67,72	

Eine erfreuliche Tatsache ist aus der prozentualen Zunahme der Neugründungen im Jahre 1922 zu ersehen.

Den Anteil der einzelnen Gewerbearten an der Gesamtsumme zeigt folgende Tabelle:

Gewerbegruppe	I. Viertel	Neugründungen	Kapitalserhöhungen	Gewerbegruppe	I. Viertel	Neugründungen	Kapitalserhöhungen	Gewerbegruppe	I. Viertel	Neugründungen	Kapitalserhöhungen
	Zahl	1000 M.	Zahl		Zahl	1000 M.	Zahl		Zahl	1000 M.	Zahl
Elektrotechnische Fabr.	Jan. 7	14 000	7 132 200	Bekleidungs-Ind., Hüte.	Jan. 11	48 900	3 22 000	Baugewerbe	Jan. 5	26 000	9 84 000
	Febr. 5	6 100	7 42 850	Schuhw. usw.	Febr. 7	34 600	5 34 575		Febr. 9	18 900	5 58 100
	März 8	21 000	6 85 200	Papier-waren-Ind., Holzstoff	März 11	64 700	3 13 000		März 5	18 500	2 43 050
Elektrizitätswerke	Jan. 1	30 000	13 250 900		Jan. 6	31 300	8 61 900	Graphisch, Künstl. Gewerbe Photo-graph., Verlg. usw.	Jan. 7	37 300	9 33 580
	Febr. 1	5 000	1 4 000		Febr. 3	5 520	6 34 100		Febr. 10	27 240	4 10 450
	März 1	30 000	4 34 150		März 1	5 000	6 26 600		März 13	48 120	10 45 005
Fabriken für Chemikalien	Jan. 6	10 050	9 93 476	Lederfabriken	Jan. 4	16 000	1 3 000		Jan. 28	102 395	10 72 330
	Febr. 2	1 500	18 65 900		Febr. 3	4 500	3 5 000	Handelsge w.	Febr. 32	52 385	7 49 950
	März 9	23 400	9 125 950	Gummiwaren-Ind., Lino-leumfabrik.	März 2	7 000	5 26 500		März 18	93 620	11 129 500
Farben- und Bleistiftfabr.	Jan. 1	8 000	2 3 525		Jan. 3	19 000	2 6 200	Immobilien-handel und -verwertung	Jan. 27	11 248	5 14 146
	Febr. 1	1 500	4 97 500	Holzindustr., Möb., Bürst., Pinsel usw.	Febr. 2	8 300	1 18 000		Febr. 11	6 370	2 4 045
	März —	—	2 53 000		März 1	7 000	1 2 500		März 16	46 190	6 15 050
Pulver, Spreng- und Zündstoffb.	Jan. —	—	2 170 000	Getreide-handel und Futterfabr.	Jan. —	—	1 5 000	Banken	Jan. 4	16 000	31 849 956
	Febr. 2	4 500	3 11 400		Febr. 1	500	—		Febr. 10	123 630	13 311 300
	März —	—	—	Mühlenwerke	März 2	40 000	—		März 3	9 000	15 344 900
Gasgesellsch.ften	Jan. —	—	3 18 280		Jan. —	—	4 13 500	Hypotheken-Banken	Jan. —	—	1 60 000
	Febr. —	—	3 11 400	Zuckerfabriken	Febr. —	—	1 3 630		Febr. —	—	—
Öl, Seif., Firnisse, Fette, Leimfabr.	März —	—	2 1 990		März 1	6 000	2 8 630	Treuhand-gesellschaft	März —	—	—
	Jan. 12	38 500	3 260 000	Bierbrauereien	Jan. —	—	3 9 800		Jan. 7	3 120	—
	Febr. 4	8 500	1 10 000		Febr. —	—	5 19 262		Febr. 4	2 505	—
	März 4	16 100	3 35 750	Mälzereien	März 1	878	4 60 625	Versicherungs-gesellschaft	März 6	4 600	1 2 000
Düngerfabr.	Jan. —	—	—		Jan. 3	11 700	25 97 835		Jan. 5	28 000	11 70 000
	Febr. —	—	—	Weinbau u. Schaumweinfabrik.	Febr. 2	4 100	17 36 464		Febr. 4	21 000	—
Woll-, Wirkerei-, Kamm-, Spinn-, Wollg., Wollw., Kammgarn-, spinnereien u. weberei.	März —	—	1 4 000		März 2	3 100	15 60 743	Verkehrsgewerbe	März 5	22 100	1 2 000
	Jan. —	—	2 4 050	Sprit- und Preßhefe-fabriken	Jan. —	—	2 3 348		Jan. 7	931 300	5 19 100
	Febr. —	—	—		Febr. 1	1 000	2 3 100		Febr. 1	20 000	1 9 000
	März 1	30 000	1 8 300		März —	—	1 1 800	Eisenbahnen	März —	—	2 3 600
	Jan. —	—	1 3 500		Jan. 4	11 000	5 160 300		Jan. —	—	1 8 549
Tuch- und Filzfabrik	Febr. —	—	2 12 500	Wasser-, Eiswerke, Kühlhallen	Febr. 2	2 800	4 25 650	Klein- und Straßenbahnen	Febr. —	—	1 4 000
	März —	—	3 17 650	Schokoladen-, Teigwaren-, Kons. Fabr.	März 1	1 300	2 8 000		März 1	200	2 2 600
Leinen-industrie	Jan. —	—	2 2 230		Jan. 3	16 000	4 14 850		Jan. —	—	2 4 248
	Febr. —	—	4 14 100	Molkerei-, Meierei-, Betrieb...	Febr. 2	7 000	2 3 680		Febr. 1	1 000	1 5 200
	März —	—	1 1 000	Schmalz-, Fett-, Margarinefabr., Schlachtereien	März 2	16 200	2 10 500		März —	—	2 30 694
Baumwoll-spinnereien u. webereien	Jan. 1	4 500	8 52 200		Jan. —	—	—	See-schifffahrt	Jan. 4	39 000	8 473 000
	Febr. —	—	3 121 750	Fischereien, Fischwaren-industrie	Febr. —	—	—		Febr. —	—	3 83 190
Zwirnereien u. Nähfadenfabriken	März 2	5 300	4 55 750		März 1	10 500	—		März —	—	1 21 500
	Jan. 1	8 000	1 1 500	Nahrungsm., verschied.	Jan. 2	17 000	3 16 050	Fluß- u. Küst.-schifffahrt	Jan. —	—	2 6 800
	Febr. —	—	1 1 500		Febr. 2	4 500	1 11 000		Febr. —	—	2 6 100
Spitz-, Tüll-, u. Gardinenfabriken	März —	—	—		März 7	28 300	2 15 000		März —	—	3 6 315
	Jan. —	—	—		Jan. 1	1 500	—	Hotel, Gast- und Schankwirtschaft, Hell-, Verpf., anst.	Jan. 4	22 250	3 27 750
	Febr. —	—	2 30 750		Febr. 3	6 010	—		Febr. 1	100	4 14 244
	März —	—	—		März 5	11 150	2 5 600	Bäder, Quellenprodukt.	März 1	2 500	2 3 800
Jutespinn. u. webereien	Jan. 1	2 000	—		Jan. —	—	—		Jan. —	—	4 10 375
	Febr. —	—	3 8 200		Febr. 2	11 500	1 12 000	Theater, Musik-, Ver-einshäuser	Febr. 3	220	—
	März 1	1 000	2 4 660		März 1	8 000	—		März 2	15 000	2 3 250
Seilerwaren, Treibriem. u. Taufabr.	Jan. —	—	2 3 500		Jan. —	—	—	Sonstige Ge-sellschaften	Jan. —	—	1 2 000
	Febr. —	—	1 2 500		Febr. —	—	—		Febr. 1	3 000	—
	März —	—	—		März —	—	1 1 000		März 1	2 000	—
Textil Spezialfabriken	Jan. 6	31 500	6 11 100		Jan. 4	9 500	—		Jan. 2	6 500	1 40 000
	Febr. 5	34 000	5 25 260	Zigarren-, Zigaretten-, Tabakfabr.	Febr. 5	25 000	2 21 000		Febr. 2	1 050	—
	März 10	16 120	6 33 700		März 1	4 000	3 5 950		März 5	1 150	2 5 600
Färber-, Bleicher, u. Appreturanst.	Jan. —	—	2 3 250		Jan. 8	44 500	2 65 350				
	Febr. —	—	—		Febr. 3	9 500	1 9 000				
	März 1	2 000	1 400		März 6	47 700	1 12 000				

Fab. Landau

Neuerscheinungen

Einzusehen in der Bibliothek des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Rothenbaumchaussee 12 geöffnet von 8—4 Uhr

Allgemeines

- Die Zerstörung der Weltwirtschaft. Einzeldarstellungen über die Wirtschaftslage der wichtigsten Länder. Hrsg. von der Reichszentrale für Heimatdienst unter Mitw. von Paul Brandt. Berlin: Zentralverl. 1922. 80 S.
- Das friedlose Europa. Von Francesco Nitto, Italien. Ministerpräsident a. D. Frankfurt a. M.: Societäts-Dr. G. m. b. H. 1922. 283 S.
- Die Steuerlast Deutschlands und der Entente. Ein Vergleich. Von O. Schwarz. Berlin: Zentralverl. 1922. 27 S.
- Die Zukunft der Deutschen im Ausland. Ein Ratgeber für Auswanderungswillige aller Berufe, Politiker und Kaufleute. Von Heinrich Siemer und Karl Martin. 1. Aufl. Hamburg: Weltbund-Verl. 1921. 66 S.

L'Afrique sur le Rhin. Berlin: Engelmann 1921. 63 S.

The War in Africa 1914—1917 and in the Far East 1914. With 7 specially prepared campaign maps. By H. C. O'Neill. London: Longmans, Green & Co. 1918. 113 S.

Sozialwissenschaftliches Literaturblatt. (Bibliographie der Sozialwissenschaften.) Gesellschaft, Staat, Wirtschaft, Soziales, Politik, Finanzen. Im Auftr. d. Reichsarbeitsministeriums u. unt. Mitw. namhafter Fachmänner hrsg. von Franz Boese. Jg. 18. 1922. Berlin: Engelmann 1922.

The Subject Index to periodicals 1917—19. Issued by the Library Association. B—E. Historical, political and economic sciences. London: Library Association 1921.